Europäisches Parlament
2024-2029

Ausschuss für Wirtschaft und Währung

2024/2118(INI)

2.5.2025

ÄNDERUNGSANTRÄGE 1 - 245

Entwurf eines Berichts
Michalis Hadjipantela
(PE770.261v01-00)

Relevanz einfacher Steuervorschriften und der Steuerfragmentierung für die europäische Wettbewerbsfähigkeit
(2024/2118(INI))

AM_Com_NonLegReport

Änderungsantrag 1
Pasquale Tridico, Jussi Saramo, Manon Aubry, Marc Botenga

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 11 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die Resolution 79/235 der Generalversammlung der Vereinten Nationen vom 24. Dezember 2024 über die „Förderung einer inklusiven und wirksamen internationalen Zusammenarbeit in Steuerfragen bei den Vereinten Nationen“,

Or. en

Änderungsantrag 2
Pascal Canfin, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 11 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die Erklärung der Staats- und Regierungschefs anlässlich des G20-Gipfeltreffens in Rio de Janeiro vom 19. November 2024 und die G20-Ministererklärung von Rio de Janeiro zur internationalen Zusammenarbeit im Steuerbereich[1a],
	[1a] https://g20.org/wp-content/uploads/2024/11/G20-Rio-de-Janeiro-Leaders-Declaration-EN.pdf

Or. en

Änderungsantrag 3
Fabio De Masi

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 11 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf das am 25. Juni 2024 vorgestellte Konzept für einen koordinierten effektiven Mindeststeuerstandard für vermögende Einzelpersonen, das für den brasilianischen G20-Vorsitz ausgearbeitet wurde,

Or. en

Änderungsantrag 4
Fabio De Masi

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 11 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die in Rio de Janeiro abgegebene Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G20 vom 19. November 2024,

Or. en

Änderungsantrag 5
Fabio De Masi

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 26 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 25. November 2015 zu Steuervorbescheiden und anderen Maßnahmen ähnlicher Art oder Wirkung

(auf der Grundlage der Feststellungen des Sonderausschusses TAXE 1),

Or. en

Änderungsantrag 6
Fabio De Masi

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 26 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 6. Juli 2016 zu Steuervorbescheiden und anderen Maßnahmen ähnlicher Art oder Wirkung (auf der Grundlage der Feststellungen des Sonderausschusses TAXE 2),

Or. en

Änderungsantrag 7
Fabio De Masi

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 26 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf seine Entschließung vom 26. März 2019 zu Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung (auf der Grundlage des Initiativberichts Sonderausschusses zu Finanzkriminalität, Steuerhinterziehung und Steuervermeidung – TAX 3),

Or. en

Änderungsantrag 8
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 33 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die 2022 von der Gemeinsamen Forschungsstelle der Kommission erstellte Studie zu kommunalen Steuern auf wirtschaftliche Tätigkeiten in Gemeinden in den EU-Mitgliedstaaten,

Or. en

Änderungsantrag 9
Fabio De Masi

Entschließungsantrag
Bezugsvermerk 38 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	– unter Hinweis auf die Beiträge während seines EU-Steuersymposiums 2025,

Or. en

Änderungsantrag 10
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Erwägung -A (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	-A. in der Erwägung, dass wirksame, faire und effiziente steuerpolitische Maßnahmen eine Schlüsselrolle bei der Förderung eines langfristigen nachhaltigen Wachstums und inklusiver Gesellschaften spielen, indem sie die Mittel generieren, die erforderlich sind, um grundlegende öffentliche Güter und

Dienstleistungen bereitzustellen, Investitionen zu fördern und soziale und wirtschaftliche Ungleichheiten zu verringern;

Or. en

Änderungsantrag 11
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Erwägung A a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Aa. in der Erwägung, dass die EU mit einer erheblichen Investitionslücke in Höhe von 750 bis 800 Mrd. EUR jährlich konfrontiert ist[1a]; in der Erwägung, dass die Schließung dieser Lücke von entscheidender Bedeutung ist, um ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum sicherzustellen, die Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und den von der EU angestrebten grünen und digitalen Wandel zu erreichen;
	[1a] Mario Draghi: „Die Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit Europas“

Or. en

Änderungsantrag 12
Lídia Pereira

Entschließungsantrag
Erwägung B

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
B. in der Erwägung, dass sich die Steuerlast (d. h. die Steuereinnahmen insgesamt als Anteil am BIP) in der EU im Jahr 2023 auf 39,0 % des BIP belief, was	B. in der Erwägung, dass sich die Steuerlast (d. h. die Steuereinnahmen insgesamt als Anteil am BIP) in der EU im Jahr 2023 auf 39,0 % des BIP belief, was

gegenüber 2022 einen leichten Rückgang darstellte[16];	gegenüber 2022 einen leichten Rückgang darstellte[16]***, aber immer noch eine beachtlich hohe Quote ist; in der Erwägung, dass diese Quote in einigen Mitgliedstaaten in den letzten zehn Jahren gestiegen ist;***
[16] Europäische Kommission, Daten zu Steuertrends, zuletzt aktualisiert am 10. März 2025.	[16] Europäische Kommission, Daten zu Steuertrends, zuletzt aktualisiert am 10. März 2025.

Or. en

Änderungsantrag 13
Sirpa Pietikäinen

Entschließungsantrag
Erwägung B a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ba. in der Erwägung, dass sich die durch Steuerhinterziehung verursachten Steuerausfälle weltweit auf schätzungsweise 500 Mrd. EUR belaufen, wovon 100 Mrd. EUR auf die EU entfallen; [1a]
	[1a] Sonderbericht 27/2024 des Europäischen Rechnungshofs: Bekämpfung schädlicher Steuerregelungen und der Steuervermeidung durch Unternehmen

Or. en

Änderungsantrag 14
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Erwägung B a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ba. in der Erwägung, dass der EU jährlich Hunderte Milliarden Euro an Steuereinnahmen dadurch entgehen, dass multinationale Unternehmen und wohlhabende Personen Steuerbetrug, Steuerhinterziehung und aggressive Steuerplanung betreiben[1b], insbesondere indem sie die Unterschiede zwischen den nationalen Steuersystemen und die Fragmentierung der Steuersysteme ausnutzen; in der Erwägung, dass den Mitgliedstaaten infolge dieser Steuerausfälle erhebliche öffentliche Mittel fehlen, die zur Unterstützung der Infrastruktur, der Innovation und der Sozialpolitik verwendet werden könnten, die zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit und der wirtschaftlichen Widerstandsfähigkeit der EU erforderlich sind;

[1b] Murphy, R. (2019). The European tax gap. A report for the Socialists and Democrats Group in the European Parliament (Die europäische Steuerlücke. Ein Bericht für die Fraktion der Sozialdemokraten im Europäischen Parlament). Global Policy, 2019-01.

Or. en

Änderungsantrag 15
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Erwägung B b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Bb. in der Erwägung, dass grenzüberschreitende Steuervermeidungsstrategien von Unternehmen nach wie vor den größten Anteil an den weltweiten Steuerausfällen

haben; in der Erwägung, dass solche missbräuchlichen Steuerpraktiken weltweit eine große wirtschaftliche Herausforderung darstellen, da den Staaten wichtige Steuereinnahmen für öffentliche Investitionen entgehen, die Ungleichheiten zwischen und innerhalb von Ländern verschärft werden und der Wettbewerb durch die Benachteiligung kleinerer und inländischer Unternehmen, auf die ein Großteil der Arbeitsplätze entfällt, verzerrt wird;

Or. en

Änderungsantrag 16
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Erwägung D

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
D. in der Erwägung, dass sich die Mehrwertsteuerlücke nach Angaben der Kommission im Jahr 2022 auf 89,3 Mrd. EUR belief[18];	D. in der Erwägung, dass sich ***allein*** die Mehrwertsteuerlücke nach Angaben der Kommission im Jahr 2022 auf 89,3 Mrd. EUR ***oder rund 7 % des erwarteten Mehrwertsteueraufkommens*** belief[1d]***; in der Erwägung, dass Schätzungen zufolge ein Viertel der Mehrwertsteuerlücke unmittelbar mit kriminellem Mehrwertsteuerbetrug in Zusammenhang steht[2d];***
[18] Europäische Kommission, „VAT gap in the EU – 2024 report“ (Mehrwertsteuerlücke in der EU – Bericht	***[1d] Europäische Kommission, „VAT gap in the EU – 2024 report“ (Mehrwertsteuerlücke in der EU – Bericht 2024), 2024.***
	[2d] Fragen und Antworten: Bericht über die Mehrwertsteuerlücke 2022. https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/qanda_22_7519

2024), 2024.

Or. en

Änderungsantrag 17
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Erwägung E a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ea. in der Erwägung, dass die Steuerbefolgungskosten eine zusätzliche finanzielle Belastung für die Unternehmen darstellen, die zu der eigentlichen Steuerschuld hinzukommt, sodass Zeit und Ressourcen von anderen Investitionsmöglichkeiten abgezogen werden;

Or. en

Änderungsantrag 18
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Erwägung E a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ea. in der Erwägung, dass sich Schätzungen zufolge die Gesamtkosten für die Einhaltung der Steuervorschriften in den 27 EU-Mitgliedstaaten sowie im Vereinigten Königreich auf 204 Mrd. EUR belaufen, was 1,3 % ihres kombinierten BIP entspricht; hebt hervor, dass Kleinstunternehmen den überwiegenden Teil dieser Kosten (87 %) tragen, gefolgt von kleinen Unternehmen (10 %), was für kleinere Firmen einen unverhältnismäßigen Verwaltungsaufwand darstellt[1e];

[1e] ***VVA/KPMG, „Study on the Cumulated Impacts of Tax Compliance Costs for SMEs and Micro-Enterprises“ (Studie zu den kumulierten Auswirkungen der Steuerbefolgungskosten auf KMU und Kleinstunternehmen), Europäische Kommission, GD TAXUD, 2022***.

Or. en

Änderungsantrag 19
Thomas Bajada, Costas Mavrides

Entschließungsantrag
Erwägung E a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ea. in der Erwägung, dass die relative Belastung durch die Einhaltung der Steuervorschriften für KMU unverhältnismäßig höher ist als für größere Unternehmen;

Or. en

Änderungsantrag 20
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Erwägung E a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ea. in der Erwägung, dass die Mitgliedstaaten vor großen Herausforderungen stehen, die sich auf ihre Steuereinnahmen und ihren Steuermix auswirken könnten, wie erhebliche demografische Veränderungen, die Klimakrise, Digitalisierung und Automatisierung;

Or. en

Änderungsantrag 21
Lídia Pereira

Entschließungsantrag
Erwägung E a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ea. in der Erwägung, dass gemäß den Verträgen Steuerfragen in erster Linie in die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten fallen;

Or. en

Änderungsantrag 22
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Erwägung E a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Ea. in der Erwägung, dass die Besteuerung den Mitgliedstaaten obliegt, wohingegen die EU in diesem Bereich gemäß dem AEUV nur über begrenzte Kompetenzen verfügt;

Or. en

Änderungsantrag 23
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Erwägung E b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Eb. in der Erwägung, dass die zunehmende Mobilität des Kapitals und

der allgemeine Trend zu Globalisierung und Digitalisierung in den letzten Jahrzehnten dazu geführt hat, dass einzelne Länder nach und nach in ihrer Fähigkeit eingeschränkt wurden, die Wirksamkeit ihrer Steuerpolitik und den Schutz ihrer Steuerbasis – insbesondere der Unternehmenssteuern, aber zunehmend auch der Einkommensteuern – sicherzustellen, sodass die Grundlagen der öffentlichen Einnahmen ausgehöhlt wurden[2e];

[2e] de la Feria, R. (2023). Pillar 2, Fiat, and the EU Unanimity rule on tax matters (Säule 2, Fiat, und der EU-Grundsatz der Einstimmigkeit in Steuerangelegenheiten), 3.Januar 2023, S. 2-8.

Or. en

Änderungsantrag 24
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Erwägung E b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Eb. in der Erwägung, dass einer Studie der Kommission[1a] zufolge den Unternehmen in der EU-28 im Jahr 2019 im Durchschnitt jährliche Kosten für die Einhaltung der Steuervorschriften in Höhe von 1,9 % ihres Umsatzes entstanden sind; in der Erwägung, dass die Unternehmen unter den verschiedenen Steuern die Mehrwertsteuer und die Körperschaftsteuer als diejenigen mit dem höchsten Befolgungsaufwand betrachten;

[1a] Europäische Kommission, Tax compliance costs for SMEs: An update

and a complement, Final Report 2022 (Steuerbefolgungskosten für KMU: Ein Update und eine Ergänzung, Abschlussbericht 2022), https://op.europa.eu/en/publication-detail/-/publication/70a486a9-b61d-11ec-b6f4-01aa75ed71a1

Or. en

Änderungsantrag 25
Fabio De Masi

Entschließungsantrag
Erwägung F

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
F. in der Erwägung, dass in dem umfassenden Bericht von Mario Draghi über die wirtschaftliche Lage der Europäischen Union warnend darauf hingewiesen wird, dass die Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit der EU zurückgehen und dass die EU, sofern keine entschiedenen Maßnahmen ergriffen werden, ***eine langsame*** und ***leidvolle Rückentwicklung erfahren*** wird, wobei auch betont wird, dass ***koordinierte politische Maßnahmen*** erforderlich ***sind***, um bürokratische Hürden zwecks Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit abzubauen und unnötige Vorschriften, auch im Steuerbereich, zu ermitteln und ***zu*** abzuschaffen;	F. in der Erwägung, dass in dem umfassenden Bericht von Mario Draghi über die wirtschaftliche Lage der Europäischen Union warnend darauf hingewiesen wird, dass die Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit der EU zurückgehen und dass die EU, sofern keine entschiedenen Maßnahmen ergriffen werden, ***einen langsamen*** und ***qualvollen Niedergang erleiden*** wird, wobei auch betont wird, dass ***eine Steigerung der öffentlichen Investitionen und dadurch auch der privaten Investitionen*** erforderlich ***ist***, um bürokratische Hürden zwecks Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit abzubauen und unnötige Vorschriften, auch im Steuerbereich, zu ermitteln und abzuschaffen;

Or. en

Änderungsantrag 26
Roberts Zīle

Entschließungsantrag
Erwägung F

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
F. in der Erwägung, dass in dem umfassenden Bericht von Mario Draghi über die wirtschaftliche Lage der Europäischen Union warnend darauf hingewiesen wird, dass die Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit der EU zurückgehen und dass die EU, sofern keine entschiedenen Maßnahmen ergriffen werden, ***eine*** langsame und ***leidvolle Rückentwicklung erfahren*** wird, wobei auch betont wird, dass koordinierte politische Maßnahmen erforderlich sind, ***um bürokratische Hürden zwecks Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit abzubauen und unnötige Vorschriften, auch im Steuerbereich, zu ermitteln und zu abzuschaffen***;	F. in der Erwägung, dass in dem umfassenden Bericht von Mario Draghi über die wirtschaftliche Lage der Europäischen Union warnend darauf hingewiesen wird, dass die Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit der EU zurückgehen und dass die EU, sofern keine entschiedenen Maßnahmen ergriffen werden, ***einen*** langsame und ***qualvollen Niedergang erleiden*** wird, wobei auch betont wird, dass koordinierte politische Maßnahmen erforderlich sind, ***die sich im Rahmen einer Straffung des Binnenmarkts auf die Beseitigung unnötiger Hindernisse und den Abbau bürokratischer Steuerhürden beschränken sollten***;

Or. en

Änderungsantrag 27
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Erwägung F

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
F. in der Erwägung, dass in dem umfassenden Bericht von Mario Draghi über die wirtschaftliche Lage der Europäischen Union warnend darauf hingewiesen wird, dass die Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit der EU zurückgehen und dass die EU, sofern keine entschiedenen Maßnahmen ergriffen werden, ***eine langsame*** und ***leidvolle Rückentwicklung erfahren*** wird, wobei auch betont wird, dass koordinierte politische Maßnahmen erforderlich sind, um bürokratische Hürden zwecks Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit abzubauen und ***unnötige Vorschriften, auch im Steuerbereich, zu ermitteln und***	F. in der Erwägung, dass in dem umfassenden Bericht von Mario Draghi über die wirtschaftliche Lage der Europäischen Union warnend darauf hingewiesen wird, dass die Produktivität und die Wettbewerbsfähigkeit der EU zurückgehen und dass die EU, sofern keine entschiedenen Maßnahmen ergriffen werden, ***einen langsamen*** und ***qualvollen Niedergang erleiden*** wird, wobei auch betont wird, dass koordinierte politische Maßnahmen erforderlich sind, um bürokratische Hürden zwecks Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit abzubauen***,*** und ***die Notwendigkeit einer Harmonisierung der Steuervorschriften***

zu abzuschaffen;	***zur Vertiefung des Binnenmarkts hervorgehoben wird***;

Or. en

Änderungsantrag 28
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Erwägung F a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	***Fa. in der Erwägung, dass in dem umfassenden Bericht von Mario Draghi auch auf die Notwendigkeit verwiesen wird, alle steuerlichen Hindernisse für grenzüberschreitende Investitionen in der EU zu beseitigen, um die Fragmentierung des Kapitalmarkts zu verringern und dadurch die Fragmentierung zu verringern und die Kapitalmarktunion zu vertiefen; in der Erwägung, dass in dem Bericht betont wird, dass die EU-Bürger in der Lage sein sollten, ohne komplizierte Steuerverfahren, die de facto zu einer Doppelbesteuerung führen, in anderen Mitgliedstaaten zu investieren, und ferner gefordert wird, dass die Besteuerung von Kapitalinvestitionen so weit wie möglich synchronisiert werden sollte, um im Hinblick auf Anreize die Fragmentierung zu verringern[1f];* *[1f] Mario Draghi, „The Future of European Competitiveness“ („Die Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit Europas“), Teil B - vertiefte Analyse und Empfehlungen, September 2024, S. 293*

Or. en

Änderungsantrag 29
Markus Ferber

Entschließungsantrag
Erwägung F a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Fa. in der Erwägung, dass die Fragmentierung im Bereich der Steuerpolitik und die übermäßig komplizierte Gestaltung der Steuerpolitik verschiedene Hindernisse für Unternehmen und Bürger im Binnenmarkt schaffen: Rechtsunsicherheit, Bürokratie, Risiko der Doppelbesteuerung und Schwierigkeiten bei der Beantragung von Steuererstattungen; in der Erwägung, dass diese Hindernisse grenzüberschreitenden Wirtschaftstätigkeiten im Binnenmarkt entgegenstehen; in der Erwägung, dass die Fragmentierung der Steuerpolitik und die übermäßig komplizierte Gestaltung der Steuerpolitik auch Risiken für die Steuerbehörden mit sich bringen, wie z. B. doppelte Nichtbesteuerung und Arbitragemöglichkeiten;

Or. en

Änderungsantrag 30
Fabio De Masi

Entschließungsantrag
Erwägung F a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Fa. in der Erwägung, dass in der Erklärung der Staats- und Regierungschefs der G20 von Rio de Janeiro betont wurde, dass die progressive Besteuerung eines der wichtigsten Instrumente ist, um die Ungleichheit innerhalb der Staaten zu verringern, die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu verbessern, die

Haushaltskonsolidierung voranzubringen, ein starkes, nachhaltiges, ausgewogenes und integratives Wachstum zu fördern und die Verwirklichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung zu erleichtern, und dass die Erklärung ferner vorsieht, dass sichergestellt werden muss, dass Personen mit extrem hohem Nettovermögen effektiv besteuert werden;

Or. en

Änderungsantrag 31
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Erwägung F b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Fb. in der Erwägung, dass im Letta-Bericht betont wird, dass eine wirksame und nachhaltige Finanzierung der Dienstleistungen von allgemeinem Interesse von wesentlicher Bedeutung ist, um das europäische Sozialmodell aufrechtzuerhalten und den universellen Zugang zu hochwertigen Dienstleistungen – darunter Gesundheitsversorgung, Wohnraum, Energie und digitale Kommunikation – sicherzustellen, die die Grundlage für Sozialschutz, Inklusion und Wettbewerbsfähigkeit bilden[2f];

[2f] Enrico Letta, „Much More than a Market - Empowering the Single Market to deliver a sustainable future and prosperity for all EU Citizens“ („Weit mehr als ein Markt – Stärkung des Binnenmarkts für eine nachhaltige Zukunft und Wohlstand für alle Bürgerinnen und Bürger der EU“), April 2024, S. 98.

Or. en

Änderungsantrag 32
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Erwägung F c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Fc. in der Erwägung, dass im Letta-Bericht hervorgehoben wird, dass die Steuerfragmentierung nach wie vor ein großes Hindernis für Unternehmen und insbesondere KMU in der EU darstellt und dass eine bessere Angleichung durch einen harmonisierten EU-Steuerrahmen von entscheidender Bedeutung ist, um die Arbeitnehmerfreizügigkeit und den freien Verkehr von Waren und Dienstleistungen zu erleichtern sowie Wachstum und private Investitionen zu unterstützen[3f];in der Erwägung, dass eine solide und faire Besteuerung ein wichtiges Instrument ist, um in allen Regionen der Union die Einnahmen zu generieren, die für Investitionen in und die Aufrechterhaltung von Dienstleistungen von allgemeinem Interesse erforderlich sind;

[3f] Enrico Letta, „Much More than a Market - Empowering the Single Market to deliver a sustainable future and prosperity for all EU Citizens“ („Weit mehr als ein Markt – Stärkung des Binnenmarkts für eine nachhaltige Zukunft und Wohlstand für alle Bürgerinnen und Bürger der EU“), April 2024, S. 91 und 111.

Or. en

Änderungsantrag 33
Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. betont, dass durch einfache und vorhersehbare Steuervorschriften den Steuerzahlern die Entrichtung ihrer Steuern und den Regierungen die Verwaltung und Erhebung von Steuereinnahmen erleichtert werden sollten; betont, dass eine unternehmensfreundliche Europäische Union geschaffen werden muss, die die Einhaltung geltender Vorschriften erleichtert und in der produktive Sektoren miteinander im Wettbewerb stehen und florieren und Arbeitnehmer ein gutes Einkommen erzielen können;	1. betont, dass durch einfache und vorhersehbare Steuervorschriften den Steuerzahlern die Entrichtung ihrer Steuern und den Regierungen die Verwaltung und Erhebung von Steuereinnahmen erleichtert werden sollten; betont, dass eine unternehmensfreundliche Europäische Union geschaffen werden muss, die die Einhaltung geltender Vorschriften erleichtert und in der produktive Sektoren miteinander im Wettbewerb stehen und florieren und Arbeitnehmer ein gutes Einkommen erzielen können; ***betont, dass übermäßig komplexe und belastende Steuervorschriften Investitionen behindern, den Wohlstand verringern, die Lebenshaltungskosten erhöhen und den Lebensstandard senken; betont, dass die Erhebung von Steuern ein Mittel zum Zweck und kein Selbstzweck ist;***

Or. en

Änderungsantrag 34
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. betont, dass durch einfache und vorhersehbare Steuervorschriften den Steuerzahlern die Entrichtung ihrer Steuern und den Regierungen die Verwaltung und Erhebung von Steuereinnahmen erleichtert werden sollten; betont, dass eine unternehmensfreundliche Europäische Union geschaffen werden muss, die die Einhaltung geltender Vorschriften erleichtert und in der produktive Sektoren miteinander im Wettbewerb stehen und	1. betont, dass durch einfache und vorhersehbare Steuervorschriften den Steuerzahlern die Entrichtung ihrer Steuern und den Regierungen die Verwaltung und Erhebung von Steuereinnahmen erleichtert werden sollten; betont, dass eine unternehmensfreundliche Europäische Union geschaffen werden muss, die die Einhaltung geltender Vorschriften erleichtert und in der produktive Sektoren miteinander im Wettbewerb stehen und

florieren ***und*** Arbeitnehmer ein gutes Einkommen erzielen können;	florieren***,*** Arbeitnehmer ein gutes Einkommen erzielen können ***und die Umwelt geschützt wird***;

Or. en

Änderungsantrag 35
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. betont, dass durch einfache und vorhersehbare Steuervorschriften den Steuerzahlern die Entrichtung ihrer Steuern und den Regierungen die Verwaltung und Erhebung von Steuereinnahmen erleichtert werden sollten; betont, dass eine unternehmensfreundliche Europäische Union geschaffen werden muss, die die Einhaltung geltender Vorschriften erleichtert und in der produktive Sektoren miteinander im Wettbewerb stehen und florieren und Arbeitnehmer ***ein gutes Einkommen erzielen*** können;	1. betont, dass durch einfache und vorhersehbare Steuervorschriften den Steuerzahlern die Entrichtung ihrer Steuern und den Regierungen die Verwaltung und Erhebung von Steuereinnahmen erleichtert werden sollten; betont, dass eine unternehmensfreundliche Europäische Union geschaffen werden muss, die die Einhaltung geltender Vorschriften erleichtert und in der produktive Sektoren miteinander im Wettbewerb stehen und florieren und Arbeitnehmer ***einen fairen Lohn erhalten*** können;

Or. en

Änderungsantrag 36
Roberts Zīle

Entschließungsantrag
Ziffer 1

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
1. betont, dass durch einfache und vorhersehbare Steuervorschriften den Steuerzahlern die Entrichtung ihrer Steuern und den Regierungen die Verwaltung und Erhebung von Steuereinnahmen erleichtert werden sollten; betont, dass eine unternehmensfreundliche ***Europäische***	1. betont, dass durch einfache und vorhersehbare Steuervorschriften den Steuerzahlern die Entrichtung ihrer Steuern und den Regierungen die Verwaltung und Erhebung von Steuereinnahmen erleichtert werden sollten; betont, dass eine unternehmensfreundliche

Union geschaffen werden muss, die die Einhaltung geltender Vorschriften erleichtert und in der produktive Sektoren miteinander im Wettbewerb stehen und florieren und Arbeitnehmer ein gutes Einkommen erzielen können;

Herangehensweise ausgearbeitet werden muss, die die Einhaltung geltender Vorschriften erleichtert und in der produktive Sektoren miteinander im Wettbewerb stehen und florieren und Arbeitnehmer ein gutes Einkommen erzielen können;

Or. en

Änderungsantrag 37
Billy Kelleher, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Ziffer 1 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	1a. weist darauf hin, dass Handelskriege Unternehmen sowohl auf nationaler als auch auf globaler Ebene schaden; um zu florieren, benötigen Unternehmen Sicherheit und Vorhersehbarkeit, da sie dadurch in die Lage versetzt werden, langfristige Entscheidungen in Bezug auf Investitionen und Wachstum zu treffen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Turbulenzen im Handel so weit wie möglich einzudämmen und dafür zu sorgen, dass europäische Unternehmen einbezogen und konsultiert werden, wenn Entscheidungen über die Reaktion auf Zölle getroffen werden;

Or. en

Änderungsantrag 38
Markus Ferber

Entschließungsantrag
Ziffer 1 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	1a. weist darauf hin, dass die Gestaltung der Steuerpolitik und das allgemeine Steuerniveau die Entscheidungsfindung der Wirtschaftsakteure nicht verzerren oder ihre wirtschaftlichen Optionen einschränken sollten;

Or. en

Änderungsantrag 39
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. betont, dass ***im Steuersystem*** der ***EU*** die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit ***gewahrt werden sollten und*** dass ***den*** Mitgliedstaaten das Recht ***erhalten bleiben sollte***, ihre Steuersysteme an ihre spezifischen einzelstaatlichen Erfordernisse anzupassen ***und gleichzeitig gemeinsame Standards einzuhalten und*** die ***effiziente Verwendung von Einnahmen sicherzustellen***;	2. betont, dass ***der Steuerrahmen in*** der ***Union*** die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit ***wahren sollte; erkennt an,*** dass ***die*** Mitgliedstaaten ***weiterhin*** das Recht ***haben***, ihre Steuersysteme an ihre spezifischen einzelstaatlichen Erfordernisse anzupassen***,*** ***soweit*** die ***Vorschriften nicht durch EU-Recht harmonisiert sind***;

Or. en

Änderungsantrag 40
Lídia Pereira

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. betont, dass im Steuersystem der EU die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit gewahrt werden	2. betont, dass im Steuersystem der EU die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit gewahrt werden

sollten und dass ***den*** Mitgliedstaaten das Recht ***erhalten bleiben sollte***, ihre Steuersysteme an ihre spezifischen einzelstaatlichen Erfordernisse anzupassen ***und gleichzeitig*** gemeinsame Standards ***einzuhalten*** und ***die*** effiziente Verwendung ***von*** Einnahmen ***sicherzustellen***;	sollten und dass ***die*** Mitgliedstaaten das Recht ***haben***, ihre Steuersysteme an ihre spezifischen einzelstaatlichen Erfordernisse anzupassen***, dabei jedoch*** gemeinsame Standards ***einhalten, ihre Bemühungen zur Bekämpfung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung koordinieren, für einen reibungslosen*** und ***effektiven Austausch von Informationen sorgen und eine*** effiziente Verwendung ***der*** Einnahmen ***sicherstellen sollten***;

Or. en

Änderungsantrag 41
Markus Ferber

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. betont, dass im Steuersystem der EU die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit gewahrt werden sollten und dass ***den*** Mitgliedstaaten das Recht ***erhalten bleiben sollte***, ihre Steuersysteme an ihre spezifischen einzelstaatlichen Erfordernisse anzupassen ***und gleichzeitig*** gemeinsame Standards ***einzuhalten*** und die effiziente Verwendung ***von*** Einnahmen ***sicherzustellen***;	2. betont, dass im Steuersystem der EU die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit gewahrt werden sollten und dass ***die*** Mitgliedstaaten ***weiterhin*** das Recht ***haben***, ihre Steuersysteme an ihre spezifischen einzelstaatlichen Erfordernisse anzupassen***, dabei jedoch*** gemeinsame Standards ***und den Grundsatz der loyalen Zusammenarbeit einhalten*** und die effiziente Verwendung ***der*** Einnahmen ***sicherstellen sollten***;

Or. en

Änderungsantrag 42
Billy Kelleher

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

2. betont, dass im Steuersystem der EU die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit gewahrt werden sollten und dass ***den*** Mitgliedstaaten das Recht ***erhalten bleiben sollte***, ihre Steuersysteme an ihre spezifischen einzelstaatlichen Erfordernisse anzupassen ***und gleichzeitig*** gemeinsame Standards ***einzuhalten*** und die effiziente Verwendung ***von*** Einnahmen ***sicherzustellen***;	2. betont, dass im Steuersystem der EU die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit gewahrt werden sollten und dass ***die*** Mitgliedstaaten ***weiterhin*** das Recht ***haben***, ihre Steuersysteme an ihre spezifischen einzelstaatlichen Erfordernisse anzupassen***, dabei jedoch*** gemeinsame Standards ***einhalten*** und die effiziente Verwendung ***der*** Einnahmen ***sicherstellen sollten; ist der Ansicht, dass es möglich ist, eine Balance zwischen der Wahrung der Zuständigkeiten der Mitgliedstaaten und der Sicherstellung einer kohärenten Auslegung und Umsetzung des EU-Besitzstands im Steuerbereich zu finden;***
	Or. en

Änderungsantrag 43
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. betont, dass im Steuersystem der EU die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit gewahrt werden sollten und dass ***den*** Mitgliedstaaten das Recht ***erhalten bleiben sollte***, ihre Steuersysteme an ihre spezifischen einzelstaatlichen Erfordernisse anzupassen ***und gleichzeitig*** gemeinsame Standards ***einzuhalten*** und ***die effiziente Verwendung von Einnahmen sicherzustellen***;	2. betont, dass ***unterschiedliche Steuervorschriften in der Union ein erhebliches Hindernis für die Verwirklichung eines echten Binnenmarkts darstellen, wie im Draghi-Bericht[19a] festgestellt wurde; weist darauf hin, dass*** im Steuersystem der EU die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit gewahrt werden sollten und dass ***die*** Mitgliedstaaten ***weiterhin*** das Recht ***haben***, ihre Steuersysteme an ihre spezifischen einzelstaatlichen Erfordernisse anzupassen***, dabei jedoch*** gemeinsame Standards ***einhalten*** und ***gleiche Wettbewerbsbedingungen sicherstellen sollten***;
	19a

https://commission.europa.eu/topics/eu-competitiveness/draghi-report_en#paragraph_47059

Or. en

Änderungsantrag 44
Fabio De Masi

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. betont, dass im Steuersystem der EU die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit gewahrt werden sollten und dass ***den*** Mitgliedstaaten das Recht ***erhalten bleiben sollte***, ihre Steuersysteme an ihre spezifischen einzelstaatlichen Erfordernisse anzupassen und ***gleichzeitig*** gemeinsame Standards ***einzuhalten*** und die effiziente Verwendung ***von*** Einnahmen ***sicherzustellen***;	2. betont, dass im Steuersystem der EU die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit gewahrt werden sollten und dass ***die*** Mitgliedstaaten ***weiterhin*** das Recht ***haben***, ihre Steuersysteme an ihre spezifischen einzelstaatlichen Erfordernisse anzupassen***, auch im Hinblick auf eine ausreichend breite Bemessungsgrundlage für die Unternehmensbesteuerung*** und ***wirksamer Steuersätze, die einen Wettlauf nach unten verhindern und KMU vor unlauteren Steuerpraktiken multinationaler Unternehmen schützen, dabei jedoch*** gemeinsame Standards ***einhalten*** und die effiziente Verwendung ***der*** Einnahmen ***sicherstellen sollten***;

Or. en

Änderungsantrag 45
Roberts Zīle

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. betont, dass im Steuersystem der EU die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit ***gewahrt*** werden	2. betont, dass im Steuersystem der EU die ***in den Verträgen verankerten*** Grundsätze der Subsidiarität und der

sollten und dass ***den*** Mitgliedstaaten ***das Recht erhalten bleiben sollte***, ihre Steuersysteme an ihre spezifischen einzelstaatlichen Erfordernisse anzupassen ***und gleichzeitig*** gemeinsame Standards ***einzuhalten*** und ***die effiziente Verwendung von Einnahmen sicherzustellen***;

Verhältnismäßigkeit ***strikt eingehalten*** werden ***müssen, wobei sicherzustellen ist,*** dass ***die*** Mitgliedstaaten ***uneingeschränkt und primär dafür zuständig bleiben***, ihre Steuersysteme an ihre spezifischen einzelstaatlichen Erfordernisse anzupassen***; betont, dass*** gemeinsame Standards ***darauf zugeschnitten sein müssen, dass klare*** und ***nachweisbare Hindernisse für das Funktionieren des Binnenmarkts beseitigt werden können, ohne in die nationale Steuerhoheit einzugreifen***;

Or. en

Änderungsantrag 46
Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. betont, dass im Steuersystem der EU die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit gewahrt werden sollten und dass ***den*** Mitgliedstaaten das Recht ***erhalten bleiben sollte***, ihre Steuersysteme an ihre spezifischen einzelstaatlichen Erfordernisse anzupassen ***und gleichzeitig*** gemeinsame Standards ***einzuhalten*** und die effiziente Verwendung ***von*** Einnahmen ***sicherzustellen***;	2. ***hebt hervor, dass die Besteuerung weiterhin der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten und der Einstimmigkeit unterliegen sollte;*** betont, dass im Steuersystem der EU die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit gewahrt werden sollten und dass ***die*** Mitgliedstaaten ***weiterhin*** das Recht ***haben***, ihre Steuersysteme an ihre spezifischen einzelstaatlichen Erfordernisse anzupassen***, wobei sie jedoch*** gemeinsame Standards ***einhalten*** und die effiziente Verwendung ***der*** Einnahmen ***sicherstellen sollten***;

Or. en

Änderungsantrag 47
Fernand Kartheiser

Entschließungsantrag
Ziffer 2

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
2. betont, dass im Steuersystem der EU die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit gewahrt werden sollten und dass ***den*** Mitgliedstaaten ***das Recht erhalten bleiben sollte***, ihre Steuersysteme ***an ihre spezifischen einzelstaatlichen Erfordernisse anzupassen und gleichzeitig gemeinsame Standards einzuhalten und die effiziente Verwendung von Einnahmen sicherzustellen***;	2. betont, dass im Steuersystem der EU die Grundsätze der Subsidiarität und der Verhältnismäßigkeit gewahrt werden sollten und dass ***die*** Mitgliedstaaten ***dafür zuständig sind***, ihre Steuersysteme ***festzulegen***;

Or. en

Änderungsantrag 48
Pasquale Tridico, Jussi Saramo, Manon Aubry

Entschließungsantrag
Ziffer 2 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	2a. betont die Bedeutung einer verstärkten Steuerharmonisierung zwischen den Mitgliedstaaten als Strategie zur Verringerung der Kosten, die den Unternehmen durch die Einhaltung der Steuervorschriften entstehen; betont, dass auf diese Weise Steuervermeidung und Steuerhinterziehung erheblich verringert werden können;

Or. en

Änderungsantrag 49
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 2 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

2a. stellt fest, dass das derzeitige Steuersystem der Union aus 27 unterschiedlichen Unternehmenssteuersystemen besteht, was ein erhebliches Hindernis für die Wirtschaftstätigkeit im Binnenmarkt darstellt; betont, dass die Komplexität und die Diskrepanzen im Zusammenspiel der verschiedenen Steuersysteme ungleiche Wettbewerbsbedingungen schaffen und die Steuerunsicherheit sowie die Kosten für die Einhaltung der Steuervorschriften für Unternehmen, die in mehr als einem Mitgliedstaat tätig sind, erhöhen; hebt hervor, dass es wegen divergierender Vorschriften in verschiedenen Mitgliedstaaten zu doppelter Nichtbesteuerung und unbeabsichtigten Steuervorteilen kommen kann[1a];

[1a] Europäische Kommission, Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Schaffung eines Rahmens für die Unternehmensbesteuerung in Europa (BEFIT), Begründung, S. 8.

Or. en

Änderungsantrag 50
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Ziffer 2 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	2a. ist zutiefst besorgt über die Bedrohung der europäischen Steuerhoheit, wie sie in den Erklärungen des US-Präsidenten vom 2. April 2025 zur Mehrwertsteuer in den EU-Mitgliedstaaten als Element der Rechtfertigung für die Einführung von Zöllen auf US-Importe aus der EU zum Ausdruck kam; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die

Steuerhoheit der Mitgliedstaaten in diesen und anderen steuerbezogenen Angelegenheiten zu bekräftigen, auch im Hinblick auf künftige europäische Steuern auf digitale Dienste, und hält es für nicht hinnehmbar, wenn ausländische Mächte den Versuch unternehmen, die Steuerhoheit in der EU zu untergraben;

Or. en

Änderungsantrag 51
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 2 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	2b. weist ferner darauf hin, dass dadurch die Funktionsweise des Binnenmarkts beeinträchtigt wird, da grenzüberschreitende Investitionen behindert und Unternehmen aus der Union im Wettbewerb mit Unternehmen, die auf Märkten vergleichbarer Größe in anderen Teilen der Welt tätig sind, benachteiligt werden[1b]; weist darauf hin, dass durch ein solches fragmentiertes Steuerumfeld KMU und rein inländische Unternehmen übermäßig benachteiligt werden, da sie nicht über die Ressourcen für komplexe Steuergestaltungsmodelle verfügen und daher einem unfairen Wettbewerbsumfeld ausgesetzt sind, das eine Expansion erschwert;

[1b] Europäische Kommission, Vorschlag für eine Richtlinie des Rates zur Schaffung eines Rahmens für die Unternehmensbesteuerung in Europa (BEFIT), Begründung, S. 1.

Or. en

Änderungsantrag 52
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 2 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	2c. betont, dass neben Harmonisierungsbemühungen auch durch gemeinsame Umsetzungsinstrumente, nicht verbindliche Rechtsvorschriften, Leitlinien der Kommission, Dialog und Austausch bewährter Verfahren zwischen den Mitgliedstaaten erhebliche Fortschritte bei der Vereinfachung der Befolgung der Steuervorschriften und der Beseitigung administrativer Hürden im Binnenmarkt erzielt werden können;

Or. en

Änderungsantrag 53
Billy Kelleher, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. merkt an, dass europäische Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU), wichtige Triebkräfte für Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in ganz Europa sind; weist darauf hin, dass KMU im Hinblick auf Steuern vor erheblichen Herausforderungen stehen, da komplexe Steuervorschriften und fragmentierte Steuersysteme für einen hohen Verwaltungsaufwand und hohe Befolgungskosten sorgen und KMU mit Blick auf Wachstum und Innovation einschränken; fordert die Kommission nachdrücklich auf, Lösungen für eine Vereinfachung der Steuerverfahren und	3. merkt an, dass europäische Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU), wichtige Triebkräfte für Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in ganz Europa sind; weist darauf hin, dass KMU im Hinblick auf Steuern vor erheblichen Herausforderungen stehen, da komplexe Steuervorschriften und fragmentierte Steuersysteme für einen hohen Verwaltungsaufwand und hohe Befolgungskosten sorgen und KMU mit Blick auf Wachstum und Innovation einschränken; fordert die Kommission nachdrücklich auf, Lösungen für eine Vereinfachung der Steuerverfahren und

eine Senkung der Befolgungskosten auszuloten;	eine Senkung der Befolgungskosten auszuloten; ***betont, dass die von der Kommission derzeit vorgenommene Bewertung des Besitzstands im Steuerbereich eine Bewertung der Auswirkungen insbesondere auf KMU umfassen sollte; ebenso sollte bei künftigen Vorschlägen standardmäßig hinreichend berücksichtigt werden, ob die Lösungen für KMU machbar sind und diese nicht mit unnötigen Vorschriften oder Kosten belasten;***
	Or. en

Änderungsantrag 54
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. merkt an, dass europäische Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU), wichtige Triebkräfte für Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in ganz Europa sind; weist darauf hin, dass KMU im Hinblick auf Steuern vor erheblichen Herausforderungen stehen, da komplexe Steuervorschriften und fragmentierte Steuersysteme für einen hohen Verwaltungsaufwand und hohe Befolgungskosten sorgen und KMU mit Blick auf Wachstum und Innovation einschränken; fordert die Kommission nachdrücklich auf, Lösungen für eine Vereinfachung der Steuerverfahren und eine Senkung der Befolgungskosten auszuloten;	3. merkt an, dass europäische Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU), wichtige Triebkräfte für Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in ganz Europa sind; weist darauf hin, dass KMU im Hinblick auf Steuern vor erheblichen Herausforderungen stehen, da komplexe Steuervorschriften und fragmentierte Steuersysteme für einen hohen Verwaltungsaufwand und hohe Befolgungskosten sorgen und KMU mit Blick auf Wachstum und Innovation einschränken; fordert die Kommission nachdrücklich auf, Lösungen für eine Vereinfachung der Steuerverfahren und eine Senkung der Befolgungskosten auszuloten ***und gleichzeitig zu untersuchen, warum der Vorschlag für eine Richtlinie zur Einführung eines hauptsitzbasierten Steuersystems (Head Office Tax System, HOT) für KMU im Rat auf wenig Begeisterung gestoßen ist***;

Or. en

Änderungsantrag 55
Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. merkt an, dass europäische Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU), wichtige Triebkräfte für Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in ganz Europa sind; weist darauf hin, dass KMU im Hinblick auf Steuern vor erheblichen Herausforderungen stehen, da komplexe Steuervorschriften und fragmentierte Steuersysteme für einen hohen Verwaltungsaufwand und hohe Befolgungskosten sorgen und KMU mit Blick auf Wachstum und Innovation einschränken; fordert die Kommission nachdrücklich auf, Lösungen für eine Vereinfachung der Steuerverfahren und eine Senkung der Befolgungskosten auszuloten;	3. merkt an, dass europäische Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU), wichtige Triebkräfte für Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in ganz Europa sind; weist darauf hin, dass KMU im Hinblick auf Steuern vor erheblichen Herausforderungen stehen, da komplexe Steuervorschriften und fragmentierte Steuersysteme für einen hohen Verwaltungsaufwand und hohe Befolgungskosten sorgen und KMU mit Blick auf Wachstum und Innovation einschränken; fordert die Kommission nachdrücklich auf, Lösungen für eine Vereinfachung der Steuerverfahren und eine Senkung der Befolgungskosten***, insbesondere für KMU und Unternehmensinvestoren,*** auszuloten;

Or. en

Änderungsantrag 56
Fabio De Masi

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. merkt an, dass europäische Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU), wichtige Triebkräfte für Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in ganz	3. merkt an, dass europäische Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU), wichtige Triebkräfte für Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in ganz

Europa sind; weist darauf hin, dass KMU im Hinblick auf Steuern vor ***erheblichen*** Herausforderungen stehen, da komplexe Steuervorschriften und fragmentierte Steuersysteme für einen hohen Verwaltungsaufwand und hohe Befolgungskosten sorgen und KMU mit Blick auf Wachstum und Innovation einschränken; fordert die Kommission nachdrücklich auf, Lösungen für eine Vereinfachung der Steuerverfahren und eine Senkung der Befolgungskosten auszuloten;	Europa sind; weist darauf hin, dass KMU ***mit einer wesentlich höheren Steuerlast konfrontiert sind als multinationale Konzerne und*** im Hinblick auf Steuern vor Herausforderungen stehen, da komplexe Steuervorschriften und fragmentierte Steuersysteme für einen hohen Verwaltungsaufwand und hohe Befolgungskosten sorgen und KMU mit Blick auf Wachstum und Innovation einschränken; fordert die Kommission nachdrücklich auf, Lösungen für eine Vereinfachung der Steuerverfahren und eine Senkung der Befolgungskosten auszuloten;

Or. en

Änderungsantrag 57
Lídia Pereira

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. merkt an, dass europäische Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU), wichtige Triebkräfte für Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in ganz Europa sind; weist darauf hin, dass KMU im Hinblick auf Steuern vor erheblichen Herausforderungen stehen, da komplexe Steuervorschriften und fragmentierte Steuersysteme für einen hohen Verwaltungsaufwand und hohe Befolgungskosten sorgen und KMU mit Blick auf Wachstum und Innovation einschränken; fordert die Kommission nachdrücklich auf, Lösungen für eine Vereinfachung der Steuerverfahren und eine Senkung der Befolgungskosten auszuloten;	3. merkt an, dass europäische Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU), wichtige Triebkräfte für Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in ganz Europa sind; weist darauf hin, dass KMU im Hinblick auf Steuern vor erheblichen Herausforderungen stehen, da komplexe Steuervorschriften und fragmentierte Steuersysteme für einen hohen Verwaltungsaufwand und hohe Befolgungskosten sorgen und KMU mit Blick auf Wachstum und Innovation einschränken; fordert die Kommission nachdrücklich auf, ***in enger Abstimmung mit den nationalen Steuerbehörden*** Lösungen für eine Vereinfachung der Steuerverfahren und eine Senkung der Befolgungskosten auszuloten;

Or. en

Änderungsantrag 58
Fernand Kartheiser

Entschließungsantrag
Ziffer 3

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
3. merkt an, dass europäische Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU), wichtige Triebkräfte für Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in ganz Europa sind; weist darauf hin, dass KMU im Hinblick auf Steuern vor erheblichen Herausforderungen stehen, da komplexe Steuervorschriften und fragmentierte Steuersysteme für einen hohen Verwaltungsaufwand und hohe Befolgungskosten sorgen und KMU mit Blick auf Wachstum und Innovation einschränken; fordert die Kommission nachdrücklich auf, Lösungen für eine Vereinfachung der Steuerverfahren und eine Senkung der Befolgungskosten auszuloten;	3. merkt an, dass europäische Unternehmen, insbesondere kleine und mittlere Unternehmen (KMU), wichtige Triebkräfte für Wirtschaftswachstum und die Schaffung von Arbeitsplätzen in ganz Europa sind; weist darauf hin, dass KMU im Hinblick auf Steuern vor erheblichen Herausforderungen stehen, da komplexe Steuervorschriften und fragmentierte Steuersysteme für einen hohen Verwaltungsaufwand und hohe Befolgungskosten sorgen und KMU mit Blick auf Wachstum und Innovation einschränken; fordert die Kommission nachdrücklich auf, ***unter uneingeschränkter Wahrung der Kompetenzen der Mitgliedstaaten*** Lösungen für eine Vereinfachung der Steuerverfahren und eine Senkung der Befolgungskosten auszuloten;

Or. en

Änderungsantrag 59
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 3 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3a. betont, dass neue und kleine Unternehmen durch die Befolgung der Steuervorschriften oft überfordert sind; fordert die Kommission auf, ein

umfassendes, benutzerfreundliches Instrumentarium für KMU und Start-up-Unternehmen zu entwickeln, das Leitlinien, Vorlagen und Optionen für die automatisierte Steuererklärung in Bezug auf Mehrwertsteuer, Körperschaftsteuer, Lohnsteuer und sonstige Abgaben umfasst, kostenlos verfügbar ist und regelmäßig aktualisiert wird; betont, dass temporäre Steuererleichterungen in der Anfangsphase eines Unternehmens, wie beispielsweise eine zeitlich begrenzte Befreiung oder ein ermäßigter Steuersatz für die ersten zwei Jahre, Eintrittsbarrieren verringern, Innovationen fördern und das Unternehmertum in der gesamten EU ankurbeln können;

Or. en

Änderungsantrag 60
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 3 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3a. begrüßt insbesondere den 2023 unterbreiteten Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie des Rates zur Schaffung eines Rahmens für die Unternehmensbesteuerung (BEFIT); betont, dass ein gemeinsamer harmonisierter Rahmen für die Unternehmensbesteuerung nicht nur die Befolgungskosten und den Verwaltungsaufwand erheblich verringern würde, sondern auch gleiche Wettbewerbsbedingungen für im Binnenmarkt tätige Unternehmen schaffen, die Expansion fördern, die Rechtssicherheit verbessern und Investitionen und Wachstum in der Union ankurbeln würde;

Or. en

Änderungsantrag 61
Markus Ferber

Entschließungsantrag
Ziffer 3 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3a. stellt fest, dass sich laut Angaben der Kommission die Steuerbefolgungskosten für große Unternehmen auf schätzungsweise 2 % der entrichteten Steuern belaufen, während dieser Wert für KMU auf etwa 30 % der entrichteten Steuern geschätzt wird; kommt zu dem Schluss, dass KMU überproportional von Maßnahmen zur Steuervereinfachung profitieren würden;
	[1a] Europäische Kommission, 15.7.2020 – Mitteilung über einen Aktionsplan, S. 6.

Or. en

Änderungsantrag 62
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 3 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3b. begrüßt den Letta-Bericht und den darin enthaltenen Verweis auf ein optionales 28. Steuerregime, das sich darauf konzentrieren würde, innovative Start-up-Unternehmen in die Europäische Union zu locken und dort zu halten; betont, dass ein solches Steuerregime die Befolgungskosten senken, grenzüberschreitende Investitionen fördern und Steuervorschriften umfassen

sollte, die attraktiv und einfach sind, Verzerrungen minimieren und gleichzeitig sicherstellen, dass die Bekämpfung der Steuerhinterziehung beibehalten werden kann; betont, dass die Einhaltung dieser Grundsätze von entscheidender Bedeutung ist, um die EU zu einem führenden Zentrum für Investitionen und Innovationen zu machen;

Or. en

Änderungsantrag 63
Markus Ferber

Entschließungsantrag
Ziffer 3 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3b. weist darauf hin, dass durch eine Harmonisierung der Steuerbemessungsgrundlagen die Steuerbefolgungskosten für KMU, die in mehr als einem Mitgliedstaat tätig sind, gesenkt werden könnten, was auch die Integration des Binnenmarkts fördern würde;

Or. en

Änderungsantrag 64
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 3 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3c. begrüßt die im Draghi-Bericht enthaltenen sektorspezifischen Besteuerungsvorschläge, insbesondere den Vorschlag, die Energiesteuern zu senken und einen Rahmen zu schaffen,

der sicherstellt, dass zusätzliche Abgaben nicht zu übermäßigen Energiekosten für Unternehmen und Haushalte führen;

Or. en

Änderungsantrag 65
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 3 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	3d. nimmt die informellen Überlegungen der EU-Finanzminister im Januar 2025 zu hohen Energiepreisen und deren Priorisierung zur Kenntnis; unterstützt den Kompass der Kommission für Wettbewerbsfähigkeit und merkt an, dass einige Kostenkomponenten der Energiepreise kurzfristig abgeschwächt werden können; bedauert die politische Pattsituation im Rat in Bezug auf die Überarbeitung der Energiebesteuerungsrichtlinie und betont, dass es wichtig ist, die Klimaziele mit den derzeitigen wirtschaftlichen Gegebenheiten und hohen Energiepreisen sowie mit dem Konnektivitätsbedarf in Einklang zu bringen;

Or. en

Änderungsantrag 66
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer -4 (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	-4. betont, dass Wettbewerbsfähigkeit ein weit gefasster Begriff ist, der sich auf die Produktivitätsrate bezieht, die

nachhaltiges Wachstum und damit Einkommen und Wohlstand für alle fördern kann; betont, dass eine wettbewerbsfähige Wirtschaft nicht nur unternehmensfreundlich ist, sondern vielmehr ein hohes Maß an Beschäftigung und sozialem Wohlergehen, Innovationsfähigkeit, angemessene Bildungsmöglichkeiten und Infrastruktur sowie starke Institutionen und Rechtsstaatlichkeitsnormen bietet; weist darauf hin, dass eine effiziente, wirksame und gerechte Besteuerung, unter anderem Maßnahmen zur Eindämmung des schädlichen Steuerwettbewerbs und eines Wettlaufs nach unten, entscheidend ist, wenn es darum geht, die öffentlichen Mittel zu generieren, die für nachhaltige öffentliche Investitionen erforderlich sind, mit denen die Wettbewerbsfähigkeit, der soziale und wirtschaftliche Zusammenhalt und das Wachstum der EU gestärkt werden;

Or. en

Änderungsantrag 67
Fernand Kartheiser

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. begrüßt die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zum neuen Deal für die europäische Wettbewerbsfähigkeit; ***bedauert, dass in diesem Zusammenhang nicht auf den Bereich der Besteuerung eingegangen wurde, der einen Schlüsselfaktor für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Europas darstellt; fordert, dass innerhalb der EU für eine bessere Zusammenarbeit im Steuerbereich gesorgt wird, damit Fragmentierung und Komplexität***	4. begrüßt die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zum neuen Deal für die europäische Wettbewerbsfähigkeit;

verringert und gleichzeitig eine stärkere Zusammenarbeit und mehr Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten gefördert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 68
Roberts Zīle

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. begrüßt die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zum neuen Deal für die europäische Wettbewerbsfähigkeit; ***bedauert, dass in diesem Zusammenhang nicht auf den Bereich der Besteuerung eingegangen wurde, der einen Schlüsselfaktor für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Europas darstellt;*** fordert, dass innerhalb der EU für eine bessere Zusammenarbeit im Steuerbereich gesorgt wird, damit Fragmentierung und Komplexität verringert und gleichzeitig eine stärkere Zusammenarbeit und mehr Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten gefördert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern;	4. begrüßt die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zum neuen Deal für die europäische Wettbewerbsfähigkeit; fordert, dass innerhalb der EU für eine bessere Zusammenarbeit im Steuerbereich gesorgt wird, damit Fragmentierung und Komplexität verringert und gleichzeitig eine stärkere Zusammenarbeit und mehr Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten gefördert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 69
Pierre Pimpie, Enikő Győri, Jorge Martín Frías

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. begrüßt die Schlussfolgerungen des	4. begrüßt die Schlussfolgerungen des

Europäischen Rates zum neuen ***Deal*** für die europäische Wettbewerbsfähigkeit; ***bedauert, dass in diesem Zusammenhang nicht auf den Bereich der Besteuerung eingegangen wurde, der einen Schlüsselfaktor für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Europas darstellt; fordert, dass innerhalb der EU für eine bessere*** Zusammenarbeit im Steuerbereich ***gesorgt wird***, ***damit Fragmentierung und Komplexität verringert und gleichzeitig eine stärkere Zusammenarbeit*** und ***mehr Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten gefördert werden***, ***um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern***;

Europäischen Rates zum neuen ***Pakt*** für die europäische Wettbewerbsfähigkeit; ***unterstützt freiwillige Formen*** der Zusammenarbeit im Steuerbereich, ***die darauf abzielen, den Verwaltungsaufwand zu verringern*** und ***grenzüberschreitende Tätigkeiten***, ***insbesondere für KMU, zu erleichtern, ohne Harmonisierung vorzuschreiben***;

Or. en

Änderungsantrag 70
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. begrüßt die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zum neuen Deal für die europäische Wettbewerbsfähigkeit; bedauert, dass in diesem Zusammenhang nicht auf den Bereich der Besteuerung eingegangen wurde, der einen Schlüsselfaktor für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Europas darstellt; fordert, dass innerhalb der EU für eine bessere Zusammenarbeit im Steuerbereich gesorgt wird, damit Fragmentierung und Komplexität verringert und gleichzeitig eine stärkere Zusammenarbeit und mehr Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten gefördert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern;	4. begrüßt die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zum neuen Deal für die europäische Wettbewerbsfähigkeit; bedauert, dass in diesem Zusammenhang nicht auf den Bereich der Besteuerung eingegangen wurde, der einen Schlüsselfaktor für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Europas darstellt; fordert, dass innerhalb der EU für eine bessere Zusammenarbeit im Steuerbereich gesorgt wird, damit Fragmentierung und Komplexität verringert und gleichzeitig eine stärkere Zusammenarbeit und mehr Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten gefördert werden, ***da dies zur Unterstützung der Europäischen Spar- und Investitionsunion zentral ist und*** um ***so*** die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 71
Fernando Navarrete Rojas

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. begrüßt die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zum neuen Deal für die europäische Wettbewerbsfähigkeit; bedauert, dass in diesem Zusammenhang nicht auf den Bereich der Besteuerung eingegangen wurde, der einen Schlüsselfaktor für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Europas darstellt; fordert, dass innerhalb der EU für eine bessere Zusammenarbeit im Steuerbereich gesorgt wird, damit Fragmentierung und Komplexität verringert und gleichzeitig eine stärkere Zusammenarbeit und mehr Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten gefördert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern;	4. begrüßt die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zum neuen Deal für die europäische Wettbewerbsfähigkeit; bedauert, dass in diesem Zusammenhang nicht auf den Bereich der Besteuerung eingegangen wurde, der einen Schlüsselfaktor für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Europas darstellt; fordert, dass innerhalb der EU für eine bessere Zusammenarbeit im Steuerbereich gesorgt wird, damit Fragmentierung und Komplexität verringert und gleichzeitig eine stärkere Zusammenarbeit und mehr Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten gefördert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern; ***betont in diesem Zusammenhang, dass es wichtig ist, dafür zu sorgen, dass steuerliche Anreize weiterhin mit dem EU-Rahmen für staatliche Beihilfen im Einklang stehen; fordert, dass die derzeitigen befristeten Rahmen für staatliche Beihilfen schrittweise abgeschafft werden; fordert die Kommission auf, die Nutzung übertragbarer Steuergutschriften als potenzielles Instrument zur Unterstützung von Investitionen zu bewerten, die sich aus Säule 2 ergebenden Grenzen zu berücksichtigen und gleiche Wettbewerbsbedingungen im gesamten Binnenmarkt sicherzustellen;***

Or. en

Änderungsantrag 72
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. begrüßt die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zum neuen Deal für die europäische Wettbewerbsfähigkeit; bedauert, dass in diesem Zusammenhang nicht auf den Bereich der Besteuerung eingegangen wurde, der einen Schlüsselfaktor für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Europas darstellt; fordert, dass innerhalb der EU für eine bessere Zusammenarbeit im Steuerbereich gesorgt wird, damit Fragmentierung und Komplexität verringert und gleichzeitig eine stärkere Zusammenarbeit und mehr Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten gefördert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern;	4. begrüßt die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zum neuen Deal für die europäische Wettbewerbsfähigkeit; bedauert, dass in diesem Zusammenhang nicht auf den Bereich der Besteuerung eingegangen wurde, der einen Schlüsselfaktor für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Europas darstellt; fordert, dass innerhalb der EU für eine bessere Zusammenarbeit im Steuerbereich gesorgt wird, damit Fragmentierung und Komplexität verringert und gleichzeitig eine stärkere Zusammenarbeit und mehr Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten gefördert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern; ***fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, durch eine verstärkte Zusammenarbeit oder durch die Heranziehung von Artikel 116 AEUV als Rechtsgrundlage in Steuerangelegenheiten aktiver vorzugehen;***

Or. en

Änderungsantrag 73
Pasquale Tridico, Jussi Saramo, Manon Aubry

Entschließungsantrag
Ziffer 4

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
4. begrüßt die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zum neuen Deal für die europäische Wettbewerbsfähigkeit; ***bedauert, dass in diesem Zusammenhang nicht auf den Bereich der Besteuerung***	4. begrüßt die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zum neuen Deal für die europäische Wettbewerbsfähigkeit; fordert, dass innerhalb der EU für eine bessere Zusammenarbeit im Steuerbereich

eingegangen wurde, der einen Schlüsselfaktor für die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit Europas darstellt; fordert, dass innerhalb der EU für eine bessere Zusammenarbeit im Steuerbereich gesorgt wird, damit Fragmentierung und Komplexität verringert und gleichzeitig eine stärkere Zusammenarbeit und mehr Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten gefördert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern;	gesorgt wird, damit Fragmentierung und Komplexität verringert und gleichzeitig eine stärkere Zusammenarbeit und mehr Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten gefördert werden, um die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Wirtschaft zu verbessern;

Or. en

Änderungsantrag 74
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 4 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4a. betont insbesondere, dass gut konzipierte und gerechtfertigte Steueranreize ein wichtiges Instrument zur Unterstützung von Wirtschaftstätigkeiten sein können, mit denen öffentliche Ziele wie die Dekarbonisierung der Wirtschaft gefördert werden, hebt jedoch hervor, dass die Verbreitung unkoordinierter Steueranreize in den Mitgliedstaaten zur Komplexität und Fragmentierung des Steuersystems in der Union beigetragen hat und zu erheblichen Verzerrungen im Binnenmarkt sowie zu Möglichkeiten der Steuerhinterziehung und -umgehung führen kann;

Or. en

Änderungsantrag 75
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 4 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4b. betont daher, dass steuerliche Anreize nicht nur mit dem Vertrag und dem bestehenden haushaltspolitischen Spielraum vereinbar sein sollten, sondern auch mit wirksamen Instrumenten zur Bekämpfung der Fragmentierung einhergehen sollten, um die Integrität des Binnenmarkts zu schützen, wie von der Kommission empfohlen[1b]; fordert die Kommission auf, einen ganzheitlichen EU-Rahmen für steuerliche Anreize vorzuschlagen, mit dem diese Anforderungen erfüllt werden können; begrüßt in diesem Zusammenhang die Absicht der Kommission, als ersten Schritt Leitlinien zu steuerlichen Anreizen herauszugeben, um mehr Investitionen im Rahmen des Deals für eine saubere Industrie sicherzustellen;
	[1b] Europäische Kommission, Jahresbericht über die Besteuerung 2024, S. 18.

Or. en

Änderungsantrag 76
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 4 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	4c. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, sich auf einen koordinierten Rahmen für eine stärkere Transparenz, Überwachung und Bewertung der Steuerausgaben in den Mitgliedstaaten zu einigen, um sicherzustellen, dass die gewünschten

politischen Ziele im Einklang mit den gemeinsamen Zielen und Prioritäten der EU kosteneffizient verwirklicht werden, dass sie keine unerwarteten oder negativen externen Effekte auf dem Binnenmarkt haben und dass sie keine Möglichkeiten für Steuerhinterziehung und aggressive Steuerplanung bieten;

Or. en

Änderungsantrag 77
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. ***begrüßt*** die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zur Straffung und Vereinfachung der Steuervorschriften; ***betont***, dass künftige EU-Initiativen im Steuerbereich vorrangig auf administrative Vereinfachung, (gegebenenfalls) die Abschaffung sich überschneidender Steuervorschriften, mehr Klarheit und eine straffere Anwendung der Steuervorschriften ausgerichtet sein ***sollten***;	5. ***nimmt*** die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zur Straffung und Vereinfachung der Steuervorschriften ***zur Kenntnis***; ***stellt fest***, dass künftige EU-Initiativen im Steuerbereich vorrangig auf administrative Vereinfachung, (gegebenenfalls) die Abschaffung sich überschneidender Steuervorschriften, mehr Klarheit und eine straffere Anwendung der Steuervorschriften ausgerichtet sein ***könnten***; ***betont, dass die Kommission für eine stärkere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten und den Steuerverwaltungsbehörden sorgen sollte, um eine kohärentere Auslegung der Rechtsvorschriften im Bereich der direkten und indirekten Steuern zu ermöglichen; fordert die Kommission und den Rat auf, die Einrichtung einer Europäischen Steuerbehörde in Erwägung zu ziehen, wie von führenden Wissenschaftlern gefordert[20a];***

20a

https://view.officeapps.live.com/op/view.aspx?src=https%3A%2F%2Fwww.politico.eu%2Fwp-

content%2Fuploads%2F2024%2F01%2F25%2FEATC.UE-OpenLetter-5.12.23.docx&wdOrigin=BROWSELINK

Or. en

Änderungsantrag 78
Fabio De Masi

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. begrüßt die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zur Straffung und Vereinfachung der Steuervorschriften; betont, dass künftige EU-Initiativen im Steuerbereich vorrangig auf administrative Vereinfachung, (gegebenenfalls) die Abschaffung sich überschneidender Steuervorschriften, mehr Klarheit und eine straffere Anwendung der Steuervorschriften ausgerichtet sein sollten;	5. begrüßt die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zur Straffung und Vereinfachung der Steuervorschriften; betont, dass künftige EU-Initiativen im Steuerbereich vorrangig auf ***dem Schutz von KMU vor unlauterem Steuerwettbewerb multinationaler Unternehmen, dem Schutz Europas vor den Bedrohungen für die Demokratie, die sich aus der zunehmenden Konzentration von Wohlstand, technologischer und wirtschaftlicher Macht in den Händen einiger weniger Technologie-Oligarchen ergeben,*** administrative Vereinfachung, (gegebenenfalls) die Abschaffung sich überschneidender Steuervorschriften, mehr Klarheit und eine straffere Anwendung der Steuervorschriften ausgerichtet sein sollten;

Or. en

Änderungsantrag 79
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. begrüßt die Schlussfolgerungen des	5. begrüßt die Schlussfolgerungen des

Europäischen Rates zur Straffung und Vereinfachung der Steuervorschriften; betont, dass künftige EU-Initiativen im Steuerbereich vorrangig auf administrative Vereinfachung, (gegebenenfalls) die Abschaffung sich überschneidender Steuervorschriften, mehr Klarheit und eine straffere Anwendung der Steuervorschriften ausgerichtet sein sollten;	Europäischen Rates zur Straffung und Vereinfachung der Steuervorschriften; betont, dass künftige EU-Initiativen im Steuerbereich vorrangig auf administrative Vereinfachung, (gegebenenfalls) die Abschaffung sich überschneidender Steuervorschriften, mehr Klarheit und eine straffere Anwendung der Steuervorschriften ausgerichtet sein sollten***, ungeachtet der Notwendigkeit, die Steuervorschriften zu harmonisieren, wenn dies für notwendig erachtet wird, um Hindernisse im Binnenmarkt zu beseitigen, die Kapitalmarktunion zu vertiefen und es der Union zu ermöglichen, die Bereitstellung gemeinsamer Güter und öffentliche Investitionen aufrechtzuerhalten***;

Or. en

Änderungsantrag 80
Roberts Zīle

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. begrüßt die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zur Straffung und Vereinfachung der Steuervorschriften; betont, dass künftige EU-Initiativen im Steuerbereich vorrangig auf administrative Vereinfachung, (gegebenenfalls) die Abschaffung sich überschneidender Steuervorschriften, mehr Klarheit und eine straffere Anwendung der Steuervorschriften ausgerichtet sein sollten;	5. begrüßt die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zur Straffung und Vereinfachung der Steuervorschriften; betont, dass künftige EU-Initiativen im Steuerbereich vorrangig auf administrative Vereinfachung, (gegebenenfalls) die Abschaffung sich überschneidender Steuervorschriften, mehr Klarheit und eine straffere Anwendung der Steuervorschriften ausgerichtet sein sollten***, um erkannte Unterschiede oder Ineffizienzen anzugehen, die das Funktionieren des EU-Binnenmarkts beeinträchtigen könnten***;

Or. en

Änderungsantrag 81
Pierre Pimpie, Enikő Győri

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. begrüßt die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zur Straffung und Vereinfachung der Steuervorschriften; betont, dass künftige EU-Initiativen im Steuerbereich ***vorrangig auf administrative Vereinfachung***, ***(gegebenenfalls) die Abschaffung sich überschneidender Steuervorschriften, mehr Klarheit*** und ***eine straffere Anwendung der Steuervorschriften ausgerichtet sein sollten***;	5. begrüßt die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zur Straffung und Vereinfachung der Steuervorschriften; betont, dass künftige EU-Initiativen im Steuerbereich ***darauf abzielen sollten***, ***den Verwaltungsaufwand zu verringern, die Anwendung bestehender Vorschriften zu klären*** und ***die Interoperabilität zwischen den nationalen Systemen zu verbessern***;

Or. en

Änderungsantrag 82
Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 5

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
5. begrüßt die Schlussfolgerungen des Europäischen Rates zur Straffung und Vereinfachung der Steuervorschriften; betont, dass künftige EU-Initiativen im Steuerbereich vorrangig auf administrative Vereinfachung, (gegebenenfalls) die Abschaffung sich überschneidender Steuervorschriften, mehr Klarheit und eine straffere Anwendung der Steuervorschriften ausgerichtet sein sollten;	*(Betrifft nicht die deutsche Fassung.)*

Or. en

Änderungsantrag 83

Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 5 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5a. weist auf die von der JRC im Jahr 2022 durchgeführte Untersuchung hin, in der festgestellt wird, dass Einnahmen für das Gemeindebudget aus Steuern auf lokale Wirtschaftstätigkeiten als Anreiz für Gemeinden wirken können, vor Ort zu handeln und lokale Wirtschaftstätigkeiten zu fördern; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, die Forschung zu intensivieren und gemeinsam mit den Mitgliedstaaten Maßnahmen des gemeinsamen Erkenntniserwerbs durchzuführen, damit sich die Gemeinden stärker um ihre Unternehmen kümmern, um so ungenutztes Potenzial für mehr Wirtschaftswachstum in der gesamten EU freizusetzen;

Or. en

Änderungsantrag 84
Lídia Pereira

Entschließungsantrag
Ziffer 5 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5a. weist darauf hin, dass mehrere Gesetzgebungsinitiativen im Steuerbereich nicht voranschreiten; betont in diesem Zusammenhang, dass europäische Unternehmen Rechtssicherheit und Abschätzbarkeit haben müssen; fordert den Rat auf, konkrete Schritte für die Annahme wichtiger Richtlinien zu unternehmen, insbesondere in Bezug auf das hauptsitzbasierte Steuersystem; fordert die

Kommission auf, klarzustellen, welche Initiativen im Steuerbereich zurückgezogen werden sollen;

Or. en

Änderungsantrag 85
Thomas Bajada, Costas Mavrides

Entschließungsantrag
Ziffer 5 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5a. betont, dass die Nutzung von Steueranreizen in Randgebieten und anderen geografisch benachteiligten Gebieten ein wichtiges wirtschaftliches Instrument ist, um regionale Unterschiede zu verringern und die sozioökonomische Aufwärtskonvergenz in der EU zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 86
Pasquale Tridico, Jussi Saramo, Manon Aubry

Entschließungsantrag
Ziffer 5 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5a. hebt hervor, dass die elektronische Rechnungsstellung ein wichtiges Instrument ist, um die Transparenz zu erhöhen, den Verwaltungsaufwand zu verringern und die praktische und effiziente Nutzung der gemeldeten Daten zu ermöglichen;

Or. en

Änderungsantrag 87
Pasquale Tridico, Jussi Saramo, Manon Aubry

Entschließungsantrag
Ziffer 5 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	5b. weist darauf hin, dass die Gefahr besteht, dass durch Deregulierung die sozialen Rechte, die Umweltstandards und die demokratische Kontrolle untergraben werden; betont, dass die Achtung der Rechtsstaatlichkeit, ein faires und progressives Steuersystem und die Stärkung einer qualifizierten, innovativen produktiven Basis Mittel sind, um die Wettbewerbsfähigkeit zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 88
Pasquale Tridico, Jussi Saramo, Manon Aubry

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. weist auf das vorrangige Ziel der Kommission hin, die Unternehmenstätigkeit in allen Politikbereichen, auch im Hinblick auf Besteuerung, zu vereinfachen ***und die Berichtspflichten um 25 % (und für KMU um mindestens 35 %) zu verringern***; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, systematisch Ex-ante-Folgenabschätzungen zu jeglichen neuen Gesetzgebungsvorschlägen im Steuerbereich sowie ferner Check-ups der Wettbewerbsfähigkeit aktueller Maßnahmen durchzuführen, um die zu erwartende Verringerung des Verwaltungsaufwands zu quantifizieren und sicherzustellen, dass neue Vorschriften mit den Zielen der EU im Hinblick auf das	6. weist auf das vorrangige Ziel der Kommission hin, die Unternehmenstätigkeit in allen Politikbereichen, auch im Hinblick auf Besteuerung, zu vereinfachen; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, systematisch Ex-ante-Folgenabschätzungen zu jeglichen neuen Gesetzgebungsvorschlägen im Steuerbereich sowie ferner Check-ups der Wettbewerbsfähigkeit aktueller Maßnahmen durchzuführen, um die zu erwartende Verringerung des Verwaltungsaufwands zu quantifizieren und sicherzustellen, dass neue Vorschriften mit den Zielen der EU im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum in Einklang stehen;

Wirtschaftswachstum in Einklang stehen;

Or. en

Änderungsantrag 89
Pierre Pimpie, Enikő Győri, Jorge Martín Frías

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. weist auf das vorrangige Ziel der Kommission hin, die Unternehmenstätigkeit in allen Politikbereichen, auch im Hinblick auf Besteuerung, zu vereinfachen und die Berichtspflichten um 25 % (und für KMU um mindestens 35 %) zu verringern; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, systematisch Ex-ante-Folgenabschätzungen zu jeglichen neuen Gesetzgebungsvorschlägen im Steuerbereich sowie ferner Check-ups der Wettbewerbsfähigkeit aktueller Maßnahmen durchzuführen, um die zu erwartende Verringerung des Verwaltungsaufwands zu quantifizieren und sicherzustellen, dass ***neue Vorschriften mit*** den ***Zielen der EU im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum in Einklang stehen***;	6. weist auf das vorrangige Ziel der Kommission hin, die Unternehmenstätigkeit in allen Politikbereichen, auch im Hinblick auf Besteuerung, zu vereinfachen und die Berichtspflichten um 25 % (und für KMU um mindestens 35 %) zu verringern; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, ***in enger Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden*** systematisch Ex-ante-Folgenabschätzungen zu jeglichen neuen Gesetzgebungsvorschlägen im Steuerbereich sowie ferner Check-ups der Wettbewerbsfähigkeit aktueller Maßnahmen durchzuführen, um die zu erwartende Verringerung des Verwaltungsaufwands zu quantifizieren und sicherzustellen, dass ***diese Maßnahmen*** den ***einzelstaatlichen haushaltspolitischen Besonderheiten Rechnung tragen und die Wirtschaftsmodelle der Mitgliedstaaten nicht untergraben***;

Or. en

Änderungsantrag 90
Denis Nesci

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. weist auf das vorrangige Ziel der Kommission hin, die Unternehmenstätigkeit in allen Politikbereichen, auch im Hinblick auf Besteuerung, zu vereinfachen und die Berichtspflichten um 25 % (und für KMU um mindestens 35 %) zu verringern; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, systematisch Ex-ante-Folgenabschätzungen zu jeglichen neuen Gesetzgebungsvorschlägen im Steuerbereich ***sowie ferner Check-ups der Wettbewerbsfähigkeit aktueller Maßnahmen*** durchzuführen, um die zu erwartende Verringerung des Verwaltungsaufwands zu quantifizieren und sicherzustellen, dass neue Vorschriften mit den Zielen der EU im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum in Einklang stehen;	6. weist auf das vorrangige Ziel der Kommission hin, die Unternehmenstätigkeit in allen Politikbereichen, auch im Hinblick auf Besteuerung, zu vereinfachen und die Berichtspflichten um 25 % (und für KMU um mindestens 35 %) zu verringern; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, ***im engen und anhaltenden Dialog mit den Mitgliedstaaten*** systematisch Ex-ante-Folgenabschätzungen zu jeglichen neuen Gesetzgebungsvorschlägen im Steuerbereich durchzuführen, um die zu erwartende Verringerung des Verwaltungsaufwands zu quantifizieren und sicherzustellen, dass neue Vorschriften mit den Zielen der EU im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum in Einklang stehen;

Or. en

Änderungsantrag 91
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. weist auf das vorrangige Ziel der Kommission hin, die Unternehmenstätigkeit in allen Politikbereichen, auch im Hinblick auf Besteuerung, zu vereinfachen und die Berichtspflichten um 25 % (und für KMU um mindestens 35 %) zu verringern; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, systematisch Ex-ante-Folgenabschätzungen zu jeglichen neuen Gesetzgebungsvorschlägen im Steuerbereich sowie ferner Check-ups der Wettbewerbsfähigkeit aktueller Maßnahmen durchzuführen, um die zu erwartende Verringerung des	6. weist auf das vorrangige Ziel der Kommission hin, die Unternehmenstätigkeit in allen Politikbereichen, auch im Hinblick auf Besteuerung, zu vereinfachen und die Berichtspflichten um 25 % (und für KMU um mindestens 35 %) zu verringern; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, systematisch Ex-ante-Folgenabschätzungen zu jeglichen neuen Gesetzgebungsvorschlägen im Steuerbereich sowie ferner Check-ups der Wettbewerbsfähigkeit aktueller Maßnahmen durchzuführen, um die zu erwartende Verringerung des

Verwaltungsaufwands zu quantifizieren und sicherzustellen, dass neue Vorschriften mit den Zielen der EU ***im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum*** in Einklang stehen;	Verwaltungsaufwands zu quantifizieren und sicherzustellen, dass neue Vorschriften mit den Zielen der EU in Einklang stehen;

Or. en

Änderungsantrag 92
Danuše Nerudová

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. weist auf das vorrangige Ziel der Kommission hin, die Unternehmenstätigkeit in allen Politikbereichen, auch im Hinblick auf Besteuerung, zu vereinfachen und die Berichtspflichten um 25 % (und für KMU um mindestens 35 %) zu verringern; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, systematisch Ex-ante-Folgenabschätzungen zu jeglichen neuen Gesetzgebungsvorschlägen im Steuerbereich sowie ferner Check-ups der Wettbewerbsfähigkeit aktueller Maßnahmen durchzuführen, um die zu erwartende Verringerung des Verwaltungsaufwands zu quantifizieren und sicherzustellen, dass neue Vorschriften mit den Zielen der EU im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum in Einklang stehen;	6. weist auf das vorrangige Ziel der Kommission hin, die Unternehmenstätigkeit in allen Politikbereichen, auch im Hinblick auf Besteuerung, zu vereinfachen und die Berichtspflichten um 25 % (und für KMU um mindestens 35 %) zu verringern; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, systematisch Ex-ante-Folgenabschätzungen zu jeglichen neuen Gesetzgebungsvorschlägen im Steuerbereich sowie ferner Check-ups der Wettbewerbsfähigkeit aktueller Maßnahmen***, auch DAC 6,*** durchzuführen, um die zu erwartende Verringerung des Verwaltungsaufwands zu quantifizieren und sicherzustellen, dass neue Vorschriften mit den Zielen der EU im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum in Einklang stehen;

Or. en

Änderungsantrag 93
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

6. weist auf das vorrangige Ziel der Kommission hin, die Unternehmenstätigkeit in allen Politikbereichen, auch im Hinblick auf Besteuerung, zu vereinfachen und die Berichtspflichten um 25 % (und für KMU um mindestens 35 %) zu verringern; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, systematisch Ex-ante-Folgenabschätzungen zu jeglichen neuen Gesetzgebungsvorschlägen im Steuerbereich sowie ferner Check-ups der Wettbewerbsfähigkeit aktueller Maßnahmen durchzuführen, um die zu erwartende Verringerung des Verwaltungsaufwands zu quantifizieren und sicherzustellen, dass neue Vorschriften mit den Zielen der EU im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum in Einklang stehen;	6. weist auf das vorrangige Ziel der Kommission hin, die Unternehmenstätigkeit in allen Politikbereichen, auch im Hinblick auf Besteuerung, zu vereinfachen und die Berichtspflichten um 25 % (und für KMU um mindestens 35 %) zu verringern; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, systematisch Ex-ante-Folgenabschätzungen zu jeglichen neuen Gesetzgebungsvorschlägen im Steuerbereich sowie ferner Check-ups der Wettbewerbsfähigkeit aktueller Maßnahmen durchzuführen, um die zu erwartende Verringerung des Verwaltungsaufwands zu quantifizieren und sicherzustellen, dass neue Vorschriften mit den Zielen der EU im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum ***und den Grünen Deal*** in Einklang stehen;

Or. en

Änderungsantrag 94
Markus Ferber

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. weist auf das vorrangige Ziel der Kommission hin, die Unternehmenstätigkeit in allen Politikbereichen, auch im Hinblick auf Besteuerung, zu vereinfachen und die Berichtspflichten um 25 % (und für KMU um mindestens 35 %) zu verringern; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, systematisch Ex-ante-Folgenabschätzungen zu jeglichen neuen Gesetzgebungsvorschlägen im Steuerbereich sowie ferner Check-ups der Wettbewerbsfähigkeit aktueller Maßnahmen durchzuführen, um die zu erwartende Verringerung des Verwaltungsaufwands zu quantifizieren	6. weist auf das vorrangige Ziel der Kommission hin, die Unternehmenstätigkeit in allen Politikbereichen, auch im Hinblick auf Besteuerung, zu vereinfachen und die Berichtspflichten um ***mindestens*** 25 % (und für KMU um mindestens 35 %) zu verringern; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, systematisch Ex-ante-Folgenabschätzungen zu jeglichen neuen Gesetzgebungsvorschlägen im Steuerbereich sowie ferner Check-ups der Wettbewerbsfähigkeit aktueller Maßnahmen durchzuführen, um die zu erwartende Verringerung des Verwaltungsaufwands zu quantifizieren

und sicherzustellen, dass neue Vorschriften mit den Zielen der EU im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum in Einklang stehen;	und sicherzustellen, dass neue Vorschriften mit den Zielen der EU im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum in Einklang stehen;

Or. en

Änderungsantrag 95
Fernand Kartheiser

Entschließungsantrag
Ziffer 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
6. weist auf das vorrangige Ziel der Kommission hin, die Unternehmenstätigkeit in allen Politikbereichen, auch im Hinblick auf Besteuerung, zu vereinfachen und die Berichtspflichten um 25 % (und für KMU um mindestens 35 %) zu verringern; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, systematisch Ex-ante-Folgenabschätzungen zu jeglichen neuen Gesetzgebungsvorschlägen im Steuerbereich sowie ferner Check-ups der Wettbewerbsfähigkeit aktueller Maßnahmen durchzuführen, um die zu erwartende Verringerung des Verwaltungsaufwands zu quantifizieren und sicherzustellen, dass neue Vorschriften mit den Zielen der EU im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum in Einklang stehen;	6. weist auf das vorrangige Ziel der Kommission hin, die Unternehmenstätigkeit in allen Politikbereichen, auch im Hinblick auf Besteuerung ***im Rahmen ihrer Zuständigkeiten***, zu vereinfachen und die Berichtspflichten um 25 % (und für KMU um mindestens 35 %) zu verringern; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, systematisch Ex-ante-Folgenabschätzungen zu jeglichen neuen Gesetzgebungsvorschlägen im Steuerbereich sowie ferner Check-ups der Wettbewerbsfähigkeit aktueller Maßnahmen durchzuführen, um die zu erwartende Verringerung des Verwaltungsaufwands zu quantifizieren und sicherzustellen, dass neue Vorschriften mit den Zielen der EU im Hinblick auf das Wirtschaftswachstum in Einklang stehen;

Or. en

Änderungsantrag 96
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

6a. fordert die Kommission nachdrücklich auf, alle Fälle von Doppelmeldungen zu ermitteln und zu beseitigen und ein System für einen effizienten Datenaustausch zwischen den Steuerbehörden einzurichten, um Steuerpflichtige von doppelten Meldepflichten zu befreien; schlägt in diesem Zusammenhang vor, die Richtlinie (EU) 2021/2101 über die öffentliche länderspezifische Berichterstattung zu ändern, um die EU-Vorschriften an den Standard der Global Reporting Initiative (GRI) 207 anzugleichen;

Or. en

Änderungsantrag 97
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6a. stellt fest, dass im Bereich der Berichtspflichten großer Unternehmen einfache Gewinne erzielt werden könnten, wie etwa die Änderung der Richtlinie (EU) 2021/2101 über die öffentliche länderspezifische Berichterstattung, um die EU-Vorschriften an den Standard der Global Reporting Initiative (GRI) 207 anzugleichen; fordert die Kommission auf, diese Gleichwertigkeit zu bewerten und einen Vorschlag vorzulegen;

Or. en

Änderungsantrag 98
Pasquale Tridico, Jussi Saramo, Manon Aubry, Marc Botenga

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6a. erkennt die positiven Auswirkungen der Entwicklungen in Bezug auf die Standards für die Berichterstattung an, einschließlich, aber nicht beschränkt auf die länderspezifische Berichterstattung und die Transparenz in Bezug auf wirtschaftliches Eigentum; betont, dass Steuertransparenz ein wichtiges Instrument ist, um das Vertrauen der Öffentlichkeit zu stärken sowie Steuervermeidung und Steuerhinterziehung zu bekämpfen;

Or. en

Änderungsantrag 99
Roberts Zīle

Entschließungsantrag
Ziffer 6 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6a. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, die Steuerpflichten für die Verteidigungsindustrie weiter zu straffen, indem die Mehrwertsteuerbefreiungen für die Beschaffung von Verteidigungsgütern ausgeweitet und vereinfacht werden, insbesondere im Zusammenhang mit gemeinsamen EU-Verteidigungsinitiativen, wobei sicherzustellen ist, dass solche Maßnahmen mit dem Subsidiaritätsprinzip im Einklang stehen und nicht zu einer stärkeren Zentralisierung der Steuerpolitik führen;

Or. en

Änderungsantrag 100
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 6 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6b. fordert die Einrichtung einer EU-Steuerdatenplattform, um den automatischen Austausch von Steuerinformationen zu verbessern und den Verwaltungsaufwand zu verringern; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, auf bestehenden Instrumenten wie dem Mehrwertsteuer-Informationsaustauschsystem (MIAS) und dem System zur Kontrolle der Beförderung verbrauchsteuerpflichtiger Waren (EMCS) aufzubauen und eine Ausweitung der Anwendung auf Bereiche wie die direkte Besteuerung zu prüfen; merkt an, dass eine solche Plattform eine gemeinsame Analyse von Informationen ermöglichen sollte, die für das Steuerkontrollverfahren mit einer grenzüberschreitenden Komponente relevant sind, Doppelarbeit vermeiden und als zentrale Anlaufstelle für Steuerbehörden in der gesamten EU dienen;

Or. en

Änderungsantrag 101
Pasquale Tridico, Jussi Saramo, Manon Aubry

Entschließungsantrag
Ziffer 6 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6b. betont die Bedeutung der bestehenden Mechanismen, die in DAC, ATAD und MCAA enthalten sind und die die Transparenz und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit zwischen den Steuerbehörden erheblich verbessert haben und eine wirksamere

Reaktion auf Praktiken aggressiver Steuerplanung ermöglichen;

Or. en

Änderungsantrag 102
Pasquale Tridico, Jussi Saramo, Manon Aubry, Marc Botenga

Entschließungsantrag
Ziffer 6 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6c. weist darauf hin, dass die Steuerbehörden ohne eine solide Berichterstattung nicht über die grundlegenden Informationen verfügen würden, die erforderlich sind, um missbräuchliche Steuerpraktiken aufzudecken, zu untersuchen und zu verhindern; betont, dass der Zugang zu aktuellen und umfassenden Steuerdaten von wesentlicher Bedeutung ist, um die Fairness der Steuersysteme zu gewährleisten und die öffentlichen Einnahmen zu schützen;

Or. en

Änderungsantrag 103
Pasquale Tridico, Jussi Saramo, Manon Aubry, Marc Botenga

Entschließungsantrag
Ziffer 6 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	6d. weist darauf hin, dass zur Rechtfertigung der Befolgungskosten in Bezug auf die Meldepflichten gut ausgestattete und effiziente Steuerbehörden benötigt werden, die mit angemessen geschultem Personal und einer modernen digitalen Infrastruktur ausgestattet sind; betont, dass in die

Kapazitäten der Steuerbehörden investiert werden muss, um sicherzustellen, dass bestehende Meldepflichten vollumfänglich wirksam sind;

Or. en

Änderungsantrag 104
Fernand Kartheiser

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. weist darauf hin, dass einfache, solide und vorhersehbare Steuervorschriften für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft von wesentlicher Bedeutung sind; ***fordert die Kommission auf, alle*** Mitgliedstaaten ***beim Übergang*** zu einem vereinfachten Steuersystem ***beratend zu unterstützen***, um den Verwaltungsaufwand für Unternehmen zu verringern; erkennt an, dass Rechtssicherheit im Steuerbereich und die Vereinfachung von Erstattungsverfahren und Abzügen zentrale Lösungsansätze für die Verringerung des Verwaltungsaufwands, insbesondere für KMU, darstellen;	7. weist darauf hin, dass einfache, solide und vorhersehbare Steuervorschriften für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft von wesentlicher Bedeutung sind; ***begrüßt den Wunsch aller*** Mitgliedstaaten***,*** zu einem vereinfachten Steuersystem ***überzugehen***, um den Verwaltungsaufwand für Unternehmen zu verringern; erkennt an, dass Rechtssicherheit im Steuerbereich und die Vereinfachung von Erstattungsverfahren und Abzügen zentrale Lösungsansätze für die Verringerung des Verwaltungsaufwands, insbesondere für KMU, darstellen;

Or. en

Änderungsantrag 105
Sirpa Pietikäinen

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. weist darauf hin, dass einfache, solide und vorhersehbare Steuervorschriften für eine	7. weist darauf hin, dass einfache, solide und vorhersehbare Steuervorschriften für eine

wettbewerbsfähige Wirtschaft von wesentlicher Bedeutung sind; fordert die Kommission auf, alle Mitgliedstaaten beim Übergang zu einem vereinfachten Steuersystem beratend zu unterstützen, um den Verwaltungsaufwand für Unternehmen zu verringern; erkennt an, dass Rechtssicherheit im Steuerbereich und die Vereinfachung von Erstattungsverfahren und Abzügen zentrale Lösungsansätze für die Verringerung des Verwaltungsaufwands, insbesondere für KMU, darstellen;	wettbewerbsfähige Wirtschaft von wesentlicher Bedeutung sind; fordert die Kommission auf, alle Mitgliedstaaten beim Übergang zu einem vereinfachten Steuersystem beratend zu unterstützen, um den Verwaltungsaufwand für Unternehmen zu verringern***, beispielsweise durch die Harmonisierung der Verwendung der Steueridentifikationsnummer in allen Mitgliedstaaten***; erkennt an, dass Rechtssicherheit im Steuerbereich und die Vereinfachung von Erstattungsverfahren und Abzügen zentrale Lösungsansätze für die Verringerung des Verwaltungsaufwands, insbesondere für KMU, darstellen;

Or. en

Änderungsantrag 106
Markus Ferber

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. weist darauf hin, dass einfache, solide und vorhersehbare Steuervorschriften für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft von wesentlicher Bedeutung sind; fordert die Kommission auf, alle Mitgliedstaaten beim Übergang zu einem vereinfachten Steuersystem beratend zu unterstützen, um den Verwaltungsaufwand für Unternehmen zu verringern; erkennt an, dass Rechtssicherheit im Steuerbereich und die Vereinfachung von Erstattungsverfahren und Abzügen zentrale Lösungsansätze für die Verringerung des Verwaltungsaufwands, insbesondere für KMU, darstellen;	7. weist darauf hin, dass einfache, solide und vorhersehbare Steuervorschriften für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft von wesentlicher Bedeutung sind ***und zur Schaffung von Arbeitsplätzen und Wirtschaftswachstum beitragen***; fordert die Kommission auf, alle Mitgliedstaaten beim Übergang zu einem vereinfachten Steuersystem beratend zu unterstützen, um den Verwaltungsaufwand für Unternehmen zu verringern; erkennt an, dass Rechtssicherheit im Steuerbereich und die Vereinfachung von Erstattungsverfahren und Abzügen zentrale Lösungsansätze für die Verringerung des Verwaltungsaufwands, insbesondere für KMU, darstellen;

Or. en

Änderungsantrag 107
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. weist darauf hin, dass einfache, solide und vorhersehbare Steuervorschriften für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft von wesentlicher Bedeutung sind; fordert die Kommission auf, ***alle*** Mitgliedstaaten ***beim Übergang zu einem vereinfachten*** Steuersystem ***beratend*** zu ***unterstützen***, um den Verwaltungsaufwand für Unternehmen zu verringern; erkennt an, dass Rechtssicherheit im Steuerbereich und die Vereinfachung von Erstattungsverfahren und Abzügen zentrale Lösungsansätze für die Verringerung des Verwaltungsaufwands, insbesondere für KMU, darstellen;	7. weist darauf hin, dass einfache, solide und vorhersehbare Steuervorschriften für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft von wesentlicher Bedeutung sind; fordert die Kommission auf, ***den*** Mitgliedstaaten ***Empfehlungen für ein vereinfachtes*** Steuersystem ***an die Hand*** zu ***geben***, um den Verwaltungsaufwand für Unternehmen ***sowie die Bürgerinnen und Bürger, wenn dies für zweckmäßig erachtet wird,*** zu verringern; erkennt an, dass Rechtssicherheit im Steuerbereich und die Vereinfachung von Erstattungsverfahren und Abzügen zentrale Lösungsansätze für die Verringerung des Verwaltungsaufwands, insbesondere für KMU, darstellen;

Or. en

Änderungsantrag 108
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. weist darauf hin, dass einfache, solide und vorhersehbare Steuervorschriften für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft von wesentlicher Bedeutung sind; fordert die Kommission auf, alle Mitgliedstaaten beim	7. weist darauf hin, dass einfache, solide und vorhersehbare Steuervorschriften für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft von wesentlicher Bedeutung sind; fordert die Kommission auf, alle Mitgliedstaaten beim

Übergang zu einem vereinfachten Steuersystem beratend zu unterstützen, um den Verwaltungsaufwand für Unternehmen zu verringern; erkennt an, dass Rechtssicherheit im Steuerbereich und die Vereinfachung von Erstattungsverfahren und Abzügen zentrale Lösungsansätze für die Verringerung des Verwaltungsaufwands, insbesondere für KMU, darstellen;	Übergang zu einem vereinfachten Steuersystem***, auch in Bezug auf steuerliche Anreize,*** beratend zu unterstützen, um den Verwaltungsaufwand für Unternehmen zu verringern; erkennt an, dass Rechtssicherheit im Steuerbereich und die Vereinfachung von Erstattungsverfahren und Abzügen zentrale Lösungsansätze für die Verringerung des Verwaltungsaufwands, insbesondere für KMU, darstellen;

Or. en

Änderungsantrag 109
Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 7

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
7. weist darauf hin, dass einfache, solide und vorhersehbare Steuervorschriften für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft von wesentlicher Bedeutung sind; fordert die Kommission auf, alle Mitgliedstaaten beim Übergang zu einem vereinfachten Steuersystem beratend zu unterstützen, um den Verwaltungsaufwand für Unternehmen zu verringern; erkennt an, dass Rechtssicherheit im Steuerbereich und die Vereinfachung von Erstattungsverfahren und Abzügen zentrale Lösungsansätze für die Verringerung des Verwaltungsaufwands, insbesondere für KMU, darstellen;	7. weist darauf hin, dass einfache, solide und vorhersehbare Steuervorschriften für eine wettbewerbsfähige Wirtschaft von wesentlicher Bedeutung sind; fordert die Kommission auf, alle Mitgliedstaaten beim Übergang zu einem vereinfachten***, wettbewerbsfähigen*** Steuersystem beratend zu unterstützen, um den Verwaltungsaufwand für Unternehmen zu verringern; erkennt an, dass Rechtssicherheit im Steuerbereich und die Vereinfachung von Erstattungsverfahren und Abzügen zentrale Lösungsansätze für die Verringerung des Verwaltungsaufwands, insbesondere für KMU, darstellen;

Or. en

Änderungsantrag 110
Arba Kokalari

Entschließungsantrag
Ziffer 7 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	7a. betont, dass die Beteiligung von Kleinanlegern an den Kapitalmärkten erhöht werden muss, um Investitionen in die europäische Wirtschaft zu mobilisieren und den EU-Bürgerinnen und -Bürgern attraktivere Renditen aus ihren Ersparnissen zu bieten; merkt an, dass die Vereinfachung der Steuererklärungsverfahren entscheidend ist, um Anreize für Kleinanleger zu schaffen und sie zu fördern, indem die Komplexität und der Verwaltungsaufwand für die Bürgerinnen und Bürger verringert werden; unterstützt die Ausweitung des Zugangs zu Spar- und Investitionskonten in allen EU-Mitgliedstaaten mit gestrafften Steuererklärungsverfahren, insbesondere wenn diese Konten mit steuerlichen Anreizen einhergehen;

Or. en

Änderungsantrag 111
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Ziffer 7 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	7a. stellt fest, dass die Kommission derzeit Pilotprojekte mit freiwilligen Unternehmen und Steuerbehörden zur kooperativen Einhaltung der Vorschriften durchführt, bei denen Unternehmen, die bestimmte Kriterien zur Einhaltung wie proaktive Berichterstattung und robuste interne Kontrollen erfüllen, von weniger Prüfungen und einer schnelleren Streitbeilegung durch Steuerbehörden profitieren; fordert die Kommission auf,

die gewonnenen Erkenntnisse zu bewerten und einen gesamteuropäischen Rahmen für die kooperative Einhaltung vorzulegen;

Or. en

Änderungsantrag 112
Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 7 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	7a. fordert die Mitgliedstaaten auf, ihre nationalen Steuersysteme zu überprüfen, um Wettbewerbsfähigkeit, Vereinfachung und Investitionen zu fördern, unter anderem durch die Abschaffung sektoraler Steuern und Abgaben, die den Wettbewerb im Binnenmarkt verzerren, die Kosten in verschiedenen Branchen erhöhen und grenzüberschreitende Investitionen und Privatinvestitionen behindern;

Or. en

Änderungsantrag 113
Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 7 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	7b. betont, dass Forderungen nach der Einführung neuer sektoraler Steuern und Abgaben auf EU-Ebene kontraproduktiv sind, da solche sektoralen Steuern und Abgaben nur dazu führen würden, Europa gegenüber dem Rest der Welt weniger wettbewerbsfähig und wirtschaftlich weniger dynamisch zu

	machen und gleichzeitig das Vertrauen der Unternehmen zu untergraben, vor Investitionen abzuschrecken und die Schaffung von Arbeitsplätzen zu verhindern;

Or. en

Änderungsantrag 114
Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 7 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	7c. fordert im Interesse der Vereinfachung und Fairness eine auf einzelstaatlicher Ebene durchgeführte Reform der Steuern, die eine Doppelbesteuerung bewirken, die Lebenshaltungskosten erhöhen oder sich auf geldschwache Personen auswirken können, einschließlich Kapitalertragsteuern, Erbschaftssteuern und Vermögenssteuern;

Or. en

Änderungsantrag 115
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. hebt hervor, dass die Digitalisierung und insbesondere künstliche Intelligenz das Potenzial bergen, zu einer Verringerung des Verwaltungsaufwands und der Befolgungskosten für Unternehmen, insbesondere KMU, beizutragen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten	8. hebt hervor, dass die Digitalisierung und insbesondere künstliche Intelligenz das Potenzial bergen, zu einer Verringerung des Verwaltungsaufwands und der Befolgungskosten für Unternehmen, insbesondere KMU, beizutragen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten

nachdrücklich auf, die Digitalisierung und die Vereinfachung der Steuerverwaltung zu fördern;

nachdrücklich auf, die Digitalisierung und die Vereinfachung der Steuerverwaltung zu fördern; ***stellt jedoch fest, dass die Mitgliedstaaten ihre Ressourcen und Investitionen in Bezug auf ihre Steuerbehörden sowohl in puncto Personalausstattung als auch Einführung integrierter, interoperabler und robuster IT-Systeme erhöhen sollten; fordert die Kommission auf, ein spezielles EU-Finanzierungsprogramm zur Unterstützung solcher Investitionen zu prüfen;***

Or. en

Änderungsantrag 116
Roberts Zīle

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. hebt hervor, dass die Digitalisierung und insbesondere künstliche Intelligenz das Potenzial bergen, zu einer Verringerung des Verwaltungsaufwands und der Befolgungskosten für Unternehmen, insbesondere KMU, beizutragen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Digitalisierung und die Vereinfachung der Steuerverwaltung zu fördern;	8. hebt hervor, dass die Digitalisierung und insbesondere künstliche Intelligenz das Potenzial bergen, zu einer Verringerung des Verwaltungsaufwands und der Befolgungskosten für Unternehmen, insbesondere KMU, beizutragen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Digitalisierung und die Vereinfachung der Steuerverwaltung zu fördern ***und gleichzeitig die freiwillige Zusammenarbeit und den Austausch bewährter Verfahren und Know-how zwischen den nationalen Behörden zu unterstützen, wobei die Kommission als Vermittlerin fungiert, ohne harmonisierte Lösungen vorzuschreiben***;

Or. en

Änderungsantrag 117

Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. hebt hervor, dass die Digitalisierung ***und insbesondere künstliche Intelligenz*** das Potenzial ***bergen***, zu einer Verringerung des Verwaltungsaufwands und der Befolgungskosten für Unternehmen, insbesondere KMU, beizutragen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Digitalisierung und die Vereinfachung der Steuerverwaltung zu fördern;	8. hebt hervor, dass die Digitalisierung das Potenzial ***birgt***, zu einer Verringerung des Verwaltungsaufwands und der Befolgungskosten für Unternehmen, insbesondere KMU, beizutragen; ***stellt fest, dass die Digitalisierung auch die öffentliche Steuerverwaltung verbessern kann, solange Transparenz und eine ausreichende Aufsicht über automatisierte steuerbezogene Entscheidungen gewährleistet sind;*** fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Digitalisierung und die Vereinfachung der Steuerverwaltung zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 118
Pierre Pimpie, Enikő Győri, Jorge Martín Frías, Tomáš Kubín

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. hebt hervor, dass die Digitalisierung und insbesondere künstliche Intelligenz das Potenzial bergen, zu einer Verringerung des Verwaltungsaufwands und der Befolgungskosten für Unternehmen, insbesondere KMU, beizutragen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Digitalisierung und die Vereinfachung der Steuerverwaltung zu fördern;	8. hebt hervor, dass die Digitalisierung und insbesondere künstliche Intelligenz das Potenzial bergen, zu einer Verringerung des Verwaltungsaufwands und der Befolgungskosten für Unternehmen, insbesondere KMU, beizutragen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Digitalisierung und die Vereinfachung der Steuerverwaltung zu fördern ***und gleichzeitig für die Interoperabilität einzelstaatlicher***

Lösungen zu sorgen;

Or. en

Änderungsantrag 119
Billy Kelleher, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. hebt hervor, dass die Digitalisierung und insbesondere künstliche Intelligenz das Potenzial bergen, zu einer Verringerung des Verwaltungsaufwands und der Befolgungskosten für Unternehmen, insbesondere KMU, beizutragen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Digitalisierung und die Vereinfachung der Steuerverwaltung zu fördern;	8. hebt hervor, dass die Digitalisierung und insbesondere künstliche Intelligenz das Potenzial bergen, zu einer Verringerung des Verwaltungsaufwands und der Befolgungskosten für Unternehmen, insbesondere KMU, beizutragen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Digitalisierung und die Vereinfachung der Steuerverwaltung zu fördern; ***warnt davor, dass die Digitalisierung kein Allheilmittel ist und durch Maßnahmen zur Straffung des Steuerrahmens ergänzt werden muss;***

Or. en

Änderungsantrag 120
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. hebt hervor, dass die Digitalisierung und insbesondere künstliche Intelligenz das Potenzial bergen, zu einer Verringerung des Verwaltungsaufwands und der Befolgungskosten für Unternehmen, insbesondere KMU, beizutragen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten	8. hebt hervor, dass die Digitalisierung und insbesondere künstliche Intelligenz das Potenzial bergen, zu einer Verringerung des Verwaltungsaufwands und der Befolgungskosten für Unternehmen, insbesondere KMU, beizutragen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten

nachdrücklich auf, die Digitalisierung und die Vereinfachung der Steuerverwaltung zu fördern;	nachdrücklich auf, die Digitalisierung und die Vereinfachung der Steuerverwaltung zu fördern***, auch durch Initiativen für die weitere Zusammenarbeit und Koordinierung zwischen den Mitgliedstaaten***;

Or. en

Änderungsantrag 121
Kinga Kollár, Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. hebt hervor, dass die Digitalisierung und insbesondere künstliche Intelligenz das Potenzial bergen, zu einer Verringerung des Verwaltungsaufwands und der Befolgungskosten für Unternehmen, insbesondere KMU, beizutragen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Digitalisierung und die Vereinfachung der Steuerverwaltung zu fördern;	8. hebt hervor, dass die Digitalisierung und insbesondere künstliche Intelligenz ***(KI)*** das Potenzial bergen, zu einer Verringerung des Verwaltungsaufwands und der Befolgungskosten für Unternehmen, insbesondere KMU, beizutragen ***und merkt an, dass KI bei der Aufdeckung von Steuerbetrug genutzt werden soll***; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Digitalisierung und die Vereinfachung der Steuerverwaltung zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 122
Fernand Kartheiser

Entschließungsantrag
Ziffer 8

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
8. hebt hervor, dass die Digitalisierung und insbesondere künstliche Intelligenz das Potenzial bergen, zu einer Verringerung des	8. hebt hervor, dass die Digitalisierung und insbesondere künstliche Intelligenz das Potenzial bergen, ***als eines der Instrumente*** zu einer

Verwaltungsaufwands und der Befolgungskosten für Unternehmen, insbesondere KMU, beizutragen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Digitalisierung und die Vereinfachung der Steuerverwaltung zu fördern;	Verringerung des Verwaltungsaufwands und der Befolgungskosten für Unternehmen, insbesondere KMU, beizutragen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die Digitalisierung und die Vereinfachung der Steuerverwaltung zu fördern;

Or. en

Änderungsantrag 123
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 8 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	8a. betont, dass die Mitgliedstaaten angemessene personelle und finanzielle Ressourcen für die Umsetzung neuer Steuervorschriften und für Investitionen in die Digitalisierung sicherstellen müssen, unter anderem durch gezielten Inhalt und Sprachkurse, die gegebenenfalls durch das FISCALIS-Programm unterstützt werden, und durch Investitionen in eine moderne Verwaltungsinfrastruktur; fordert die Kommission auf, die Mitgliedstaaten weiterhin und verstärkt bei diesen Bemühungen im Rahmen des FISCALIS-Programms zu unterstützen, insbesondere durch die Bereitstellung von Finanzmitteln, die Verbesserung der Verwaltungszusammenarbeit und die Unterstützung der Einführung integrierter, interoperabler und robuster IT-Systeme;

Or. en

Änderungsantrag 124
Billy Kelleher, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Ziffer 8 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	8a. betont, dass die Digitalisierung der Steuerbehörden unter Einbeziehung des Privatsektors erfolgen muss, um sicherzustellen, dass die Schnittstelle benutzerfreundlich ist, und um eine größere Interoperabilität zwischen den Steuerbehörden und den vom Privatsektor eingesetzten Systemen zu ermöglichen; weist darauf hin, dass sich die nationalen Steuerbehörden so weit wie möglich darum bemühen sollten, die Digitalisierung ihrer Systeme anzugleichen, um den Austausch von Informationen und Daten zu erleichtern und Unternehmen, die mit mehreren nationalen Steuerbehörden interagieren, ein gewisses Maß an Vertrautheit und Kohärenz zu bieten;

Or. en

Änderungsantrag 125
Pasquale Tridico, Jussi Saramo, Manon Aubry

Entschließungsantrag
Ziffer 8 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	8a. unterstreicht die Möglichkeiten, die künstliche Intelligenz (KI) bei der Datenverarbeitung bietet, um die Effizienz der Steuerbehörden zu maximieren; weist aber auch auf die Risiken hin, die KI in Bezug auf Diskriminierung birgt; betont die Bedeutung der Beibehaltung einer menschlichen Komponente, um die Qualität solcher Algorithmen regelmäßig zu überprüfen, wobei insbesondere dem Risiko von Diskriminierung vorzubeugen ist;

Or. en

Änderungsantrag 126
Pasquale Tridico, Jussi Saramo, Manon Aubry

Entschließungsantrag
Ziffer 8 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	8b. betont, dass bei der Beaufsichtigung meldender Unternehmen ein risikobasierter Ansatz verfolgt werden muss;

Or. en

Änderungsantrag 127
Fernand Kartheiser

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. fordert die Kommission auf, den derzeitigen Mehrwertsteuerrahmen dahin gehend zu bewerten und zu vereinfachen, dass der Verwaltungsaufwand verringert, die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert und die Differenz zwischen den erwarteten Einnahmen und dem tatsächlich erhobenen Betrag (Mehrwertsteuerlücke) verringert wird;	9. fordert die Kommission auf, den derzeitigen Mehrwertsteuerrahmen ***im Rahmen ihrer Zuständigkeit*** dahin gehend zu bewerten und zu vereinfachen, dass der Verwaltungsaufwand verringert, die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert und die Differenz zwischen den erwarteten Einnahmen und dem tatsächlich erhobenen Betrag (Mehrwertsteuerlücke) verringert wird;

Or. en

Änderungsantrag 128
Denis Nesci

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. fordert die Kommission auf, den derzeitigen ***Mehrwertsteuerrahmen*** dahin gehend zu bewerten und zu vereinfachen, dass der Verwaltungsaufwand verringert, die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert und die Differenz zwischen den erwarteten Einnahmen und dem tatsächlich erhobenen Betrag ***(Mehrwertsteuerlücke)*** verringert wird;	9. fordert die Kommission auf, ***im engen und anhaltenden Dialog mit den Mitgliedstaaten*** den derzeitigen ***Rahmen*** dahin gehend zu bewerten und zu vereinfachen, dass der Verwaltungsaufwand verringert, die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert und die Differenz zwischen den erwarteten Einnahmen und dem tatsächlich erhobenen Betrag verringert wird;

Or. en

Änderungsantrag 129
Fabio De Masi

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. fordert die Kommission auf, den derzeitigen Mehrwertsteuerrahmen dahin gehend zu bewerten und zu vereinfachen, dass der Verwaltungsaufwand verringert, die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert und die Differenz zwischen den erwarteten Einnahmen und dem tatsächlich erhobenen Betrag (Mehrwertsteuerlücke) verringert wird;	9. fordert die Kommission auf, den derzeitigen Mehrwertsteuerrahmen dahin gehend zu bewerten und zu vereinfachen, dass der Verwaltungsaufwand ***und die regressive Steuerlast von Verbrauchssteuern*** verringert ***werden***, die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert und die Differenz zwischen den erwarteten Einnahmen und dem tatsächlich erhobenen Betrag (Mehrwertsteuerlücke) verringert wird;

Or. en

Änderungsantrag 130
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. fordert die Kommission auf, den derzeitigen Mehrwertsteuerrahmen dahin gehend zu bewerten und zu vereinfachen, dass der Verwaltungsaufwand verringert, die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert und die Differenz zwischen den erwarteten Einnahmen und dem tatsächlich erhobenen Betrag (Mehrwertsteuerlücke) verringert wird;	9. fordert die Kommission auf, den derzeitigen Mehrwertsteuerrahmen dahin gehend zu bewerten und zu vereinfachen, dass der Verwaltungsaufwand verringert, die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert und die Differenz zwischen den erwarteten Einnahmen und dem tatsächlich erhobenen Betrag (Mehrwertsteuerlücke) verringert wird; ***fordert erneut[1a] die Einführung eines vereinfachten und modernisierten Mehrwertsteuersystems im Interesse eines fairen und effizienten Wettbewerbs zwischen den Unternehmen im Binnenmarkt, durch den die Befolgungskosten gesenkt werden und die freiwillige Befolgung verbessert wird;***
	[1a] Entschließung des Europäischen Parlaments vom 16. Februar 2022 zur Umsetzung der Sechsten Mehrwertsteuerrichtlinie: Was fehlt, um die Mehrwertsteuerlücke in der Union zu verringern?, Ziffer 38.

Or. en

Änderungsantrag 131
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. fordert die Kommission auf, den derzeitigen Mehrwertsteuerrahmen dahin gehend zu bewerten und zu vereinfachen, dass der Verwaltungsaufwand verringert, die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert und die Differenz zwischen den erwarteten Einnahmen und dem tatsächlich erhobenen Betrag (Mehrwertsteuerlücke) verringert wird;	9. fordert die Kommission auf, den derzeitigen Mehrwertsteuerrahmen dahin gehend zu bewerten und zu vereinfachen, dass der Verwaltungsaufwand verringert, die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert und die Differenz zwischen den erwarteten Einnahmen und dem tatsächlich erhobenen Betrag (Mehrwertsteuerlücke) verringert wird; ***nimmt in diesem Zusammenhang das Mehrwertsteuerpaket im digitalen***

Zeitalter zur Kenntnis und fordert die Kommission auf, Leitlinien oder Erläuterungen herauszugeben, um eine reibungslose Umsetzung der Richtlinie sicherzustellen, insbesondere im Zusammenhang mit der Einführung der digitalen Meldepflicht der EU;

Or. en

Änderungsantrag 132
Billy Kelleher, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. fordert die Kommission auf, den derzeitigen Mehrwertsteuerrahmen dahin gehend zu bewerten und zu vereinfachen, dass der Verwaltungsaufwand verringert, die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert und die Differenz zwischen den erwarteten Einnahmen und dem tatsächlich erhobenen Betrag (Mehrwertsteuerlücke) verringert wird;	9. fordert die Kommission auf, den derzeitigen Mehrwertsteuerrahmen dahin gehend zu bewerten und zu vereinfachen, dass der Verwaltungsaufwand verringert, die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert und die Differenz zwischen den erwarteten Einnahmen und dem tatsächlich erhobenen Betrag (Mehrwertsteuerlücke) verringert wird; ***betont, dass die Einhaltung der Mehrwertsteuervorschriften von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat unterschiedlich ist, die Mehrwertsteuerlücke in einem Mitgliedstaat sich jedoch auf bis zu 30 % beläuft[1a]; begrüßt in diesem Zusammenhang die Annahme des Pakets „Mehrwertsteuer im digitalen Zeitalter“ (VIDA), das bei seiner Umsetzung die Transparenz erhöhen und Betrug verringern sollte; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die nationale Umsetzung zu koordinieren, um für Kohärenz zu sorgen und sicherzustellen, dass die zentrale Anlaufstelle effizient und benutzerfreundlich ist, auch für KMU;***

[1a] Europäische Kommission, „VAT gap in

the EU – 2024 report“ (Mehrwertsteuerlücke in der EU – Bericht 2024), Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2024, https://data.europa.eu/doi/10.2778/2476549.

Or. en

Änderungsantrag 133
Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. fordert die Kommission auf, den derzeitigen Mehrwertsteuerrahmen dahin gehend zu bewerten und zu vereinfachen, dass der Verwaltungsaufwand verringert, die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert und die Differenz zwischen den erwarteten Einnahmen und dem tatsächlich erhobenen Betrag (Mehrwertsteuerlücke) verringert wird;	9. fordert die Kommission auf, den derzeitigen Mehrwertsteuerrahmen dahin gehend zu bewerten und zu vereinfachen, dass der Verwaltungsaufwand ***– auch für Unternehmen und Gemeinschaftsorganisationen –*** verringert, die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert und die Differenz zwischen den erwarteten Einnahmen und dem tatsächlich erhobenen Betrag (Mehrwertsteuerlücke) verringert wird; ***fordert Reformen, mit denen es kleinen Unternehmen erleichtert wird, sich EU-weit, auch auf elektronischem Wege, für Mehrwertsteuerzwecke registrieren zu lassen; fordert eine stärkere Digitalisierung der Mehrwertsteuererhebung;***

Or. en

Änderungsantrag 134
Markus Ferber

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. fordert die Kommission auf, den derzeitigen Mehrwertsteuerrahmen dahin gehend zu bewerten und zu vereinfachen, dass der Verwaltungsaufwand verringert, die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert und die Differenz zwischen den erwarteten Einnahmen und dem tatsächlich erhobenen Betrag (Mehrwertsteuerlücke) verringert wird;	9. fordert die Kommission auf, den derzeitigen Mehrwertsteuerrahmen dahin gehend zu bewerten und zu vereinfachen, dass der Verwaltungsaufwand verringert, die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert und die Differenz zwischen den erwarteten Einnahmen und dem tatsächlich erhobenen Betrag (Mehrwertsteuerlücke) verringert wird; ***fordert die Kommission auf, auf der einzigen Anlaufstelle für die Mehrwertsteuer für den grenzüberschreitenden elektronischen Geschäftsverkehr zwischen Unternehmen und Verbrauchern aufzubauen und diese weiterzuentwickeln, um den Verwaltungsaufwand und die Kosten für die Einhaltung der Mehrwertsteuervorschriften zu verringern;***

Or. en

Änderungsantrag 135
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Ziffer 9

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
9. fordert die Kommission auf, den derzeitigen Mehrwertsteuerrahmen dahin gehend zu bewerten und zu vereinfachen, dass der Verwaltungsaufwand verringert, die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert und die Differenz zwischen den erwarteten Einnahmen und dem tatsächlich erhobenen Betrag (Mehrwertsteuerlücke) verringert wird;	9. fordert die Kommission auf, den derzeitigen Mehrwertsteuerrahmen dahin gehend zu bewerten und zu vereinfachen, dass der Verwaltungsaufwand verringert, die Wettbewerbsfähigkeit gesteigert und die Differenz zwischen den erwarteten Einnahmen und dem tatsächlich erhobenen Betrag (Mehrwertsteuerlücke) verringert wird; ***bedauert, dass in Bezug auf ein endgültiges Mehrwertsteuersystem im Rat keine Fortschritte erzielt wurden und dass die Kommission infolgedessen beschlossen hat, den Vorschlag im ihrem Arbeitsprogramm für 2025***

zurückzunehmen;

Or. en

Änderungsantrag 136
Billy Kelleher, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Ziffer 9 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	9a. stellt fest, dass sich das Kaufverhalten in den letzten zehn Jahren deutlich verändert hat, wobei der elektronische Handel während der COVID-19-Pandemie drastisch zugenommen hat und nach wie vor auf einem hohen Niveau liegt; stellt ferner fest, dass Online-Käufe aufgrund des elektronischen Prüfpfads vermeintlich zu einer besseren Einhaltung der Mehrwertsteuervorschriften beitragen müssten, wobei jedoch im Bericht der Kommission über die Mehrwertsteuerlücke angemerkt wird, dass eine solche Korrelation aufgrund der Komplexität von Online-Verkäufen nicht so eindeutig ist; fordert die Kommission nachdrücklich auf, zu prüfen, ob der Besitzstand im Bereich der Mehrwertsteuer angesichts der zunehmenden Beliebtheit des elektronischen Handels zweckmäßig ist;

Or. en

Änderungsantrag 137
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 9 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

9a. fordert die Kommission auf, die mehrwertsteuerliche Behandlung im Finanzsektor zu überarbeiten, um die Vorschriften für die Mehrwertsteuerbefreiung dahin gehend zu modernisieren, dass sie für Finanzdienstleistungen geeignet sind; stellt fest, dass die Anwendung von Befreiungen im Bereich der Finanzdienstleistungen in den Mitgliedstaaten derzeit uneinheitlich ausfällt, was erhebliche Unterschiede zur Folge hat, die die Erbringung grenzüberschreitender Dienstleistungen erschweren;

Or. en

Änderungsantrag 138
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 9 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	9b. fordert eine Verbesserung der Richtlinie 2008/9/EG des Rates vom 12. Februar 2008 zur Regelung der Erstattung der Mehrwertsteuer an nicht im Mitgliedstaat der Erstattung, sondern in einem anderen Mitgliedstaat ansässige Steuerpflichtige; betont, dass es wichtig ist, Möglichkeiten auszuloten, grenzüberschreitende Mehrwertsteuererstattungen in die einzige Anlaufstelle zu integrieren, um Unternehmen, die grenzüberschreitend Handel betreiben, die Einhaltung der Mehrwertsteuervorschriften weiter zu erleichtern und gleichzeitig die Angleichung an bestehende Mehrwertsteuerpflichten in den Mitgliedstaaten sicherzustellen;

Or. en

Änderungsantrag 139
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 9 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	9c. fordert eine einheitliche Verwendung von Schlüsselkonzepten sowie die Harmonisierung von Definitionen zwecks Erreichung eines wirksameren Mehrwertsteuersystems, z. B. einheitliche Auslegungen des in Artikel 36 der MwSt-Richtlinie vorgesehenen Konzepts der „installierten und montierten Gegenstände“ und eine einheitliche Anwendung der Definitionen von „Betriebsstätten“ und „festen Niederlassung“ oder anderweitigen Niederlassungen;

Or. en

Änderungsantrag 140
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 9 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	9d. betont, dass es eines nachhaltigeren und gerechteren Mehrwertsteuersystems bedarf und dass in diesem Zusammenhang weiter geprüft werden sollte, inwiefern Mehrwertsteuersätze genutzt werden können, um die Nachhaltigkeitsziele zu erreichen; schlägt vor, dass die Kommission prüft, ob die Mehrwertsteuer auf unentgeltlich gelieferte Gegenstände von sozialem oder ökologischem Nutzen abgeschafft werden kann;

Or. en

Änderungsantrag 141
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 9 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	9e. weist darauf hin, dass ermäßigte Mehrwertsteuersätze zwar dem legitimen Zweck dienen, schutzbedürftige Personen und Kinder zu unterstützen, ihre breitere Anwendung jedoch die Rechtsunsicherheit und die Komplexität des Steuersystems erhöhen; betont, dass ermäßigte Mehrwertsteuersätze – abhängig von verschiedenen Faktoren – zu niedrigeren Verbraucherpreisen führen können; ist daher der Ansicht, dass es zu Zwecken der Vereinfachung nützlich wäre, regelmäßig zu überprüfen und zu bewerten, welche ermäßigten Mehrwertsteuersätze zur Erreichung der angestrebten politischen Ziele weiterhin notwendig und wirksam sind;

Or. en

Änderungsantrag 142
Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. bekräftigt den Standpunkt des Parlaments zum hauptsitzbasierten Steuersystem (HOT), zum Freibetrag zur Reduzierung der steuerlichen Begünstigung von Fremd- gegenüber Eigenkapitalfinanzierungen (DEBRA) und zu einer schnelleren und sichereren	10. bekräftigt den Standpunkt des Parlaments zum hauptsitzbasierten Steuersystem (HOT), zum Freibetrag zur Reduzierung der steuerlichen Begünstigung von Fremd- gegenüber Eigenkapitalfinanzierungen (DEBRA) und zu einer schnelleren und sichereren

Entlastung von überschüssigen Quellensteuern (FASTER); nimmt die laufenden Erörterungen über den BEFIT-Vorschlag zur Kenntnis;	Entlastung von überschüssigen Quellensteuern (FASTER); nimmt die laufenden Erörterungen über den BEFIT-Vorschlag zur Kenntnis***, weist jedoch darauf hin, dass mit den im Vorschlag vorgesehenen Bestimmungen nicht das Ziel erreicht wird, Komplexität und Befolgungskosten zu verringern, und dass diese tatsächlich zu einer höheren Komplexität beitragen, wenn die nationalen Steuersysteme und die Koexistenz mit der zweiten Säule berücksichtigt werden***; ***bekräftigt, dass die Vorschläge der Kommission mit dem Subsidiaritätsprinzip vereinbar sein sollten; fordert, dass der BEFIT-Vorschlag deshalb zurückgezogen wird;***
	Or. en

Änderungsantrag 143
Danuše Nerudová

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. bekräftigt den Standpunkt des Parlaments zum hauptsitzbasierten Steuersystem (HOT), zum Freibetrag zur Reduzierung der steuerlichen Begünstigung von Fremd- gegenüber Eigenkapitalfinanzierungen (DEBRA) und zu einer schnelleren und sichereren Entlastung von überschüssigen Quellensteuern (FASTER); ***nimmt die laufenden Erörterungen über den BEFIT-Vorschlag zur Kenntnis;***	10. bekräftigt den Standpunkt des Parlaments zum hauptsitzbasierten Steuersystem (HOT), zum Freibetrag zur Reduzierung der steuerlichen Begünstigung von Fremd- gegenüber Eigenkapitalfinanzierungen (DEBRA) und zu einer schnelleren und sichereren Entlastung von überschüssigen Quellensteuern (FASTER); ***fordert die Mitgliedstaaten auf, weiter auf eine rasche Annahme des Vorschlags für einen Rahmen für die Unternehmensbesteuerung (BEFIT) hinzuarbeiten, mit der ein wichtiger Schritt in Richtung harmonisierter Steuersysteme in der EU getan würde;***
	Or. en

Änderungsantrag 144
Lídia Pereira

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. bekräftigt den Standpunkt des Parlaments zum hauptsitzbasierten Steuersystem (HOT), zum Freibetrag zur Reduzierung der steuerlichen Begünstigung von Fremd- gegenüber Eigenkapitalfinanzierungen (DEBRA) und zu einer schnelleren und sichereren Entlastung von überschüssigen Quellensteuern (FASTER); nimmt die laufenden Erörterungen über den BEFIT-Vorschlag zur Kenntnis;	10. bekräftigt den Standpunkt des Parlaments zum hauptsitzbasierten Steuersystem (HOT), ***zu den Vorschriften zur Verhinderung der missbräuchlichen Nutzung von Briefkastenfirmen für Steuerzwecke (UNSHELL),*** zum Freibetrag zur Reduzierung der steuerlichen Begünstigung von Fremd- gegenüber Eigenkapitalfinanzierungen (DEBRA) und zu einer schnelleren und sichereren Entlastung von überschüssigen Quellensteuern (FASTER); nimmt die laufenden Erörterungen über den BEFIT-Vorschlag zur Kenntnis; ***betont, dass klargestellt werden muss, welche Initiativen angenommen bzw. zurückgenommen werden sollen;***

Or. en

Änderungsantrag 145
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. bekräftigt den Standpunkt des Parlaments zum hauptsitzbasierten Steuersystem (HOT), zum Freibetrag zur Reduzierung der steuerlichen Begünstigung von Fremd- gegenüber Eigenkapitalfinanzierungen (DEBRA) und zu einer schnelleren und sichereren Entlastung von überschüssigen Quellensteuern (FASTER); nimmt die	10. bekräftigt den Standpunkt des Parlaments zum hauptsitzbasierten Steuersystem (HOT), zum Freibetrag zur Reduzierung der steuerlichen Begünstigung von Fremd- gegenüber Eigenkapitalfinanzierungen (DEBRA)***, zur Verrechnungspreisgestaltung*** und zu einer schnelleren und sichereren Entlastung von überschüssigen Quellensteuern (FASTER);

laufenden Erörterungen über den BEFIT-Vorschlag zur Kenntnis;	nimmt die laufenden Erörterungen über den BEFIT-Vorschlag zur Kenntnis;

Or. en

Änderungsantrag 146
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. bekräftigt den Standpunkt des Parlaments zum hauptsitzbasierten Steuersystem (HOT), zum Freibetrag zur Reduzierung der steuerlichen Begünstigung von Fremd- gegenüber Eigenkapitalfinanzierungen (DEBRA) und zu einer schnelleren und sichereren Entlastung von überschüssigen Quellensteuern (FASTER); nimmt die laufenden Erörterungen über den BEFIT-Vorschlag zur Kenntnis;	10. bekräftigt den Standpunkt des Parlaments zum hauptsitzbasierten Steuersystem (HOT), zum Freibetrag zur Reduzierung der steuerlichen Begünstigung von Fremd- gegenüber Eigenkapitalfinanzierungen (DEBRA)***, zu den Vorschriften zur Verhinderung der missbräuchlichen Nutzung von Briefkastenfirmen für Steuerzwecke (UNSHELL)*** und zu einer schnelleren und sichereren Entlastung von überschüssigen Quellensteuern (FASTER); nimmt die laufenden Erörterungen über den BEFIT-Vorschlag zur Kenntnis;

Or. en

Änderungsantrag 147
Pasquale Tridico, Jussi Saramo, Manon Aubry

Entschließungsantrag
Ziffer 10

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
10. bekräftigt den Standpunkt des Parlaments zum hauptsitzbasierten Steuersystem (HOT)***, zum Freibetrag zur Reduzierung der steuerlichen Begünstigung von Fremd- gegenüber Eigenkapitalfinanzierungen (DEBRA)*** und zu einer schnelleren und sichereren	10. bekräftigt den Standpunkt des Parlaments zum hauptsitzbasierten Steuersystem (HOT) und zu einer schnelleren und sichereren Entlastung von überschüssigen Quellensteuern (FASTER); nimmt die laufenden Erörterungen über

Entlastung von überschüssigen Quellensteuern (FASTER); nimmt die laufenden Erörterungen über den BEFIT-Vorschlag zur Kenntnis;	den BEFIT-Vorschlag zur Kenntnis;

Or. en

Änderungsantrag 148
Pasquale Tridico, Jussi Saramo, Manon Aubry, Marc Botenga

Entschließungsantrag
Ziffer 10 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	10a. weist erneut darauf hin, dass es wichtig ist, initiativ zu werden und auf eine koordinierte europäische Herangehensweise bei der Besteuerung der digitalen Wirtschaft hinzuarbeiten, insbesondere angesichts des sich wandelnden globalen Umfelds und der fiskalpolitischen Erfordernisse der Union;

Or. en

Änderungsantrag 149
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 10 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	10a. hebt hervor, dass es der Bevorzugung der Fremd- gegenüber der Eigenkapitalfinanzierung bei der Unternehmensbesteuerung entgegenzusteuern gilt, welche großzügige Steuervergünstigungen auf Zinszahlungen ermöglicht, während die Eigenkapitalfinanzierungskosten nicht in ähnlicher Weise abgesetzt werden können; bedauert in diesem Zusammenhang die Untätigkeit des Rates

hinsichtlich der Annahme des DEBRA-Vorschlags und verweist diesbezüglich erneut auf seinen Standpunkt vom 16. Januar 2024;

Or. en

Änderungsantrag 150
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 10 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	10b. betont, dass eine vereinfachte, digitalisierte und beschleunigte Quellensteuererleichterung für die Stärkung der Spar- und Investitionsunion von großer Bedeutung ist; erachtet die Annahme des FASTER-Vorschlags durch den Rat lediglich als einen ersten Schritt in die richtige Richtung; erinnert an seine Entschließung vom 28. Februar 2024; bekräftigt, dass alle EU-Rechtsvorschriften mit tatsächlichen Vereinfachungen sowohl für Investoren als auch für Finanzintermediäre einhergehen müssen;

Or. en

Änderungsantrag 151
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 10 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	10c. bekräftigt seine Unterstützung für die Einführung einer einzigen „Steuererklärung gemäß der hauptsitzbasierten Besteuerung“ (HOT) für Kleinstunternehmen und KMU, die

ausschließlich über Betriebsstätten tätig sind, um die Steuerverfahren zu vereinfachen und die Kosten für Unternehmen zu senken; fordert den Rat auf, den HOT-Vorschlag rasch anzunehmen, und verweist in diesem Zusammenhang auf seinen Standpunkt vom 10. April 2024;

Or. en

Änderungsantrag 152
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 10 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	10d. nimmt die mit dem Rahmen für die Unternehmensbesteuerung (BEFIT) angestrebten Ziele zur Kenntnis, die Komplexität von Steuervorschriften sowie die Befolgungskosten für EU-Unternehmen mit grenzüberschreitender Geschäftstätigkeit zu verringern und grenzüberschreitende Investitionen und die Attraktivität des Binnenmarkts zu fördern; bedauert jedoch, dass der Vorschlag der Kommission nicht dafür geeignet ist, dass diese Ziele erreicht werden; bekräftigt in diesem Zusammenhang, dass sowohl im rechtlichen als auch im wirtschaftlichen Sinne ein EU-Mehrwert gegeben sein muss, und fordert einen wirksamen und ausgewogenen Ansatz, der allen Mitgliedstaaten zugutekommt und die Komplexität und die Befolgungskosten für grenzüberschreitend tätige Unternehmen verringert;

Or. en

Änderungsantrag 153

Fernando Navarrete Rojas

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. bekräftigt, dass sich die EU für die Umsetzung der im Rahmen der OECD erzielten Einigung zur Säule 2 einsetzt, gleichzeitig aber auch die derzeitige Situation im Hinblick auf die Vorschriften zur Säule 2 berücksichtigt, einschließlich der jüngsten Durchführungsverordnung des US-Präsidenten vom 20. Januar 2025, wonach das globale Steuerabkommen der OECD in den Vereinigten Staaten keine Kraft und Wirkung hat; fordert die Kommission nachdrücklich auf, das Parlament über Notfallpläne zu informieren und umgehend gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um die Interessen der EU zu schützen und Gegenmaßnahmen zu verhindern;	11. bekräftigt, dass sich die EU für die Umsetzung der im Rahmen der OECD erzielten Einigung zur Säule 2 einsetzt, gleichzeitig aber auch die derzeitige Situation im Hinblick auf die Vorschriften zur Säule 2 berücksichtigt, einschließlich der jüngsten Durchführungsverordnung des US-Präsidenten vom 20. Januar 2025, wonach das globale Steuerabkommen der OECD in den Vereinigten Staaten keine Kraft und Wirkung hat; fordert die Kommission nachdrücklich auf, das Parlament über Notfallpläne zu informieren und umgehend gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um die Interessen der EU zu schützen und Gegenmaßnahmen zu verhindern***, und fordert sie zudem auf, Änderungen und Vereinfachungen an den Vorschriften der zweiten Säule vorzunehmen, gleichzeitig aber deren wichtigste Ziele aufrechtzuerhalten, insbesondere das Ziel, dafür zu sorgen, dass die Vorschriften der zweiten Säule den Erfordernissen der EU angemessen sind***;

Or. en

Änderungsantrag 154
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. bekräftigt, dass sich die EU für die Umsetzung ***der im Rahmen der OECD erzielten Einigung zur Säule 2*** einsetzt***, gleichzeitig aber auch die derzeitige***	11. bekräftigt, dass sich die EU für die Umsetzung ***des Zwei-Säulen-Ansatzes des inklusiven Rahmens der OECD/G20*** einsetzt***; bedauert zutiefst die jüngste***

Situation im Hinblick auf die Vorschriften zur Säule 2 berücksichtigt, einschließlich der jüngsten Durchführungsverordnung des US-Präsidenten vom 20. Januar 2025, wonach das globale Steuerabkommen der OECD in den Vereinigten Staaten keine Kraft und Wirkung hat; fordert die Kommission nachdrücklich auf, das Parlament über Notfallpläne zu informieren und umgehend gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um die Interessen der EU zu schützen und Gegenmaßnahmen zu verhindern;	Durchführungsverordnung des US-Präsidenten vom 20. Januar 2025, wonach das globale Steuerabkommen der OECD in den Vereinigten Staaten keine Kraft und Wirkung hat; fordert die Kommission nachdrücklich auf, das Parlament über Notfallpläne zu informieren und umgehend gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um ***die Integrität und die Wirksamkeit der Säule-2-Richtlinie zu wahren,*** die Interessen der EU zu schützen und Gegenmaßnahmen zu verhindern; ***ist der Ansicht, dass die EU uneingeschränkt an der Säule-2-Richtlinie festhalten sollte, um eine Rückkehr zu einem ungebremsten Steuerwettbewerb auf Kosten der öffentlichen Einnahmen zu verhindern;***

Or. en

Änderungsantrag 155
Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. bekräftigt, dass sich die EU für die Umsetzung der im Rahmen der OECD erzielten Einigung zur Säule 2 einsetzt, gleichzeitig aber auch die derzeitige Situation im Hinblick auf die Vorschriften zur Säule 2 berücksichtigt, einschließlich der jüngsten Durchführungsverordnung des US-Präsidenten vom 20. Januar 2025, wonach das globale Steuerabkommen der OECD in den Vereinigten Staaten keine Kraft und Wirkung hat; fordert die Kommission nachdrücklich auf, das Parlament ***über Notfallpläne zu informieren*** und umgehend gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um die Interessen der EU zu schützen und Gegenmaßnahmen zu verhindern;	11. bekräftigt, dass sich die EU für die Umsetzung der im Rahmen der OECD erzielten Einigung zur Säule 2 einsetzt, gleichzeitig aber auch die derzeitige Situation im Hinblick auf die Vorschriften zur Säule 2 berücksichtigt, einschließlich der jüngsten Durchführungsverordnung des US-Präsidenten vom 20. Januar 2025, wonach das globale Steuerabkommen der OECD in den Vereinigten Staaten keine Kraft und Wirkung hat; fordert die Kommission nachdrücklich auf, ***sich vorrangig um die Erhaltung und den Schutz der genannten Einigung zu bemühen,*** das Parlament ***auf dem Laufenden zu halten*** und umgehend gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um die Interessen der EU zu schützen und

Gegenmaßnahmen zu verhindern;

Or. en

Änderungsantrag 156
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Ziffer 11

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
11. bekräftigt, dass sich die EU für die Umsetzung der im Rahmen der OECD erzielten Einigung zur Säule 2 einsetzt, gleichzeitig aber auch die derzeitige Situation im Hinblick auf die Vorschriften zur Säule 2 berücksichtigt, einschließlich der jüngsten Durchführungsverordnung des US-Präsidenten vom 20. Januar 2025, wonach das globale Steuerabkommen der OECD in den Vereinigten Staaten keine Kraft und Wirkung hat; fordert die Kommission nachdrücklich auf, das Parlament über Notfallpläne zu informieren und umgehend gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um die Interessen der EU zu schützen ***und Gegenmaßnahmen zu verhindern***;	11. bekräftigt, dass sich die EU für die Umsetzung der im Rahmen der OECD erzielten Einigung zur Säule 2 einsetzt, gleichzeitig aber auch die derzeitige Situation im Hinblick auf die Vorschriften zur Säule 2 berücksichtigt, einschließlich der jüngsten Durchführungsverordnung des US-Präsidenten vom 20. Januar 2025, wonach das globale Steuerabkommen der OECD in den Vereinigten Staaten keine Kraft und Wirkung hat; fordert die Kommission nachdrücklich auf, das Parlament über Notfallpläne zu informieren und umgehend gezielte Maßnahmen zu ergreifen, um ***die Steuerhoheit und*** die Interessen der EU zu schützen;

Or. en

Änderungsantrag 157
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. betont, dass mit Säule 2 für eine globale Mindestbesteuerung für multinationale und große inländische Gruppen in der Union gesorgt werden sollte; begrüßt ihre Umsetzung in	12. betont, dass mit Säule 2 für eine globale Mindestbesteuerung für multinationale und große inländische Gruppen in der Union gesorgt werden sollte; begrüßt ihre Umsetzung in

einzelstaatliches Recht; fordert, dass ***bei ihrer Umsetzung*** für Rechtsklarheit gesorgt wird, ***und*** erwartet, dass die Aushandlung und Veröffentlichung der administrativen Leitlinien bald abgeschlossen ist und den in den Anwendungsbereich von Säule 2 fallenden Unternehmen so die erforderliche Sicherheit geboten wird; erwartet weitere Entwicklungen im Hinblick auf die OECD-Regelung des dauerhaften Safe Harbours;

einzelstaatliches Recht; fordert, dass ***unter Berücksichtigung der Unterschiede zwischen den Vorschriften der zweiten Säule der OECD und der Umsetzung durch die Mitgliedstaaten*** für Rechtsklarheit gesorgt wird, ***insbesondere bei Seeverkehrstätigkeiten, um zu vermeiden, dass widersprüchliche Steuersysteme entstehen, die zu Verwirrung führen können;*** erwartet, dass die Aushandlung und Veröffentlichung der administrativen Leitlinien bald abgeschlossen ist und den in den Anwendungsbereich von Säule 2 fallenden Unternehmen so die erforderliche Sicherheit geboten wird; ***hebt die Einführung einer*** Regelung des dauerhaften Safe Harbours ***hervor, die auf dem bestehenden übergangsweisen Safe Harbour auf der Grundlage der länderbezogenen Berichterstattung beruht***; ***fordert, dass bewertet wird, ob weitere Safe-Harbour-Regelungen erforderlich sind;***

Or. en

Änderungsantrag 158
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Ziffer 12

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
12. betont, dass mit Säule 2 für eine globale Mindestbesteuerung für multinationale und große inländische Gruppen in der Union gesorgt werden sollte; begrüßt ihre Umsetzung in einzelstaatliches Recht; fordert, dass bei ihrer Umsetzung für Rechtsklarheit gesorgt wird, und erwartet, dass die Aushandlung und Veröffentlichung der administrativen Leitlinien bald abgeschlossen ist und den in den Anwendungsbereich von Säule 2 fallenden Unternehmen so die erforderliche	12. betont, dass mit Säule 2 für eine globale Mindestbesteuerung für multinationale und große inländische Gruppen in der Union gesorgt werden sollte; begrüßt ihre Umsetzung in einzelstaatliches Recht; fordert, dass bei ihrer Umsetzung für Rechtsklarheit gesorgt wird, und erwartet, dass die Aushandlung und Veröffentlichung der administrativen Leitlinien bald abgeschlossen ist und den in den Anwendungsbereich von Säule 2 fallenden Unternehmen so die erforderliche

Sicherheit geboten wird; erwartet weitere Entwicklungen im Hinblick auf ***die OECD-Regelung des dauerhaften Safe Harbours***;	Sicherheit geboten wird; erwartet weitere Entwicklungen im Hinblick auf ***bestehende Safe-Harbour-Regelungen, um die Einhaltung der Vorschriften zu erleichtern***;

Or. en

Änderungsantrag 159
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. bedauert zutiefst den an die Öffentlichkeit gelangten Vermerk des polnischen Ratsvorsitzes, in dem Optionen dafür vorgesehen waren, wie gegenüber der derzeitigen US-Regierung in Bezug auf Säule 2 nachgegeben werden könnte; fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, Säule 2 und insbesondere die Sekundärergänzungssteuerreglung (SES) vollständig umzusetzen; stellt fest, dass die SES ein wesentlicher Faktor für eine gut funktionierende Säule 2 ist und für gleiche Wettbewerbsbedingungen für europäische Unternehmen sorgt; fordert die Mitgliedstaaten auf, den übergangsweisen SES-Safe-Harbour nicht über 2026 hinaus zu verlängern, da dies EU-Unternehmen benachteiligen würde; begrüßt, dass sich das Kommissionsmitglied Wopke Hoekstra in seinen schriftlichen Antworten an das Parlament im Rahmen der Ernennungsanhörungen eindeutig zur SES bekannt hat[21a]; weist darauf hin, dass die Vereinigten Staaten im Jahr 2021 der OECD-Mindestbesteuerung auf Ebene der G7 und des inklusiven Rahmens der G20/OECD zugestimmt haben;

21a

https://hearings.elections.europa.eu/documents/hoekstra/hoekstra_writtenquestionsandanswers_de.pdf

Or. en

Änderungsantrag 160
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 12 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	12a. merkt an, dass etwa 49 % der zuvor verlagerten Gewinne durch die Umsetzung von Säule 2 erfasst werden dürften; stellt ferner fest, dass durch die Reform voraussichtlich die Körperschaftsteuereinnahmen steigen werden, wie am Beispiel der Slowakei deutlich wird, wo die Einnahmen Schätzungen zufolge um rund 4 % zunehmen werden, was jeweils hälftig auf Sekundärergänzungssteuern und auf eine geringere Gewinnverlagerung zurückzuführen ist[1a];

[1a] Boukal, T., Janský, P., & Palanský, M. (2024). „Global Minimum Tax and Profit Shifting“ (Globale Mindeststeuer und Gewinnverlagerung); Wirtschaftswissenschaftliches Institut, Fakultät für Sozialwissenschaften, Karls-Universität Prag.

Or. en

Änderungsantrag 161
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. merkt an, dass die Europäische Union in den vergangenen Jahren eine ***ehrgeizige*** Agenda der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung verfolgt und eine Reihe neuer Bestimmungen und Berichtspflichten eingeführt hat (z. B. durch die Richtlinie zur Bekämpfung von Steuervermeidung (ATAD)); nimmt die Ankündigung der Kommission zur Kenntnis, dass sie die ATAD-Richtlinie vor dem Hintergrund von Säule 2 bewerten und im dritten Quartal 2025 einen umfassenden Bericht über die Maßnahmen vorlegen wird;	13. merkt an, dass die Europäische Union in den vergangenen Jahren eine ***notwendige*** Agenda der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung verfolgt und eine Reihe neuer Bestimmungen und Berichtspflichten eingeführt hat (z. B. durch die Richtlinie zur Bekämpfung von Steuervermeidung (ATAD)); nimmt die Ankündigung der Kommission zur Kenntnis, dass sie die ATAD-Richtlinie vor dem Hintergrund von Säule 2 bewerten und im dritten Quartal 2025 einen umfassenden Bericht über die Maßnahmen vorlegen wird;

Or. en

Änderungsantrag 162
Markus Ferber

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. merkt an, dass die Europäische Union in den vergangenen Jahren eine ehrgeizige Agenda der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung verfolgt und eine Reihe neuer Bestimmungen und Berichtspflichten eingeführt hat (z. B. durch die Richtlinie zur Bekämpfung von Steuervermeidung (ATAD)); nimmt die Ankündigung der Kommission zur Kenntnis, dass sie die ATAD-Richtlinie vor dem Hintergrund von Säule 2 bewerten und im dritten Quartal 2025 einen umfassenden Bericht über die Maßnahmen vorlegen wird;	13. merkt an, dass die Europäische Union in den vergangenen Jahren eine ehrgeizige Agenda der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung verfolgt und eine Reihe neuer Bestimmungen und Berichtspflichten eingeführt hat (z. B. durch die Richtlinie zur Bekämpfung von Steuervermeidung (ATAD))***, die zu höheren Kosten der Befolgung der Steuervorschriften geführt haben***; nimmt die Ankündigung der Kommission zur Kenntnis, dass sie die ATAD-Richtlinie vor dem Hintergrund von Säule 2 bewerten und im dritten Quartal 2025 einen umfassenden Bericht über die Maßnahmen vorlegen wird;

Or. en

Änderungsantrag 163
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. merkt an, dass die Europäische Union in den vergangenen Jahren eine ehrgeizige Agenda der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung verfolgt und eine Reihe neuer Bestimmungen und Berichtspflichten eingeführt hat (z. B. durch die Richtlinie zur Bekämpfung von Steuervermeidung (ATAD)); nimmt die Ankündigung der Kommission zur Kenntnis, dass sie die ATAD-Richtlinie vor dem Hintergrund von Säule 2 bewerten und im dritten Quartal 2025 einen umfassenden Bericht über die Maßnahmen vorlegen wird;	13. merkt an, dass die Europäische Union in den vergangenen Jahren eine ehrgeizige Agenda der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung verfolgt und eine Reihe neuer Bestimmungen und Berichtspflichten eingeführt hat (z. B. durch die Richtlinie zur Bekämpfung von Steuervermeidung (ATAD)); nimmt die Ankündigung der Kommission zur Kenntnis, dass sie die ATAD-Richtlinie vor dem Hintergrund von Säule 2 bewerten und im dritten Quartal 2025 einen umfassenden Bericht über die Maßnahmen vorlegen wird; ***fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, die ATAD-Richtlinie im Anschluss an die Einigung über Säule 2 zu überarbeiten;***

Or. en

Änderungsantrag 164
Fernando Navarrete Rojas

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. merkt an, dass die Europäische Union in den vergangenen Jahren eine ehrgeizige Agenda der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung verfolgt und eine Reihe neuer Bestimmungen und Berichtspflichten eingeführt hat (z. B. durch die Richtlinie zur Bekämpfung von Steuervermeidung	13. merkt an, dass die Europäische Union in den vergangenen Jahren eine ehrgeizige Agenda der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung verfolgt und eine Reihe neuer Bestimmungen und Berichtspflichten eingeführt hat (z. B. durch die Richtlinie zur Bekämpfung von Steuervermeidung

(ATAD)); ***nimmt die Ankündigung der Kommission zur Kenntnis, dass sie*** die ATAD-Richtlinie ***vor dem Hintergrund von Säule 2 bewerten und im dritten Quartal 2025 einen umfassenden Bericht über die Maßnahmen vorlegen wird***;

(ATAD)); ***fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf,*** die ATAD-Richtlinie ***zu überarbeiten***;

Or. en

Änderungsantrag 165
Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. merkt an, dass die Europäische Union in den vergangenen Jahren eine ehrgeizige Agenda der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung verfolgt und eine Reihe neuer Bestimmungen und Berichtspflichten eingeführt hat (z. B. durch die Richtlinie zur Bekämpfung von Steuervermeidung (ATAD)); nimmt die Ankündigung der Kommission zur Kenntnis, dass sie die ATAD-Richtlinie vor dem Hintergrund von Säule 2 bewerten und im dritten Quartal 2025 einen umfassenden Bericht über die Maßnahmen vorlegen wird;	13. merkt an, dass die Europäische Union in den vergangenen Jahren eine ehrgeizige Agenda der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung verfolgt und eine Reihe neuer Bestimmungen und Berichtspflichten eingeführt hat (z. B. durch die Richtlinie zur Bekämpfung von Steuervermeidung (ATAD)); nimmt die Ankündigung der Kommission zur Kenntnis, dass sie die ATAD-Richtlinie vor dem Hintergrund von Säule 2 bewerten und im dritten Quartal 2025 einen umfassenden Bericht über die Maßnahmen vorlegen wird; ***fordert, dass die ATAD-Richtlinie gestrafft wird und die Berichtspflichten verringert werden, um die Umsetzung der Richtlinie zu vereinfachen und ihre Effizienz und Wirksamkeit zu erhöhen;***

Or. en

Änderungsantrag 166
Billy Kelleher, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Ziffer 13

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
13. merkt an, dass die Europäische Union in den vergangenen Jahren eine ehrgeizige Agenda der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung verfolgt und eine Reihe neuer Bestimmungen und Berichtspflichten eingeführt hat (z. B. durch die Richtlinie zur Bekämpfung von Steuervermeidung (ATAD)); nimmt die Ankündigung der Kommission zur Kenntnis, dass sie die ATAD-Richtlinie vor dem Hintergrund von Säule 2 bewerten und im dritten Quartal 2025 einen umfassenden Bericht über die Maßnahmen vorlegen wird;	13. merkt an, dass die Europäische Union in den vergangenen Jahren eine ehrgeizige Agenda der Bekämpfung von Steuerhinterziehung und Steuervermeidung verfolgt und eine Reihe neuer Bestimmungen und Berichtspflichten eingeführt hat (z. B. durch die Richtlinie zur Bekämpfung von Steuervermeidung (ATAD)); nimmt die Ankündigung der Kommission zur Kenntnis, dass sie die ATAD-Richtlinie vor dem Hintergrund von Säule 2 bewerten und im dritten Quartal 2025 einen umfassenden Bericht über die Maßnahmen vorlegen wird; ***hebt die gewichtige Rolle hervor, die die EUStA und das OLAF bei der Ermittlung und Untersuchung von Steuerbetrug und Steuerhinterziehung gespielt haben, und betont, dass diese Stellen untereinander sowie mit den nationalen Steuerbehörden wirksam zusammenarbeiten müssen;***

Or. en

Änderungsantrag 167
Fernando Navarrete Rojas

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. nimmt die Veröffentlichung des multilateralen Übereinkommens, in dem die technischen Vorschriften für die Umsetzung des Betrags A unter Säule 1 dargelegt sind, durch die OECD im Oktober 2023 sowie die laufenden Erörterungen zur Kenntnis;	14. nimmt die Veröffentlichung des multilateralen Übereinkommens, in dem die technischen Vorschriften für die Umsetzung des Betrags A unter Säule 1 dargelegt sind, durch die OECD im Oktober 2023 sowie die laufenden Erörterungen zur Kenntnis; ***betont in diesem Zusammenhang, dass die Union von einseitigen Maßnahmen absehen muss, die über das hinausgehen, was im Rahmen der Säule 1 der OECD vereinbart werden könnte; hebt hervor, dass es wichtig ist, den Grundsatz zu***

wahren, dass Regeln auf internationalen Wirtschaftsbeziehungen beruhen müssen, um die langfristigen wirtschaftlichen Interessen der Union zu schützen, auch wenn andere Akteure von diesen gemeinsamen Rahmen abweichen;

Or. en

Änderungsantrag 168
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. ***nimmt*** die Veröffentlichung des multilateralen Übereinkommens, in dem die technischen Vorschriften für die Umsetzung des Betrags A unter Säule 1 dargelegt sind, durch die OECD im Oktober 2023 sowie die laufenden Erörterungen ***zur Kenntnis***;	14. ***begrüßt*** die Veröffentlichung des multilateralen Übereinkommens, in dem die technischen Vorschriften für die Umsetzung des Betrags A unter Säule 1 dargelegt sind, durch die OECD im Oktober 2023 sowie die laufenden Erörterungen; ***bedauert, dass die Gespräche über die Umsetzung des Betrags B unter Säule 1 ins Stocken geraten sind;***

Or. en

Änderungsantrag 169
Danuše Nerudová

Entschließungsantrag
Ziffer 14

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
14. nimmt die Veröffentlichung des multilateralen Übereinkommens, in dem die technischen Vorschriften für die Umsetzung des Betrags A unter Säule 1 dargelegt sind, durch die OECD im Oktober 2023 sowie die laufenden	14. nimmt die Veröffentlichung des multilateralen Übereinkommens, in dem die technischen Vorschriften für die Umsetzung des Betrags A unter Säule 1 dargelegt sind, durch die OECD im Oktober 2023 sowie die laufenden Erörterungen zur Kenntnis; ***fordert die***

Erörterungen zur Kenntnis;	***Kommission auf, dafür zu sorgen, dass große Technologieunternehmen die europäischen Vorschriften einhalten und zu einem fairen Wettbewerb beitragen und dass für solche Unternehmen, die in der EU tätig sind, ein angemessener Besteuerungsmechanismus gilt;***

Or. en

Änderungsantrag 170
Danuše Nerudová

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. fordert die Kommission nachdrücklich auf, ihre Arbeit an der Digitalabgabe oder einer vergleichbaren Maßnahme zur Sicherstellung einer fairen Besteuerung großer Technologieunternehmen wieder aufzunehmen, welche ferner auch als Grundlage für die Eigenmittel der Union dienen könnte; verweist in diesem Zusammenhang auf seinen Standpunkt, der in seiner Entschließung von 2023 zum Thema Eigenmittel dargelegt wurde, in der zu bedenken gegeben wurde, dass die Kommission andere Einnahmequellen großer Unternehmen, die im Binnenmarkt tätig sind, in Betracht ziehen sollte, wenn die Verhandlungen auf Ebene der OECD nicht innerhalb eines angemessenen Zeitrahmens abgeschlossen werden;

Or. en

Änderungsantrag 171
Pascal Canfin, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. begrüßt die Erklärung der Staats- und Regierungschefs anlässlich des G20-Gipfeltreffens in Rio de Janeiro und die G20-Ministererklärung von Rio de Janeiro zur internationalen Zusammenarbeit im Steuerbereich; fordert die Kommission auf, weiter auf eine internationale Zusammenarbeit im Steuerbereich hinzuarbeiten und sich unter uneingeschränkter Achtung der Steuerhoheit in kooperativer Weise dafür einzusetzen, dass eine wirksame Besteuerung von Personen mit extrem hohem Nettovermögen sichergestellt wird;

Or. en

Änderungsantrag 172
Pasquale Tridico, Jussi Saramo, Manon Aubry

Entschließungsantrag
Ziffer 14 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14a. unterstützt die Erklärungen der Kommission bezüglich der Einleitung der Arbeiten zur Schaffung einer EU-weiten Steuer auf digitale Dienstleistungen;

Or. en

Änderungsantrag 173
Pasquale Tridico, Jussi Saramo, Manon Aubry, Marc Botenga

Entschließungsantrag
Ziffer 14 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	14b. begrüßt die laufenden Entwicklungen im Zusammenhang mit

dem Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über internationale Zusammenarbeit im Steuerbereich;

Or. en

Änderungsantrag 174
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. stellt fest, dass die fragmentierte Steuerlandschaft in der EU zu Komplexität, Unsicherheit und hohen Befolgungskosten für EU-Unternehmen, insbesondere KMU, führt; betont, dass steuerliche Hindernisse für grenzüberschreitende Investitionen beseitigt werden müssen und bei der Unternehmensfinanzierung vermehrt auf Eigenkapital gesetzt werden muss; weist in diesem Zusammenhang auf den Draghi-Bericht hin, in dem hervorgehoben wird, dass Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in der Lage sein sollten, ohne komplexe Besteuerungsverfahren, die tatsächlich zu Doppelbesteuerung führen, in anderen Mitgliedstaaten Investitionen zu tätigen;	15. stellt fest, dass die fragmentierte Steuerlandschaft in der EU zu Komplexität, Unsicherheit und hohen Befolgungskosten für EU-Unternehmen, insbesondere KMU, führt; betont, dass steuerliche Hindernisse für grenzüberschreitende Investitionen beseitigt werden müssen und bei der Unternehmensfinanzierung vermehrt auf Eigenkapital gesetzt werden muss; weist in diesem Zusammenhang auf den Draghi-Bericht hin, in dem hervorgehoben wird, dass Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in der Lage sein sollten, ohne komplexe Besteuerungsverfahren, die tatsächlich zu Doppelbesteuerung führen, in anderen Mitgliedstaaten Investitionen zu tätigen; ***ist der Ansicht, dass mehr lokale Fondsverwalter benötigt werden, um die Eigenkapitalfinanzierung in der EU zu verbessern, weshalb steuerliche Hindernisse für grenzüberschreitende Investitionen beseitigt werden sollten; weist außerdem darauf hin, dass es wichtig ist, die Vorschriften für die Verrechnungspreisdokumentation zu standardisieren, indem die Schwellenwerte für die Verrechnungspreisdokumentation in der gesamten EU unter Berücksichtigung der Besonderheiten der einzelnen Mitgliedstaaten überprüft und die Anforderungen vereinfacht werden, um***

die Befolgungskosten für einfachere Transaktionen zu senken;

Or. en

Änderungsantrag 175
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. stellt fest, dass die fragmentierte Steuerlandschaft in der EU zu Komplexität, Unsicherheit und hohen Befolgungskosten für EU-Unternehmen, insbesondere KMU, führt; betont, dass steuerliche Hindernisse für grenzüberschreitende Investitionen beseitigt werden müssen und bei der Unternehmensfinanzierung ***vermehrt auf Eigenkapital gesetzt*** werden muss; weist in diesem Zusammenhang auf den Draghi-Bericht hin, in dem hervorgehoben wird, dass Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in der Lage sein sollten, ohne komplexe Besteuerungsverfahren, die tatsächlich zu Doppelbesteuerung führen, in anderen Mitgliedstaaten Investitionen zu tätigen;	15. stellt fest, dass die fragmentierte Steuerlandschaft in der EU zu Komplexität, Unsicherheit und hohen Befolgungskosten für EU-Unternehmen, insbesondere KMU, führt; betont, dass steuerliche Hindernisse für grenzüberschreitende Investitionen beseitigt werden müssen und ***die übermäßige Abhängigkeit von Fremdkapital*** bei der Unternehmensfinanzierung ***verringert*** werden muss; weist in diesem Zusammenhang auf den Draghi-Bericht hin, in dem hervorgehoben wird, dass Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in der Lage sein sollten, ohne komplexe Besteuerungsverfahren, die tatsächlich zu Doppelbesteuerung führen, in anderen Mitgliedstaaten Investitionen zu tätigen; ***betont in diesem Zusammenhang, dass die Quellensteuerverfahren und -sätze in der Union, wie im Draghi-Bericht empfohlen wurde, weiter harmonisiert werden müssen; begrüßt die kürzlich angenommene FASTER-Richtlinie; erinnert an die in dem Bericht des Europäischen Parlaments über einen Rahmen für die Quellenbesteuerung formulierten Empfehlungen; fordert die Kommission auf, einen Vorschlag für einen Mindestquellensteuersatz in der Europäischen Union vorzulegen;***

Or. en

Änderungsantrag 176
Roberts Zīle

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. stellt fest, dass die fragmentierte Steuerlandschaft in der EU zu Komplexität, Unsicherheit und hohen Befolgungskosten für EU-Unternehmen, insbesondere KMU, führt; betont, dass steuerliche Hindernisse für grenzüberschreitende Investitionen beseitigt werden müssen und bei der Unternehmensfinanzierung vermehrt auf Eigenkapital gesetzt werden muss; weist in diesem Zusammenhang auf den Draghi-Bericht hin, in dem hervorgehoben wird, dass Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in der Lage sein sollten, ohne komplexe Besteuerungsverfahren, die tatsächlich zu Doppelbesteuerung führen, in anderen Mitgliedstaaten Investitionen zu tätigen;	15. stellt fest, dass die fragmentierte Steuerlandschaft in der EU zu Komplexität, Unsicherheit und hohen Befolgungskosten für EU-Unternehmen, insbesondere KMU, führt; betont, dass steuerliche Hindernisse für grenzüberschreitende Investitionen beseitigt werden müssen und bei der Unternehmensfinanzierung vermehrt auf Eigenkapital gesetzt werden muss; weist in diesem Zusammenhang auf den Draghi-Bericht hin, in dem hervorgehoben wird, dass Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in der Lage sein sollten, ohne komplexe Besteuerungsverfahren, die tatsächlich zu Doppelbesteuerung führen, in anderen Mitgliedstaaten Investitionen zu tätigen***, wobei es gleichzeitig Forderungen in anderen Bereichen zu beachten gilt, in denen die EU etwas zurücktreten, das Subsidiaritätsprinzip strikter anwenden und den regulatorischen Aufwand für EU-Unternehmen verringern sollte***[15a];

[15a] Draghi-Bericht, S. 8. https://commission.europa.eu/document/download/97e481fd-2dc3-412d-be4c-f152a8232961_en?filename=The%20future%20of%20European%20competitiveness%20_%20A%20competitiveness%20strategy%20for%20Europe.pdf.

Or. en

Änderungsantrag 177
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. stellt fest, dass die fragmentierte Steuerlandschaft in der EU zu Komplexität, Unsicherheit und hohen Befolgungskosten für EU-Unternehmen, insbesondere KMU, führt; betont, dass steuerliche Hindernisse für grenzüberschreitende Investitionen beseitigt werden müssen und bei der Unternehmensfinanzierung vermehrt auf Eigenkapital gesetzt werden muss; weist in diesem Zusammenhang auf den Draghi-Bericht hin, in dem hervorgehoben wird, dass Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in der Lage sein sollten, ohne komplexe Besteuerungsverfahren, die tatsächlich zu Doppelbesteuerung führen, in anderen Mitgliedstaaten Investitionen zu tätigen;	15. stellt fest, dass die fragmentierte Steuerlandschaft in der EU zu Komplexität, Unsicherheit und hohen Befolgungskosten für EU-Unternehmen, insbesondere KMU, führt; betont, dass steuerliche Hindernisse für grenzüberschreitende Investitionen beseitigt werden müssen und bei der Unternehmensfinanzierung vermehrt auf Eigenkapital gesetzt werden muss; weist in diesem Zusammenhang auf den Draghi-Bericht hin, in dem hervorgehoben wird, dass Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in der Lage sein sollten, ohne komplexe Besteuerungsverfahren, die tatsächlich zu Doppelbesteuerung führen, in anderen Mitgliedstaaten Investitionen zu tätigen; ***fordert die Kommission auf, Maßnahmen zur Verringerung der Fragmentierung und Komplexität der Steuersysteme vorzuschlagen, wobei es die Zuständigkeit der Mitgliedstaaten für die Festlegung ihrer nationalen Steuersysteme zu achten gilt;***

Or. en

Änderungsantrag 178
Sirpa Pietikäinen

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. stellt fest, dass die fragmentierte Steuerlandschaft in der EU zu Komplexität, Unsicherheit und hohen Befolgungskosten für EU-Unternehmen,	15. stellt fest, dass die fragmentierte Steuerlandschaft in der EU zu Komplexität, Unsicherheit und hohen Befolgungskosten für EU-Unternehmen,

insbesondere KMU, führt; betont, dass steuerliche Hindernisse für grenzüberschreitende Investitionen beseitigt werden müssen und bei der Unternehmensfinanzierung vermehrt auf Eigenkapital gesetzt werden muss; weist in diesem Zusammenhang auf den Draghi-Bericht hin, in dem hervorgehoben wird, dass Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in der Lage sein sollten, ohne komplexe Besteuerungsverfahren, die tatsächlich zu Doppelbesteuerung führen, in anderen Mitgliedstaaten Investitionen zu tätigen;	insbesondere KMU, führt; ***spricht sich für die Annahme der gemeinsamen konsolidierten Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage aus, mit der die Berechnungsmethode für die Körperschaftsteuer harmonisiert würde;*** betont, dass steuerliche Hindernisse für grenzüberschreitende Investitionen beseitigt werden müssen und bei der Unternehmensfinanzierung vermehrt auf Eigenkapital gesetzt werden muss; weist in diesem Zusammenhang auf den Draghi-Bericht hin, in dem hervorgehoben wird, dass Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in der Lage sein sollten, ohne komplexe Besteuerungsverfahren, die tatsächlich zu Doppelbesteuerung führen, in anderen Mitgliedstaaten Investitionen zu tätigen;

Or. en

Änderungsantrag 179
Pascal Canfin, Billy Kelleher, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. stellt fest, dass die fragmentierte Steuerlandschaft in der EU zu Komplexität, Unsicherheit und hohen Befolgungskosten für EU-Unternehmen, insbesondere KMU, führt; betont, dass steuerliche Hindernisse für grenzüberschreitende Investitionen beseitigt werden müssen und bei der Unternehmensfinanzierung vermehrt auf Eigenkapital gesetzt werden muss; weist in diesem Zusammenhang auf den Draghi-Bericht hin, in dem hervorgehoben wird, dass Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in der Lage sein sollten, ohne komplexe Besteuerungsverfahren, die tatsächlich zu Doppelbesteuerung führen, in anderen Mitgliedstaaten Investitionen zu tätigen;	15. stellt fest, dass die fragmentierte Steuerlandschaft in der EU zu Komplexität, Unsicherheit und hohen Befolgungskosten für EU-Unternehmen, insbesondere KMU, führt***, und fordert die Kommission auf, diese Kosten in ihrem Vorschlag für einen 28. Rechtsrahmen zu berücksichtigen***; betont, dass steuerliche Hindernisse für grenzüberschreitende Investitionen beseitigt werden müssen und bei der Unternehmensfinanzierung vermehrt auf Eigenkapital gesetzt werden muss; weist in diesem Zusammenhang auf den Draghi-Bericht hin, in dem hervorgehoben wird, dass Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in der Lage sein sollten, ohne komplexe Besteuerungsverfahren, die tatsächlich zu

Doppelbesteuerung führen, in anderen Mitgliedstaaten Investitionen zu tätigen;

Or. en

Änderungsantrag 180
Pierre Pimpie, Enikő Győri, Jorge Martín Frías

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. stellt fest, dass die fragmentierte Steuerlandschaft in der EU zu Komplexität, Unsicherheit und hohen Befolgungskosten für EU-Unternehmen, insbesondere KMU, führt; betont, dass steuerliche Hindernisse für grenzüberschreitende Investitionen beseitigt werden müssen ***und bei der Unternehmensfinanzierung vermehrt auf Eigenkapital gesetzt werden muss***; weist in diesem Zusammenhang auf den Draghi-Bericht hin, in dem hervorgehoben wird, dass Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in der Lage sein sollten, ohne komplexe Besteuerungsverfahren, die tatsächlich zu Doppelbesteuerung führen, in anderen Mitgliedstaaten Investitionen zu tätigen;	15. stellt fest, dass die fragmentierte Steuerlandschaft in der EU zu Komplexität, Unsicherheit und hohen Befolgungskosten für EU-Unternehmen, insbesondere KMU, führt; betont, dass steuerliche Hindernisse für grenzüberschreitende Investitionen beseitigt werden müssen***, gleichzeitig aber die Autonomie der Mitgliedstaaten bei der Gestaltung von Steueranreizen gemäß ihren nationalen Prioritäten gewahrt werden muss***; weist in diesem Zusammenhang auf den Draghi-Bericht hin, in dem hervorgehoben wird, dass Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in der Lage sein sollten, ohne komplexe Besteuerungsverfahren, die tatsächlich zu Doppelbesteuerung führen, in anderen Mitgliedstaaten Investitionen zu tätigen;

Or. en

Änderungsantrag 181
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. stellt fest, dass die fragmentierte Steuerlandschaft in der EU zu	15. stellt fest, dass die fragmentierte ***und uneinheitliche*** Steuerlandschaft in der

Komplexität, Unsicherheit und hohen Befolgungskosten für EU-Unternehmen, insbesondere KMU, führt; betont, dass steuerliche Hindernisse für grenzüberschreitende Investitionen beseitigt werden müssen und bei der Unternehmensfinanzierung vermehrt auf Eigenkapital gesetzt werden muss; weist in diesem Zusammenhang auf den Draghi-Bericht hin, in dem hervorgehoben wird, dass Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in der Lage sein sollten, ohne komplexe Besteuerungsverfahren, die tatsächlich zu Doppelbesteuerung führen, in anderen Mitgliedstaaten Investitionen zu tätigen;	EU zu Komplexität, Unsicherheit und hohen Befolgungskosten für EU-Unternehmen, insbesondere KMU, führt; betont, dass steuerliche Hindernisse für grenzüberschreitende Investitionen beseitigt werden müssen und bei der Unternehmensfinanzierung vermehrt auf Eigenkapital gesetzt werden muss; weist in diesem Zusammenhang auf den Draghi-Bericht hin, in dem hervorgehoben wird, dass Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in der Lage sein sollten, ohne komplexe Besteuerungsverfahren, die tatsächlich zu Doppelbesteuerung führen, in anderen Mitgliedstaaten Investitionen zu tätigen;

Or. en

Änderungsantrag 182
Fernand Kartheiser

Entschließungsantrag
Ziffer 15

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
15. stellt fest, dass die ***fragmentierte*** Steuerlandschaft in der ***EU*** zu ***Komplexität,*** Unsicherheit und hohen Befolgungskosten für EU-Unternehmen, insbesondere KMU, führt; betont, dass steuerliche Hindernisse für grenzüberschreitende Investitionen beseitigt werden müssen und bei der Unternehmensfinanzierung vermehrt auf Eigenkapital gesetzt werden muss; weist in diesem Zusammenhang auf den Draghi-Bericht hin, in dem hervorgehoben wird, dass Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in der Lage sein sollten, ohne komplexe Besteuerungsverfahren, die tatsächlich zu Doppelbesteuerung führen, in anderen Mitgliedstaaten Investitionen zu tätigen;	15. stellt fest, dass die ***komplexe*** Steuerlandschaft in der ***Europäischen Union*** zu Unsicherheit und hohen Befolgungskosten für EU-Unternehmen, insbesondere KMU, führt; betont, dass steuerliche Hindernisse für grenzüberschreitende Investitionen beseitigt werden müssen und bei der Unternehmensfinanzierung vermehrt auf Eigenkapital gesetzt werden muss; weist in diesem Zusammenhang auf den Draghi-Bericht hin, in dem hervorgehoben wird, dass Unionsbürgerinnen und Unionsbürger in der Lage sein sollten, ohne komplexe Besteuerungsverfahren, die tatsächlich zu Doppelbesteuerung führen, in anderen Mitgliedstaaten Investitionen zu tätigen;

Or. en

Änderungsantrag 183
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. bedauert, dass der Kompass der Kommission für Wettbewerbsfähigkeit keine konkreten Leitlinien dazu umfasst, wie steuerliche Hindernisse für grenzüberschreitende Investitionen beseitigt werden können; fordert die Kommission auf, gezielte Studien durchzuführen und in diesem Zusammenhang die wirtschaftlichen und wettbewerbsbezogenen Auswirkungen der Fragmentierung zu bewerten, wobei schwerpunktmäßig die am stärksten betroffenen Sektoren ermittelt und konkrete Maßnahmen zur Vereinfachung der Steuersysteme und zur Stärkung des gegenseitigen Vertrauens zwischen den Mitgliedstaaten vorgeschlagen werden sollten, wodurch insbesondere KMU unterstützt werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 184
Fernando Navarrete Rojas

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. fordert die Schaffung eines verbindlichen Statuts für Steuerzahler, um die Rechte der Steuerzahler in der gesamten EU förmlich anzuerkennen und zu schützen, damit eine faire Behandlung, Transparenz sowie ein einheitlicher Schutz im Binnenmarkt sichergestellt werden; bedauert, dass die Kommission die geplante Mitteilung über die Rechte

der Bürger als Steuerzahler, die in ihrem Aktionsplan für 2021 angekündigt wurde, nicht vorzulegen gedenkt;

Or. en

Änderungsantrag 185
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. begrüßt den kürzlich vereinbarten FASTER-Vorschlag zur Quellenbesteuerung als wichtigen ersten Schritt zur Modernisierung und Straffung der grenzüberschreitenden Steuerverfahren innerhalb der EU; weist jedoch darauf hin, dass Untersuchungen enorme Unterschiede bei der Erhebung von Quellensteuern in den Mitgliedstaaten aufgezeigt haben – die Sätze variieren zwischen 0 % und 35 % – und dass die Quellensteuersätze in bilateralen Steuerabkommen häufig unter den Standardsätzen liegen[1a]; betont, dass eine weitere Harmonisierung erforderlich ist, um für gleiche Wettbewerbsbedingungen zu sorgen, die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und die öffentlichen Einnahmen zu sichern;

[1a] Lejour, A., & van't Riet, M. (2020). „A Common Withholding Tax on Dividend, Interest and Royalties in the European Union“ (Eine gemeinsame Quellensteuer auf Dividenden, Zinsen und Lizenzgebühren in der Europäischen Union).

Or. en

Änderungsantrag 186
Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. fordert die Kommission auf, einen klar formulierten Vorschlag für die Schaffung eines wirklich EU-weiten Spar- und Anlageprodukts vorzulegen, das allen EU-Bürgern zugänglich wäre und dazu beitragen würde, Sparer zu Anlegern zu machen, um Kleinanlagen zu fördern, für mehr Wohlstand zu sorgen und die europäischen Kapitalmärkte weiter zu stärken; fordert die Mitgliedstaaten auf, zu prüfen, wie auch im Bereich der Besteuerung für ein koordiniertes Vorgehen gesorgt werden kann, um Anreize für die Schaffung eines solchen Produkts zu schaffen, das einer eigenen Anlagestrategie im besten Interesse der Anleger folgen würde; bekräftigt jedoch, dass die Besteuerung nach wie vor ein wichtiger Zuständigkeitsbereich der Mitgliedstaaten ist und dem Grundsatz der Einstimmigkeit unterliegt;

Or. en

Änderungsantrag 187
Markus Ferber

Entschließungsantrag
Ziffer 15 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15a. fordert die Kommission auf, eine Übersicht über die derzeit im Steuerbereich bestehenden Hindernisse für die Integration des Binnenmarkts bereitzustellen und einen Aktionsplan zu

deren Beseitigung vorzulegen;

Or. en

Änderungsantrag 188
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 15 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15b. fordert Leitprinzipien in Bezug auf die Rechte der Steuerzahler, damit fortbestehende steuerliche Hindernisse im Binnenmarkt ermittelt und bewährte Verfahren aus der gesamten EU empfohlen werden können, um den Steuerzahlern eine bessere Erfahrung zu bieten; nimmt zur Kenntnis, dass die Kommission die geplante Mitteilung über die Rechte der Bürger als Steuerzahler, die in ihrem Aktionsplan für 2021 angekündigt wurde, nicht vorzulegen gedenkt;

Or. en

Änderungsantrag 189
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 15 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15b. merkt an, dass die Schaffung eines gemeinsamen und standardisierten Rahmens für die Quellenbesteuerung von zentraler Bedeutung dafür ist, für weniger Komplexität zu sorgen, die Rechtssicherheit für Anleger zu erhöhen, die Praxis des „Treaty Shopping“ einzudämmen, den Verwaltungsaufwand zu verringern und sicherzustellen, dass

sämtliche in der EU generierten Dividenden, Zinsen, Kapitalerträge, Lizenzgebühren, Zahlungen für professionelle Dienstleistungen und sonstigen einschlägigen Zahlungen im Rahmen von Verträgen mit einem effektiven Mindestsatz besteuert werden;

Or. en

Änderungsantrag 190
Markus Ferber

Entschließungsantrag
Ziffer 15 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15b. weist darauf hin, dass eine Reform der Steuerpolitik auch mit Blick auf eine weitere Integration der europäischen Kapitalmärkte im Rahmen der Spar- und Investitionsunion förderlich sein könnte; hebt insbesondere die Bedeutung von Quellensteuern für die Förderung grenzüberschreitender Investitionen hervor; fordert die Kommission auf, aufbauend auf der FASTER-Initiative auf eine vereinfachte, digitalisierte und beschleunigte Quellensteuererleichterung, insbesondere für Kleinanleger, hinzuarbeiten;

Or. en

Änderungsantrag 191
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 15 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15c. begrüßt die Mitteilung der Kommission zur Spar- und

Investitionsunion und insbesondere die Absicht, die zwischen den einzelstaatlichen Besteuerungsverfahren bestehenden Unterschiede, die Verwaltungsaufwand und Hindernisse für grenzüberschreitende Investitionen verursachen, zu beseitigen und die diesbezüglichen Maßnahmen der Mitgliedstaaten zu unterstützen;

Or. en

Änderungsantrag 192
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 15 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	15d. betont jedoch, dass sowohl hinsichtlich der Berechnung der Bemessungsgrundlage als auch hinsichtlich der auf Kapitalerträge angewandten Steuersätze – bei denen die Spanne von 42 % bis 0 % reicht – erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedstaat bestehen, was zu Verzerrungen und einem begünstigenden Umfeld für schädlichen Steuerwettbewerb und eine aggressive Steuerplanung der wohlhabendsten Akteure führt[1d]; stellt ferner fest, dass Länder Kapitalerträge häufig steuerlich günstiger behandeln als Lohneinkommen, was grundsätzlich Personen mit hohem Einkommen zugutekommt, die einen größeren Teil ihrer Einkünfte durch Kapitalerträge erzielen; betont, dass Unterschiede bei der steuerlichen Behandlung und bei der Vorgehensweise in Bezug auf Kapitalerträge angesichts der Komplexität, der Risiken im Zusammenhang mit Rechtsstreitigkeiten, der Rechtsunsicherheit und der gezielten Missbrauchsbekämpfungsklauseln der Mitgliedstaaten auch

grenzüberschreitende Investitionen behindern; fordert die Kommission auf, Maßnahmen zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für die Besteuerung von Kapitalerträgen in der EU zu ergreifen, der auch eine effektive Mindestbesteuerung von Kapitalerträgen vorsehen sollte;

---

*[1d] **OECD-Kurzdossier „The taxation of labour vs capital income: a focus on high earners“ (Die Besteuerung von Löhnen und Kapitalerträgen – Fokus auf Gutverdiener), August 2023.***

Or. en

Änderungsantrag 193
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 6

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
Bekämpfung von Steuerhinterziehung und aggressiver Steuerplanung	Bekämpfung von Steuerhinterziehung***,*** ***Steuervermeidung*** und aggressiver Steuerplanung

Or. en

Änderungsantrag 194
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer -16 (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	-16. bedauert, dass die Gewinnverlagerung in Niedrigsteuergebiete bei großen multinationalen Unternehmen trotz der in den letzten zehn Jahren ergriffenen

regulatorischen Maßnahmen nach wie vor weit verbreitet ist und kaum Anzeichen für eine rückläufige Tendenz zu beobachten sind[1a]; weist darauf hin, dass es wichtig ist, im Zuge der Umsetzung der zweiten Säule neue Formen des schädlichen Steuerwettbewerbs zu überwachen, die sich insbesondere infolge von in dem Rahmen vorgesehenen Bestimmungen für Ausnahmeregelungen und die Behandlung von Steuergutschriften entwickeln können[2a];

[1a] EU-Steuerbeobachtungsstelle, „Global Tax Evasion Report 2024“ (Globaler Bericht über die Steuerhinterziehung), S. 36.

[2a] EU-Steuerbeobachtungsstelle, „Global Tax Evasion Report 2024“ (Globaler Bericht über die Steuerhinterziehung), S. 52–54..

Or. en

Änderungsantrag 195
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. verpflichtet sich, im Interesse eines fairen Europas aggressive Steuerplanung zu bekämpfen und dabei der besonderen Situation und den besonderen Interessen von KMU und Haushalten mit geringerem oder mittlerem Einkommen Rechnung zu tragen; erkennt an, dass aggressive Steuerplanung erhebliche Auswirkungen auf die Einnahmen haben, die Wettbewerbsbedingungen für die Wirtschaftsakteure beeinträchtigen und die Steuermoral zu untergraben drohen; fordert	16. verpflichtet sich, im Interesse eines fairen Europas aggressive Steuerplanung zu bekämpfen und dabei der besonderen Situation und den besonderen Interessen von KMU und Haushalten mit geringerem oder mittlerem Einkommen Rechnung zu tragen; erkennt an, dass aggressive Steuerplanung erhebliche Auswirkungen auf die Einnahmen haben, die Wettbewerbsbedingungen für die Wirtschaftsakteure beeinträchtigen und die Steuermoral zu untergraben drohen; fordert

die Kommission nachdrücklich auf, für eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung aggressiver Steuerplanung zu sorgen, insbesondere durch einen verstärkten Informationsaustausch, koordinierte Prüfungen und eine bessere Durchsetzung von Vorschriften;	die Kommission nachdrücklich auf, für eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung aggressiver Steuerplanung zu sorgen, insbesondere durch einen verstärkten Informationsaustausch, koordinierte Prüfungen und eine bessere Durchsetzung von Vorschriften; ***weist auf die vom Europäischen Parlament in seinem Umsetzungsbericht angenommenen Empfehlungen über EU-Anforderungen für den Austausch von Steuerinformationen hin[22a];***
	[22a] https://www.europarl.europa.eu/doceo/document/A-9-2021-0193_EN.html

Or. en

Änderungsantrag 196
Regina Doherty

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. verpflichtet sich, im Interesse eines fairen Europas aggressive Steuerplanung zu bekämpfen und dabei der besonderen Situation und den besonderen Interessen von KMU und Haushalten mit geringerem oder mittlerem Einkommen Rechnung zu tragen; erkennt an, dass aggressive Steuerplanung erhebliche Auswirkungen auf die Einnahmen haben, die Wettbewerbsbedingungen für die Wirtschaftsakteure beeinträchtigen und die Steuermoral zu untergraben drohen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, für eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung aggressiver Steuerplanung zu sorgen, insbesondere durch einen verstärkten Informationsaustausch, koordinierte	16. verpflichtet sich, im Interesse eines fairen Europas aggressive Steuerplanung zu bekämpfen und dabei der besonderen Situation und den besonderen Interessen von KMU und Haushalten mit geringerem oder mittlerem Einkommen Rechnung zu tragen; erkennt an, dass aggressive Steuerplanung erhebliche Auswirkungen auf die Einnahmen haben, die Wettbewerbsbedingungen für die Wirtschaftsakteure beeinträchtigen und die Steuermoral zu untergraben drohen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, für eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung aggressiver Steuerplanung zu sorgen, insbesondere durch einen verstärkten Informationsaustausch, koordinierte

Prüfungen und eine bessere Durchsetzung von Vorschriften;	Prüfungen und eine bessere Durchsetzung von Vorschriften; ***betont, dass eine zunehmende Komplexität von Steuersystemen zu widersinnigen Anreizen für aggressive Steuerplanung und Steuerhinterziehung führen kann, die intransparent sein können;***

Or. en

Änderungsantrag 197
Markus Ferber

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. verpflichtet sich, im Interesse eines fairen Europas aggressive Steuerplanung zu bekämpfen und dabei der besonderen Situation und den besonderen Interessen von KMU und Haushalten mit geringerem oder mittlerem Einkommen Rechnung zu tragen; erkennt an, dass aggressive Steuerplanung erhebliche Auswirkungen auf die Einnahmen haben, die Wettbewerbsbedingungen für die Wirtschaftsakteure beeinträchtigen und die Steuermoral zu untergraben drohen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, für eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung aggressiver Steuerplanung zu sorgen, insbesondere durch einen verstärkten Informationsaustausch, koordinierte Prüfungen und eine bessere Durchsetzung von Vorschriften;	16. verpflichtet sich, im Interesse eines fairen Europas aggressive Steuerplanung zu bekämpfen und dabei der besonderen Situation und den besonderen Interessen von KMU und Haushalten mit geringerem oder mittlerem Einkommen Rechnung zu tragen; erkennt an, dass aggressive Steuerplanung erhebliche Auswirkungen auf die Einnahmen haben, die Wettbewerbsbedingungen für die Wirtschaftsakteure beeinträchtigen und die Steuermoral zu untergraben drohen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, für eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung aggressiver Steuerplanung zu sorgen, insbesondere durch einen verstärkten Informationsaustausch, koordinierte Prüfungen und eine bessere Durchsetzung von Vorschriften; ***fordert die Mitgliedstaaten und die Kommission auf, bei der Bekämpfung aggressiver Steuerplanung einen risikobasierten und verhältnismäßigen Ansatz anzuwenden;***

Or. en

Änderungsantrag 198
Kinga Kollár

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. verpflichtet sich, im Interesse eines fairen Europas aggressive Steuerplanung zu bekämpfen und dabei der besonderen Situation und den besonderen Interessen von KMU und Haushalten mit geringerem oder mittlerem Einkommen Rechnung zu tragen; erkennt an, dass aggressive Steuerplanung erhebliche Auswirkungen auf die Einnahmen haben, die Wettbewerbsbedingungen für die Wirtschaftsakteure beeinträchtigen und die Steuermoral zu untergraben drohen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, für eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung aggressiver Steuerplanung zu sorgen, insbesondere durch einen verstärkten Informationsaustausch, koordinierte Prüfungen und eine bessere Durchsetzung von Vorschriften;	16. verpflichtet sich, im Interesse eines fairen Europas aggressive Steuerplanung zu bekämpfen und dabei der besonderen Situation und den besonderen Interessen von KMU und Haushalten mit geringerem oder mittlerem Einkommen Rechnung zu tragen; erkennt an, dass aggressive Steuerplanung erhebliche Auswirkungen auf die Einnahmen haben, die Wettbewerbsbedingungen für die Wirtschaftsakteure beeinträchtigen und die Steuermoral zu untergraben drohen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, für eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung aggressiver Steuerplanung zu sorgen, insbesondere durch einen verstärkten Informationsaustausch, koordinierte Prüfungen und eine bessere Durchsetzung von Vorschriften; ***fordert die Kommission auf, die Möglichkeit und den Nutzen einer EU-weiten Definition des Steuergeheimnisse zu prüfen;***

Or. en

Änderungsantrag 199
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. verpflichtet sich, im Interesse ***eines*** fairen ***Europas*** aggressive Steuerplanung zu bekämpfen und dabei der besonderen Situation und den besonderen Interessen von KMU und Haushalten mit geringerem	16. verpflichtet sich, im Interesse ***einer*** fairen ***europäischen Wirtschaft*** aggressive Steuerplanung ***sowohl durch Unternehmen als auch durch Einzelpersonen*** zu bekämpfen und dabei

oder mittlerem Einkommen Rechnung zu tragen; erkennt an, dass aggressive Steuerplanung erhebliche Auswirkungen auf die Einnahmen ***haben***, die Wettbewerbsbedingungen für die Wirtschaftsakteure ***beeinträchtigen und*** die Steuermoral zu untergraben ***drohen***; fordert die Kommission nachdrücklich auf, für eine bessere Zusammenarbeit ***zwischen den Mitgliedstaaten*** bei der Bekämpfung aggressiver Steuerplanung zu sorgen, insbesondere durch einen verstärkten Informationsaustausch, koordinierte Prüfungen und eine bessere Durchsetzung von Vorschriften;	der besonderen Situation und den besonderen Interessen von KMU und Haushalten mit geringerem oder mittlerem Einkommen Rechnung zu tragen; erkennt an, dass aggressive Steuerplanung erhebliche Auswirkungen auf die Einnahmen ***hat***, die Wettbewerbsbedingungen für die Wirtschaftsakteure ***beeinträchtigt,*** die Steuermoral zu untergraben ***droht und die Steuerbemessungsgrundlage der Mitgliedstaaten aushöhlt***; fordert die Kommission ***und die Mitgliedstaaten*** nachdrücklich auf, für eine bessere Zusammenarbeit bei der Bekämpfung aggressiver Steuerplanung zu sorgen, insbesondere durch einen verstärkten Informationsaustausch, koordinierte Prüfungen und eine bessere Durchsetzung von Vorschriften;

Or. en

Änderungsantrag 200
Pierre Pimpie, Enikő Győri, Jorge Martín Frías, Tomáš Kubín

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. verpflichtet sich, ***im Interesse eines fairen Europas aggressive Steuerplanung zu bekämpfen und*** dabei der besonderen Situation und den besonderen Interessen von KMU und Haushalten mit geringerem oder mittlerem Einkommen Rechnung zu tragen; ***erkennt an, dass aggressive Steuerplanung erhebliche Auswirkungen auf die Einnahmen haben, die Wettbewerbsbedingungen für die Wirtschaftsakteure beeinträchtigen und die Steuermoral zu untergraben drohen;*** fordert die Kommission ***nachdrücklich*** auf, ***für eine bessere*** Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten ***bei*** der ***Bekämpfung aggressiver Steuerplanung***	16. verpflichtet sich, ***Steuerbetrug und missbräuchliche Steuerpraktiken, die den Wettbewerb verzerren und die öffentlichen Einnahmen untergraben, zu bekämpfen*** und ***gleichzeitig die legitime Nutzung der nationalen Steuerpolitik als Instrumente für die wirtschaftliche Attraktivität*** zu ***wahren***; ***verpflichtet sich***, dabei der besonderen Situation und den besonderen Interessen von KMU und Haushalten mit geringerem oder mittlerem Einkommen Rechnung zu tragen; ***weist darauf hin, dass bei der Bekämpfung von Steuermissbrauch klar zwischen rechtswidrigen Praktiken und legalen Strategien zur Steueroptimierung***

zu sorgen, insbesondere durch einen verstärkten Informationsaustausch, koordinierte Prüfungen und ***eine bessere Durchsetzung von Vorschriften***;

unterschieden werden muss; fordert die Kommission auf, ***die freiwillige*** Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten ***auf*** der ***Grundlage von gegenseitigem Vertrauen*** und ***erhöhter Transparenz zu unterstützen***;

Or. en

Änderungsantrag 201
Sirpa Pietikäinen

Entschließungsantrag
Ziffer 16

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
16. verpflichtet sich, im Interesse eines fairen Europas aggressive Steuerplanung zu bekämpfen und dabei der besonderen Situation und den besonderen Interessen von KMU und Haushalten mit geringerem oder mittlerem Einkommen Rechnung zu tragen; erkennt an, dass aggressive Steuerplanung erhebliche Auswirkungen auf die Einnahmen haben, die Wettbewerbsbedingungen für die Wirtschaftsakteure beeinträchtigen und die Steuermoral zu untergraben drohen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, für eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung aggressiver Steuerplanung zu sorgen, insbesondere durch einen ***verstärkten*** Informationsaustausch, koordinierte Prüfungen und eine bessere Durchsetzung von Vorschriften;	16. verpflichtet sich, im Interesse eines fairen Europas aggressive Steuerplanung zu bekämpfen und dabei der besonderen Situation und den besonderen Interessen von KMU und Haushalten mit geringerem oder mittlerem Einkommen Rechnung zu tragen; erkennt an, dass aggressive Steuerplanung erhebliche Auswirkungen auf die Einnahmen haben, die Wettbewerbsbedingungen für die Wirtschaftsakteure beeinträchtigen und die Steuermoral zu untergraben drohen; fordert die Kommission nachdrücklich auf, für eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedstaaten bei der Bekämpfung aggressiver Steuerplanung zu sorgen, insbesondere durch einen ***automatischen*** Informationsaustausch, koordinierte Prüfungen und eine bessere Durchsetzung von Vorschriften;

Or. en

Änderungsantrag 202
Pasquale Tridico, Jussi Saramo, Manon Aubry

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. merkt an, dass die Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden (DAC) zur Verringerung von Steuerhinterziehung und zur Erhöhung der Transparenz beiträgt***, und hebt gleichzeitig die damit einhergehende Komplexität und Verwaltungslast hervor, insbesondere im Rahmen der DAC 6***;	17. merkt an, dass die Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden (DAC) zur Verringerung von Steuerhinterziehung und zur Erhöhung der Transparenz beiträgt;

Or. en

Änderungsantrag 203
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. merkt an, dass die Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden (DAC) zur Verringerung von Steuerhinterziehung und zur Erhöhung der Transparenz beiträgt, und hebt gleichzeitig die damit einhergehende Komplexität und Verwaltungslast hervor, insbesondere im Rahmen der DAC 6;	17. merkt an, dass die Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden (DAC) zur Verringerung von Steuerhinterziehung und zur Erhöhung der Transparenz beiträgt, und hebt gleichzeitig die damit einhergehende Komplexität und Verwaltungslast hervor, insbesondere im Rahmen der DAC 6; ***fordert die Kommission auf, die Leitlinien zu stärken, die Risikoanalyse zu verbessern und Technologien für eine bessere Datenerhebung zu nutzen; betont, dass eine Neubewertung der DAC 6 dringend erforderlich ist, um die Steuertransparenz wirksam zu fördern und aggressive Steuerplanung zu verhindern und gleichzeitig unverhältnismäßige Kosten und Verwaltungsaufwand für Intermediäre, Steuerzahler, Steuerbehörden und insbesondere für KMU zu vermeiden; stellt fest, dass bei der Neubewertung die Einführung von Schwellenwerten in Betracht gezogen***

werden sollte, damit KMU nicht unverhältnismäßig von unnötigen Berichtspflichten betroffen sind und bestimmte wirtschaftlich ineffiziente Kennzeichen überprüft werden; stellt in diesem Zusammenhang fest, dass die DAC 6 aufgehoben werden sollte, wenn sie keinen klaren und wertvollen Zweck hat; schlägt für die Umsetzung eines Überprüfungsmechanismus der DAC 7 vor, zu prüfen, ob der Informationsaustausch durch die Einführung einer Echtzeitberichterstattung im Rahmen der Mehrwertsteuer im digitalen Zeitalter verringert werden kann;

Or. en

Änderungsantrag 204
Dirk Gotink

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. merkt an, dass die Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden (DAC) zur Verringerung von Steuerhinterziehung und zur Erhöhung der Transparenz beiträgt, und hebt gleichzeitig die damit einhergehende Komplexität und Verwaltungslast hervor, insbesondere im Rahmen der DAC 6;	17. ***betont, dass die (legale und illegale) Steuerhinterziehung durch wohlhabende Einzelpersonen und Einrichtungen in der Union bekämpft werden sollte;*** merkt an, dass die Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden (DAC) zur Verringerung von Steuerhinterziehung und zur Erhöhung der Transparenz beiträgt, und hebt gleichzeitig die damit einhergehende Komplexität und Verwaltungslast hervor, insbesondere im Rahmen der DAC 6;

Or. en

Änderungsantrag 205
Danuše Nerudová

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. merkt an, dass die Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden (DAC) zur Verringerung von Steuerhinterziehung und zur Erhöhung der Transparenz beiträgt, und hebt gleichzeitig die damit einhergehende Komplexität und Verwaltungslast hervor, insbesondere im Rahmen der DAC 6;	17. merkt an, dass die Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden (DAC) zur Verringerung von Steuerhinterziehung und zur Erhöhung der Transparenz beiträgt, und hebt gleichzeitig die damit einhergehende Komplexität und Verwaltungslast hervor, insbesondere im Rahmen der DAC 6; ***fordert die Kommission auf, eine Prüfung der Wettbewerbsfähigkeit der Befolgungskosten im Rahmen dieser Richtlinie durchzuführen;***

Or. en

Änderungsantrag 206
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. merkt an, dass die Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden (DAC) zur Verringerung von Steuerhinterziehung und zur Erhöhung der Transparenz beiträgt, und hebt gleichzeitig die ***damit einhergehende Komplexität*** und ***Verwaltungslast hervor***, ***insbesondere*** im Rahmen der DAC 6;	17. merkt an, dass die Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden (DAC) zur Verringerung von Steuerhinterziehung und ***Steuervermeidung und*** zur Erhöhung der Transparenz beiträgt, und hebt gleichzeitig die ***Notwendigkeit hervor, den Austausch weiter auszudehnen*** und ***die Vorschriften dort zu straffen***, ***wo dies erforderlich ist, wie z. B. bei den Meldepflichten*** im Rahmen der DAC 6;

Or. en

Änderungsantrag 207

Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 17

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
17. ***merkt an***, ***dass*** die Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden (DAC) ***zur*** Verringerung von Steuerhinterziehung und ***zur*** Erhöhung der Transparenz ***beiträgt***, und hebt gleichzeitig die damit einhergehende Komplexität und Verwaltungslast hervor, insbesondere im Rahmen der DAC 6;	17. ***betont***, ***wie wichtig*** die Richtlinie über die Zusammenarbeit der Verwaltungsbehörden (DAC) ***bei der*** Verringerung von Steuerhinterziehung und ***der*** Erhöhung der Transparenz ***ist***, und hebt gleichzeitig die damit einhergehende Komplexität und Verwaltungslast hervor, insbesondere im Rahmen der DAC 6;

Or. en

Änderungsantrag 208
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 17 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17a. nimmt insbesondere zur Kenntnis, dass die im Rahmen der DAC vorgeschriebenen Fristen und Berichtsformate harmonisiert werden müssen, zusätzlich zu mehr Klarheit in Bezug auf die Kennzeichen meldepflichtiger grenzüberschreitender Gestaltungen, die in der DAC 6 enthalten sind;

Or. en

Änderungsantrag 209
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 17 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17b. begrüßt den Überarbeitungsprozess sowohl der DAC als auch der ATAD, betont jedoch, dass die Bemühungen um eine Straffung Vereinfachung der EU-Rechtsvorschriften niemals zu einer Deregulierung und einer Senkung der derzeitigen Standards führen sollten; betont, dass Legislativvorschläge zur Vereinfachung des EU-Besitzstands vorgelegt werden müssen, um Überschneidungen und Widersprüche zu beseitigen und gleichzeitig die bestehenden hohen Standards beizubehalten;

Or. en

Änderungsantrag 210
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 17 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17c. stellt insbesondere fest, dass der Überarbeitungsprozess genutzt werden muss, um gegen sich überschneidende Vorschriften vorzugehen und die Anwendung gemeinsamer Vorschriften und Konzepte zu straffen und zu vereinfachen; weist insbesondere darauf hin, dass die Standardisierung von Begriffen und Konzepten von entscheidender Bedeutung ist, um die Einhaltung der Vorschriften zu vereinfachen, da verschiedene nationale Auslegungen zu Fragmentierung und Komplexität führen können;

Or. en

Änderungsantrag 211
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 17 d (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17d. betont, dass die Verringerung der Fragmentierung durch Optionen und Ausnahmen, die den Mitgliedstaaten im Rechtsakt eingeräumt werden, äußerst wichtig ist; weist darauf hin, dass dies besonders relevant ist, beispielsweise in Bezug auf den Ermessensspielraum, der bei der Umsetzung wichtiger Standards in der ATAD-Richtlinie, wie den Vorschriften für beherrschte ausländische Unternehmen, eingeräumt wird; befürwortet einen Vorschlag, wonach die künftigen Vorschriften für beherrschte ausländische Unternehmen auf die derzeitige Option gemäß Artikel 7 Absatz 2 Buchstabe a der ATAD-Richtlinie („Muster A“) beschränkt bleibt und vollständig an die Säule-2-Richtlinie angepasst wird;

Or. en

Änderungsantrag 212
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 17 e (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	17e. fordert die Kommission auf, den Mitgliedstaaten Leitlinien für die Auslegung der allgemeinen Vorschrift zur Verhinderung von Missbrauch in der ATAD-Richtlinie an die Hand zu geben;

Or. en

Änderungsantrag 213
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. fordert, dass die Europäische Staatsanwaltschaft und Eurofisc verstärkt zusammenarbeiten, damit der Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse, koordinierte Durchsetzungsmaßnahmen und grenzüberschreitende Ermittlungen bei der Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug und anderen Formen der Steuerhinterziehung gestärkt werden;	18. fordert, dass die Europäische Staatsanwaltschaft und Eurofisc verstärkt zusammenarbeiten, damit der Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse, koordinierte Durchsetzungsmaßnahmen und grenzüberschreitende Ermittlungen bei der Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug und anderen Formen der Steuerhinterziehung gestärkt werden; ***betont, dass die Zusammenarbeit zwischen diesen Stellen gestrafft werden muss, um eine wirksamere und einheitlichere Reaktion der EU auf grenzüberschreitenden Steuerbetrug sicherzustellen und dabei ihre jeweiligen Mandate und ihr Fachwissen zu nutzen; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, diese Zusammenarbeit zu erleichtern, indem sie die Mechanismen für den Datenaustausch verbessern, für eine angemessene Mittelausstattung sorgen und gemeinsame Ermittlungsbemühungen fördern;***

Or. en

Änderungsantrag 214
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Ziffer 18

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
18. fordert, dass die Europäische Staatsanwaltschaft und Eurofisc verstärkt zusammenarbeiten, damit der Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse,	18. fordert, dass die Europäische Staatsanwaltschaft und Eurofisc verstärkt zusammenarbeiten, damit der Austausch nachrichtendienstlicher Erkenntnisse,

koordinierte Durchsetzungsmaßnahmen und grenzüberschreitende Ermittlungen bei der Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug und anderen Formen der Steuerhinterziehung gestärkt werden;	koordinierte Durchsetzungsmaßnahmen und grenzüberschreitende Ermittlungen bei der Bekämpfung von Mehrwertsteuerbetrug und anderen Formen der Steuerhinterziehung ***und Steuervermeidung*** gestärkt werden;

Or. en

Änderungsantrag 215
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. stellt mit Besorgnis fest, dass viele Mitgliedstaaten eine höhere steuerliche Belastung auf das Arbeitseinkommen haben, was sich hauptsächlich auf Arbeitnehmer mit niedrigem bis mittlerem Einkommen, insbesondere Frauen, auswirkt; betont, dass ein ausgewogener Steuermix von grundlegender Bedeutung ist, um wirtschaftliche Verzerrungen zu vermeiden; fordert die Kommission auf, eine aktive Rolle bei der Abgabe von Empfehlungen an die Mitgliedstaaten zu spielen, wie ihr Steuermix ausgeglichen und die Besteuerung von Arbeitnehmern mit niedrigem bis mittlerem Einkommen möglicherweise gesenkt werden kann;

Or. en

Änderungsantrag 216
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

18a. fordert den Rat auf, in bestimmten Steuerangelegenheiten, die die Vermeidung von Steuerhinterziehung und -vermeidung betreffen, auf die Beschlussfassung mit qualifizierter Mehrheit hinzuarbeiten und internationale Steuerabkommen umzusetzen; betont, dass das Fehlen einer weiteren Steuerkoordinierung die Mitgliedstaaten zu einem nachteiligen Wettlauf nach unten zwingt und zugleich die grenzüberschreitende Wirtschaftstätigkeit behindert;

Or. en

Änderungsantrag 217
Fabio De Masi

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, koordinierte politische Maßnahmen zu prüfen, um gemeinsam sicherzustellen, dass Personen mit sehr hohem Nettovermögen wirksam besteuert werden, und den für den brasilianischen G20-Vorsitz ausgearbeiteten Entwurf für einen koordinierten effektiven Mindeststandard für die Besteuerung von Personen mit sehr hohem Nettovermögen vom 25. Juni 2024 zu berücksichtigen;

Or. en

Änderungsantrag 218
Danuše Nerudová

Entschließungsantrag
Ziffer 18 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18a. ist insbesondere der Ansicht, dass die EU das Zolltarifsystem der EU weiter überprüfen und sicherstellen sollte, dass alle eingeführten Erzeugnisse angemessenen Zöllen unterliegen;

Or. en

Änderungsantrag 219
Fabio De Masi

Entschließungsantrag
Ziffer 18 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	18b. fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten auf, Mechanismen für eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen EU-Mitgliedstaaten mit großer Marktgröße im Bereich der Unternehmensbesteuerung zu prüfen; betont, dass die Finanzströme multinationaler Unternehmen in Niedrigsteuergebiete innerhalb und außerhalb der EU wirksam an der Quelle der Gewinne besteuert werden müssen; betont, dass eine solche verstärkte Zusammenarbeit das Vetorecht von Niedrigsteuergebieten in der EU überwinden und zu einer koordinierten Reaktion auf die Zolldrohungen der US-Regierung beitragen kann; stellt fest, dass durch koordinierte Maßnahmen der EU-Mitgliedstaaten die Durchsetzung eines wirksamen internationalen Mindeststeuersatzes unterstützt wird, mit dem die Mängel des Fremdvergleichsgrundsatzes der OECD bei der Bekämpfung missbräuchlicher Verrechnungspreise behoben werden;

Or. en

Änderungsantrag 220
Fernand Kartheiser

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert die Kommission auf, eine Studie darüber vorzulegen, wie zwecks Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit die Steuervorschriften vereinfacht werden können und die Fragmentierung der Steuervorschriften für Grenzgänger und Selbstständige angegangen werden kann; ***stellt fest, dass unterschiedliche nationale Steuersysteme zu Verwaltungsaufwand, Rechtsunsicherheit und Doppelbesteuerung führen und der Mobilität von Arbeitskräften und dem grenzüberschreitende Unternehmertum entgegenstehen;***	19. fordert die Kommission auf, eine Studie darüber vorzulegen, wie zwecks Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit die Steuervorschriften vereinfacht werden können und die Fragmentierung der Steuervorschriften für Grenzgänger und Selbstständige angegangen werden kann;

Or. en

Änderungsantrag 221
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert die Kommission auf, ***eine Studie darüber*** vorzulegen, ***wie*** zwecks Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit die Steuervorschriften ***vereinfacht werden können*** und die Fragmentierung der Steuervorschriften für Grenzgänger und Selbstständige ***angegangen werden kann***; stellt fest, dass unterschiedliche nationale Steuersysteme zu Verwaltungsaufwand, Rechtsunsicherheit und Doppelbesteuerung führen und der Mobilität von Arbeitskräften und dem grenzüberschreitende Unternehmertum	19. fordert die Kommission auf, ***ein Paket mit Maßnahmen*** vorzulegen, ***die*** zwecks Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit die Steuervorschriften ***vereinfachen*** und die Fragmentierung der Steuervorschriften für Grenzgänger und Selbstständige ***angehen, um die Wettbewerbsfähigkeit durch die Vertiefung des Binnenmarkts zu steigern und Steuereinnahmen zu schützen, indem gleiche Wettbewerbsbedingungen geschaffen werden***; stellt fest, dass unterschiedliche nationale Steuersysteme zu ***erheblichen Hindernissen wie etwa***

entgegenstehen;	Verwaltungsaufwand, Rechtsunsicherheit und Doppelbesteuerung führen und der Mobilität von Arbeitskräften und dem grenzüberschreitende Unternehmertum entgegenstehen;

Or. en

Änderungsantrag 222
Pierre Pimpie, Enikő Győri, Jorge Martín Frías, Tomáš Kubín

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
19. fordert die Kommission auf, eine Studie darüber vorzulegen, wie zwecks Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit die Steuervorschriften vereinfacht werden können und die Fragmentierung der Steuervorschriften für Grenzgänger und Selbstständige angegangen werden kann; stellt fest, dass unterschiedliche nationale Steuersysteme zu Verwaltungsaufwand, Rechtsunsicherheit und Doppelbesteuerung führen und der Mobilität von Arbeitskräften und dem grenzüberschreitende Unternehmertum entgegenstehen;	19. fordert die Kommission auf, eine Studie darüber vorzulegen, wie zwecks Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit die Steuervorschriften vereinfacht werden können und die Fragmentierung der Steuervorschriften für Grenzgänger und Selbstständige angegangen werden kann; ***fordert die Kommission auf, dabei sicherzustellen, dass Bemühungen um Vereinfachung nicht zu einer erzwungenen Harmonisierung führen;*** stellt fest, dass unterschiedliche nationale Steuersysteme zu Verwaltungsaufwand, Rechtsunsicherheit und Doppelbesteuerung führen und der Mobilität von Arbeitskräften und dem grenzüberschreitende Unternehmertum entgegenstehen;

Or. en

Änderungsantrag 223
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 19

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*

19. fordert die Kommission auf, eine Studie darüber vorzulegen, wie zwecks Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit die Steuervorschriften vereinfacht werden können und die Fragmentierung der Steuervorschriften für Grenzgänger und Selbstständige angegangen werden kann; stellt fest, dass unterschiedliche nationale Steuersysteme zu Verwaltungsaufwand, Rechtsunsicherheit und Doppelbesteuerung führen und der Mobilität von Arbeitskräften und dem grenzüberschreitende Unternehmertum entgegenstehen;	19. fordert die Kommission auf, eine Studie darüber vorzulegen, wie zwecks Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit ***und Verringerung der Einkommensverlagerung*** die Steuervorschriften vereinfacht werden können und die Fragmentierung der Steuervorschriften für Grenzgänger und Selbstständige angegangen werden kann; stellt fest, dass unterschiedliche nationale Steuersysteme zu Verwaltungsaufwand, Rechtsunsicherheit und Doppelbesteuerung führen und der Mobilität von Arbeitskräften und dem grenzüberschreitende Unternehmertum entgegenstehen;

Or. en

Änderungsantrag 224
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. stellt fest, dass die grenzüberschreitende Mobilität von Einzelpersonen in einem beispiellosen Tempo zunimmt und dass ein solch hohes Maß an globaler Mobilität erhebliche Auswirkungen auf die Steuersysteme hat; betont, dass diese Mobilität und ihre Auswirkungen auf die Steuersysteme bei der Politikgestaltung sorgfältig berücksichtigt werden müssen, ohne die Mobilität und die Beschäftigungsmöglichkeiten in der EU zu beeinträchtigen; betont in diesem Zusammenhang, dass die Mobilität der Arbeitskräfte und das grenzüberschreitende Unternehmertum durch steuerliche Anreize weiter gefördert werden sollten;

Or. en

Änderungsantrag 225
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. stellt fest, dass die Mobilität von hochqualifizierten Arbeitskräften und vermögenden Einzelpersonen zwischen den Mitgliedstaaten zunimmt, insbesondere um in den Genuss spezifischer Steuerregelungen und/oder einer anderen Vorzugsbehandlung zu kommen; stellt fest, dass mehrere EU-Mitgliedstaaten rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen haben, mit denen vermögende Einzelpersonen, ausländische Rentner und hochqualifizierte Arbeitnehmer für Investitionen oder ein Leben in ihrem Hoheitsgebiet gewonnen werden sollen, indem ihnen insbesondere großzügige Steuervorteile und Steuerbefreiungen gewährt werden, die nicht für Staatsangehörige gelten, wobei zusätzlich goldene Visa angeboten werden und eine etwaige Staatsbürgerschaft zum Verkauf steht; fordert die Kommission erneut auf, unbeschadet ihrer Befugnisse gemäß den Verträgen die Auswirkungen dieser Steuerregelungen auf den Binnenmarkt und die Einnahmen der Mitgliedstaaten sowie alle schädlichen Steuerpraktiken, die den Wettbewerb außerhalb des Bereichs der Unternehmensbesteuerung in der EU verzerren, zu bewerten[1a];
	[1a] Entschließung des Europäischen Parlaments zu den Lehren aus den Pandora-Papieren und anderen Enthüllungen, angenommen am 5. Juni 2023, Ziffer 50.

Or. en

Änderungsantrag 226
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. fordert den Rat und die Kommission auf, den anhaltenden Wettlauf nach unten anzugehen, um digitale Nomaden, Hochverdiener oder wohlhabende Einzelpersonen durch gezielte Anreize anzuziehen; betont, dass in einem ersten Schritt das Mandat der Gruppe „Verhaltenskodex“ auf schädliche Steuerpraktiken ausgeweitet werden muss, die einzelne Steuerzahler anziehen;

Or. en

Änderungsantrag 227
Pasquale Tridico, Jussi Saramo, Manon Aubry

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. begrüßt die laufenden Arbeiten des Rahmens für die Unternehmensbesteuerung in Europa (Business in Europe: Framework for Income Taxation – BEFIT) und betont sein Potenzial zur Verringerung der Fragmentierung der Haushaltsregeln in der Union und zur Verbesserung der Steuervorhersagbarkeit; weist darauf hin, dass eine Formelaufteilung erforderlich wäre, um BEFIT zu einem Instrument zur Bekämpfung von Steuervermeidung zu machen;

Or. en

Änderungsantrag 228
Fernando Navarrete Rojas

Entschließungsantrag
Ziffer 19 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19a. fordert die Mitgliedstaaten auf, einen Rechtsrahmen zu schaffen, der es privaten Haushalten ermöglicht, die Mehrwertsteuer (MwSt.) oder andere Transaktionssteuern, die beim Erwerb ihres ersten Hauptwohnsitzes entrichtet wurden, von den Steuern abzuziehen, die für den Erwerb nachfolgenden Wohneigentums während ihres gesamten Lebenszyklus geschuldet werden; ist der Ansicht, dass ein solcher Rahmen die Mobilität in Privathaushalten fördern und eine größere Mobilität der Arbeitskräfte unterstützen würde, indem steuerliche Hindernisse für einen Umzug abgebaut werden;

Or. en

Änderungsantrag 229
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 19 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19b. weist darauf hin, dass sich die Auswirkungen auf die Körperschaftsteuer aus dem Risiko einer steuerpflichtigen Präsenz oder einer Betriebsstätte ergeben, wenn Grenzgänger Tätigkeiten wie Geschäftsreisen oder Telearbeit ausüben; stellt fest, dass eine Safe-Harbour-Regel für Telearbeit den Arbeitgebern

Steuersicherheit bieten und den Verwaltungsaufwand verringern und die Besteuerung von Einzelpersonen und Unternehmen vereinfachen könnte;

Or. en

Änderungsantrag 230
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Ziffer 19 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19b. fordert die Kommission auf, eine Richtlinie vorzulegen, mit der die Vorschriften für die Wegzugsbesteuerung für Einzelpersonen, insbesondere für vermögende Einzelpersonen in der Union, harmonisiert werden, und zwar nach dem Beispiel der Richtlinie von 2016 zur Bekämpfung von Steuervermeidung, die für Unternehmen gilt; stellt fest, dass es in den Mitgliedstaaten unterschiedliche Regelungen für die Wegzugsbesteuerung für Einzelpersonen gibt, die Verzerrungen verursachen[23a];
	[23a] https://zoek.officielebekendmakingen.nl/kst-25087-323.html

Or. en

Änderungsantrag 231
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 19 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19b. fordert den Rat erneut auf, das

Mandat der Gruppe „Verhaltenskodex“ (Unternehmensbesteuerung) auf Vorzugsregelungen für persönliche Einkommen und Kapitalsteuern auszuweiten, die als schädlich gelten[1b];

[1b] Entschließung des Europäischen Parlaments vom 5. Juni 2023 zu den Lehren aus den Pandora-Papieren und anderen Enthüllungen, Ziffer 75.

Or. en

Änderungsantrag 232
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 19 c (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	19c. weist zudem auf die Entschließungen des Parlaments zur Überarbeitung der EU-Liste der Steueroasen und zu der Reform der EU-Politik im Bereich schädliche Steuerpraktiken (einschließlich der Reform der Gruppe „Verhaltenskodex“) hin[1c]; fordert den Rat auf, die Beratungen über eine umfassende Reform des Kodexes wieder aufzunehmen und die Empfehlungen des Parlaments umzusetzen, insbesondere um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass mehrere Mitgliedstaaten über umfassendere schwarze Listen verfügen als die EU, was zusätzlich zu der Komplexität und Fragmentierung des Systems führt;

[1c] Entschließung des Europäischen Parlaments vom 21. Januar 2021 zur Überarbeitung der EU-Liste der Steueroasen; Entschließung des Europäischen Parlaments vom 7. Oktober

2021 zu der Reform der EU-Politik im Bereich schädliche Steuerpraktiken (einschließlich der Reform der Gruppe „Verhaltenskodex“).

Or. en

Änderungsantrag 233
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer -20 (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	-20. hebt hervor, dass Steueranreize nach Angaben der OECD in den meisten OECD-Mitgliedstaaten und in mehreren anderen großen Volkswirtschaften ein weit verbreitetes und wirtschaftlich bedeutendes politisches Instrument zur Unterstützung von Innovationen sind; betont, dass 34 von 38 OECD-Ländern, darunter die meisten Mitgliedstaaten, 2024 Steuererleichterungen für FuE-Ausgaben gewährt haben; stellt fest, dass sich die konzeptionellen Steuererleichterungen von Land zu Land erheblich unterscheiden[1a];

1a

https://www.oecd.org/en/data/insights/statistical-releases/2025/04/rd-tax-incentives-continue-to-outpace-other-forms-of-government-support-for-rd-in-most-countries.html

Or. en

Änderungsantrag 234
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer -20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	-20a. ist der Ansicht, dass die Regierungen sicherstellen sollten, dass steuerliche Anreize für FuE durch eine regelmäßige und strenge Bewertung auf der Grundlage hochwertiger Unternehmensdaten ein angemessenes Kosten-Nutzen-Verhältnis bieten; weist darauf hin, dass Patentboxen im Allgemeinen keine Anreize für Forschung und Entwicklung bieten und eher als Instrument zur Gewinnverlagerung eingesetzt werden können, was zu hohen Einnahmeverlusten führt[1b];
	[1b] Europäische Kommission, R&D tax incentives How to make them most effective? (FuE-Steueranreize: Wie können sie am wirksamsten gemacht werden?) September 2017, S. 14.
	Or. en

Änderungsantrag 235
Fernand Kartheiser

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. fordert die ***Kommission*** auf, weitere Studien darüber durchzuführen, welche Auswirkungen steuerliche Anreize für Forschung und Entwicklung (FuE) und Innovation, wie sie im Draghi-Bericht vorgeschlagen werden, mit Blick auf die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit auf globaler Ebene hätten; fordert eine verstärkte Zusammenarbeit und ein stärkeres Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten, damit gleiche Wettbewerbsbedingungen für den elektronischen Handel, für digitale	20. fordert die ***Mitgliedstaaten*** auf, weitere Studien darüber durchzuführen, welche Auswirkungen steuerliche Anreize für Forschung und Entwicklung (FuE) und Innovation, wie sie im Draghi-Bericht vorgeschlagen werden, mit Blick auf die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit auf globaler Ebene hätten; fordert eine verstärkte Zusammenarbeit und ein stärkeres Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten, damit gleiche Wettbewerbsbedingungen für den elektronischen Handel, für digitale

Dienste und für andere rasch wachsende Sektoren unterstützt werden können;	Dienste und für andere rasch wachsende Sektoren unterstützt werden können;
	Or. en

Änderungsantrag 236
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. fordert die Kommission auf, ***weitere Studien darüber durchzuführen***, ***welche Auswirkungen steuerliche Anreize für Forschung*** und ***Entwicklung (FuE) und Innovation***, ***wie sie im Draghi-Bericht vorgeschlagen werden***, ***mit Blick auf die Stärkung der europäischen*** Wettbewerbsfähigkeit auf globaler Ebene ***hätten***; fordert eine ***verstärkte Zusammenarbeit und ein stärkeres Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten***, ***damit gleiche Wettbewerbsbedingungen*** für den ***elektronischen Handel, für digitale Dienste und*** für ***andere rasch wachsende Sektoren unterstützt werden können***;	20. fordert die Kommission auf, ***einen EU-Rahmen für Körperschaftsteueranreize zu schaffen***, ***um Steueranreize in der Union zu straffen*** und ***dafür zu sorgen, dass die Anreize gut konzipiert sind***, ***um die politischen Ziele zu erreichen***, ***ohne die Steuereinnahmen zu untergraben, um die*** Wettbewerbsfähigkeit ***Europas*** auf globaler Ebene ***im Einklang mit den Vorschlägen des Draghi-Berichts zu stärken***; ***stellt fest, dass Unterschiede bei den steuerlichen Anreizen in der EU zu heterogenen und ineffizient fragmentierten Innovationsökosystemen in der Union beitragen;*** fordert ***die Kommission auf,*** eine ***Studie über die Auswirkungen der Umsetzung der zweiten Säule auf die steuerlichen Anreize in der Union durchzuführen***, ***insbesondere auf die Anreize*** für ***Forschung und Entwicklung und Innovation; weist darauf hin, dass nach*** den ***jüngsten von der OECD veröffentlichten Zahlen[24a] fast 55 % der gesamten Unterstützung*** für ***FuE in der Wirtschaft im OECD-Raum in Form von Steueranreizen erfolgt***;
	[24a] https://data-explorer.oecd.org/vis?lc=en&df[ds]=dsDisseminateFinalDMZ&df[id]=DSD_RDTAX%40DF_RDTAX&df[ag]=OECD.STI.STP&dq=.A..PT_B1GQ..&pd=2015%2C&t

o[TIME_PERIOD]=false&pg=0&mc_cid=925ebbaf6e&mc_eid=c21efa1830

Or. en

Änderungsantrag 237
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. fordert die Kommission auf, weitere Studien darüber durchzuführen, welche Auswirkungen ***steuerliche*** Anreize für Forschung und Entwicklung (FuE) und Innovation, wie sie im Draghi-Bericht vorgeschlagen werden, mit Blick auf die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit auf globaler Ebene hätten; fordert eine verstärkte Zusammenarbeit und ein stärkeres Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten, damit gleiche Wettbewerbsbedingungen für den elektronischen Handel, für digitale Dienste und für andere rasch wachsende Sektoren unterstützt werden können;	20. fordert die Kommission auf, weitere Studien darüber durchzuführen, welche Auswirkungen ***und Kosteneffizienz die verschiedenen steuerlichen*** Anreize für Forschung und Entwicklung (FuE) und Innovation, wie sie im Draghi-Bericht vorgeschlagen werden, mit Blick auf die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit auf globaler Ebene hätten***; fordert die Kommission auf, die externen Effekte solcher Anreize in anderen Mitgliedstaaten, die Risiken für Steuervermeidung und ihre Gesamtauswirkungen auf den Binnenmarkt weiter zu bewerten***; fordert eine verstärkte Zusammenarbeit und ein stärkeres Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten, damit gleiche Wettbewerbsbedingungen für den elektronischen Handel, für digitale Dienste und für andere rasch wachsende Sektoren unterstützt werden können;

Or. en

Änderungsantrag 238
Fernando Navarrete Rojas

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. fordert die Kommission auf, weitere Studien darüber durchzuführen, welche Auswirkungen steuerliche Anreize für Forschung und Entwicklung (FuE) und Innovation, wie sie im Draghi-Bericht vorgeschlagen werden, mit Blick auf die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit auf globaler Ebene hätten; fordert eine verstärkte Zusammenarbeit und ein stärkeres Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten, damit gleiche Wettbewerbsbedingungen für den elektronischen Handel, für digitale Dienste und für andere rasch wachsende Sektoren unterstützt werden können;	20. fordert die Kommission auf, weitere Studien darüber durchzuführen, welche Auswirkungen steuerliche Anreize für Forschung und Entwicklung (FuE) und Innovation, wie sie im Draghi-Bericht vorgeschlagen werden, mit Blick auf die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit auf globaler Ebene hätten***, und fordert sie auf, Mechanismen wie übertragbare Steuergutschriften zu prüfen, um die Zugänglichkeit und Wirksamkeit solcher Anreize zu verbessern, insbesondere für Start-up-Unternehmen und Unternehmen mit beschränkter Steuerpflicht***; fordert eine verstärkte Zusammenarbeit und ein stärkeres Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten, damit gleiche Wettbewerbsbedingungen für den elektronischen Handel, für digitale Dienste und für andere rasch wachsende Sektoren unterstützt werden können;

Or. en

Änderungsantrag 239
Billy Kelleher, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Ziffer 20

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
20. fordert die Kommission auf, weitere Studien darüber durchzuführen, welche Auswirkungen steuerliche Anreize für Forschung und Entwicklung (FuE) und Innovation, wie sie im Draghi-Bericht vorgeschlagen werden, mit Blick auf die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit auf globaler Ebene hätten; fordert eine verstärkte Zusammenarbeit und ein stärkeres Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten, damit gleiche Wettbewerbsbedingungen	20. fordert die Kommission auf, weitere Studien darüber durchzuführen, welche Auswirkungen steuerliche Anreize für Forschung und Entwicklung (FuE) und Innovation, wie sie im Draghi-Bericht vorgeschlagen werden, mit Blick auf die Stärkung der europäischen Wettbewerbsfähigkeit auf globaler Ebene hätten; ***fordert die Mitgliedstaaten nachdrücklich auf, die potenziellen Vorteile einer besseren Koordinierung und Kohärenz bei steuerlichen Anreizen***

für den elektronischen Handel, für digitale Dienste und für andere rasch wachsende Sektoren unterstützt werden können;	***für Innovationen zu prüfen, um grenzüberschreitende Projekte und Kooperationen zu fördern; betont, dass es ratsam wäre, Anreize für Innovation und FuE mit Anreizen für Investitionen in Einklang zu bringen;*** fordert eine verstärkte Zusammenarbeit und ein stärkeres Vertrauen zwischen den Mitgliedstaaten, damit gleiche Wettbewerbsbedingungen für den elektronischen Handel, für digitale Dienste und für andere rasch wachsende Sektoren unterstützt werden können;
	Or. en

Änderungsantrag 240
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20a. betont, dass Innovation ein wichtiger Motor für Wirtschaftswachstum, globale Wettbewerbsfähigkeit und Wohlstand ist; betont, dass die Förderung von FuE-Investitionen eines der Hauptziele der EU sein sollte; stellt fest, dass die Mitgliedstaaten aufgrund des derzeitigen wirtschaftlichen und geopolitischen Kontexts im Einklang mit den Vorschlägen des Draghi-Berichts über Flexibilität verfügen sollten, um gezielte Anreize zu schaffen, mit denen Investitionen, Wachstum und die Wettbewerbsfähigkeit Europas auf globaler Ebene gefördert werden; betont, dass mehr Steueranreize wie erhebliche Steuervergünstigungen, Gutschriften, beschleunigte Abschreibungen und zusätzliche Abzüge verfügbar sind[1a]; fordert die Kommission in diesem Zusammenhang auf, Empfehlungen abzugeben und steuerliche Anreize, auch

im Zusammenhang mit Forschung und Entwicklung, angemessen in die Rahmenregelung in Bezug auf Säule 2 zu integrieren;

[1a] Öffentliche Anhörung „Vereinfachung und Transparenz: Die Rolle einer vereinfachten Steuerpolitik zur Förderung von Wachstum, Schaffung von Arbeitsplätzen, Wettbewerbsfähigkeit und grenzüberschreitenden Geschäften innerhalb der EU“, https://www.europarl.europa.eu/cmsdata/290198/Christiana%20HJI%20Panayi%20-%20Statement.pdf

Or. en

Änderungsantrag 241
Niels Fuglsang, Matthias Ecke, Bruno Gonçalves, Aurore Lalucq, Evelyn Regner

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20a. fordert die Kommission nachdrücklich auf, den Umfang der EU-Maßnahmen zur gerechten Besteuerung der digitalen Wirtschaft vor dem Hintergrund der jüngsten politischen Entwicklungen in der Rahmenregelung in Bezug auf Säule 2 der OECD zu überprüfen; weist darauf hin, dass die Fragmentierung der Regelungen zur Besteuerung digitaler Dienstleistungen in den Mitgliedstaaten den Binnenmarkt untergraben und zu weiterer Komplexität und Rechtsunsicherheit führen könnte; fordert eine erneute Prüfung einer Digitalabgabe der EU, mit der ein gemeinsamer Ansatz für die Besteuerung des digitalen Sektors sichergestellt und die globale Wettbewerbsfähigkeit der EU gestärkt wird, indem Rechtssicherheit und gleiche Wettbewerbsbedingungen für

digitale Unternehmen, die in der Union tätig sind, geschaffen werden;

Or. en

Änderungsantrag 242
Billy Kelleher, Stéphanie Yon-Courtin

Entschließungsantrag
Ziffer 20 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20a. verweist auf die Klimaschutzverpflichtungen der EU[1a] und die anhaltende Unterstützung des Parlaments für diese Ziele; betont, dass diese Ziele ehrgeizig, aber dennoch notwendig sind, und hebt die Schätzung der Kommission hervor, wonach zusätzliche Investitionen in Höhe von 477 Mrd. EUR jährlich erforderlich sind, wenn die EU ihren Klimaschutzverpflichtungen nachkommen will[1b]; fordert die Kommission und die Mitgliedstaaten in diesem Zusammenhang nachdrücklich auf, die potenziellen Vorteile steuerlicher Anreize für grüne Investitionen zu prüfen; stellt fest, dass diese nicht nur auf bestimmte Sektoren ausgerichtet sein sollten, um Anreize für eine allgemeinere Umstellung auf nachhaltigere Wirtschaftstätigkeiten zu schaffen;

[1a] Europäisches Klimagesetz (Verordnung (EU) 2021/1119).

[1b] Europäische Kommission, Arbeitsunterlage der Kommissionsdienststellen, 2023, Investment needs assessment and funding availableabilities to strengthen EU's Net-Zero technology manufacturing capacity, https://single-market-economy.ec.europa.eu/system/files/2023-

03/SWD_2023_68_F1_STAFF_WORKING_PAPER_EN_V4_P1_2629849.PDF

Or. en

Änderungsantrag 243
Michalis Hadjipantela

Entschließungsantrag
Ziffer 20 b (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	20b. betont, dass es wichtig ist, dafür zu sorgen, dass steuerliche Anreize weiterhin vollständig mit dem aktuellen EU-Rahmen für staatliche Beihilfen im Einklang stehen; hebt den Wert des EU-Rahmens für staatliche Beihilfen hervor, wenn es darum geht, einen fairen Wettbewerb im Binnenmarkt zu wahren und für Rechtssicherheit und gleiche Wettbewerbsbedingungen für alle Mitgliedstaaten zu sorgen; nimmt die laufende Analyse von Instrumenten wie übertragbaren Steuergutschriften durch die Kommission zur Kenntnis, um Investitionen zu unterstützen, ohne die gleichen Wettbewerbsbedingungen zu untergraben;

Or. en

Änderungsantrag 244
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Zwischenüberschrift 8 a (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	Energiebesteuerung

Or. en

Änderungsantrag 245
Kira Marie Peter-Hansen

Entschließungsantrag
Ziffer -21 (neu)

Entschließungsantrag	*Geänderter Text*
	-21. fordert den Rat auf, endlich eine ehrgeizige Einigung über die Überarbeitung der veralteten Mindeststeuersätze für Energieerzeugnisse zu erzielen; betont die im Draghi-Bericht[25a] ausgesprochenen Empfehlungen, die Kosten für den Stromverbrauch zu senken, um unsere Wettbewerbsfähigkeit zu steigern und den Übergang zu beschleunigen;

25a

https://commission.europa.eu/document/download/ec1409c1-d4b4-4882-8bdd-3519f86bbb92_en?filename=The%20future%20of%20European%20competitiveness_%20In-depth%20analysis%20and%20recommendations_0.pdf

Or. en